



# Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung

20. Bautzen-Forum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Büro Leipzig

7. und 8. Mai 2009

Dokumentation

## 20. Bautzen-Forum 7. und 8. Mai 2009

<b>Vorbemerkung</b>	6
MATTHIAS EISEL	
<b>Grußworte</b>	
HARALD MÖLLER	9
MARTIN DULIG	12
MARKO SCHIEMANN	15
CHRISTIAN SCHRAMM	18
<b>Referat</b>	20
Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung	
BERND FAULENBACH	
<b>Podiumsdiskussion</b>	31
Bundesrepublik und DDR – Erfahrungen mit Spaltung und Repression	
JAN HOESCH, ANNE KLAR, ULRICH MÄHLERT, KLAUS SCHÜTZ	
Moderation: DETTMAR CRAMER	
<b>Referat</b>	52
Kirche in der DDR – zwischen Religion und Opposition	
Bischof AXEL NOACK	
<b>Zeitzeugengespräch</b>	62
Unfreiheit, politische Repression und Verfolgung im SED-Staat	
KARL WILHELM FRICKE, INGE NAUMANN, PETER NAUNDORF	
Moderation: SILKE KLEWIN	

## **Podiumsdiskussion**

84

**Wem gehört die Geschichte? Zur neueren Auseinandersetzung  
um die SED und die Rolle der Blockparteien**

JOHANNES GERLACH, MICHAEL LÜHMANN,

KLAUS-DIETMAR HENKE, KONRAD WEISS

Moderation: BEATRIX BOUVIER

## **Andacht**

105

**Der Herr heilt, die zerbrochenen Herzens sind,  
und verbindet ihre Wunden**

REINHARD PAPPAL

## **Teilnehmer und Autoren des 20. Bautzen-Forums**

109

## **Bautzen-Foren im Überblick**

111

## **Impressum**

114



## **Vorbemerkung**

MATTHIAS EISEL

20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit. Die Jahre 2009 und 2010 bieten vielfach Gelegenheit zur Rückschau auf die gestürzte SED-Diktatur, den demokratischen Neubeginn im Osten Deutschlands bis hin zur Deutschen Einheit.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich von Anfang an nach Kräften eingebracht bei der historischen Aufarbeitung von Repression, Unfreiheit und Verfolgung im Unrechtsstaat DDR. Bereits im November 1990 veranstaltete das gerade eingerichtete Leipziger Stiftungsbüro das erste Bautzen-Forum. Für viele ehemals politisch Verfolgte der SBZ/DDR war es nach Jahren die erste Wiederbegegnung mit dem Ort ihres Leidens, zugleich aber auch eine Genugtuung darüber, dass ihren schweren Schicksalen mit der nunmehr beginnenden Aufarbeitung und Rehabilitation endlich Gerechtigkeit widerfuhr.

Nach wie vor fungieren die Foren als Treffpunkte und Möglichkeit des Austauschs von politisch Verfolgten der SBZ/DDR, von Politikern und Wissenschaftlern, von Fachpublikum und interessierter Öffentlichkeit. Wichtig war uns

dabei immer wieder auch die Teilnahme und Beteiligung von Schülern und Lehrern mit sorgfältig recherchierten und zum Forum präsentierten Projekten. Das sächsische Kultusministerium empfiehlt die Bautzen-Foren den Lehrerinnen und Lehrern im Freistaat jährlich zur Weiterbildung.

Das 20. Bautzen-Forum vom 7. und 8. Mai 2009 stand unter der Überschrift »Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung«. Dieses Thema war Ausgangspunkt und eine Art Leitmotiv des diesjährigen Programms. Die Erhebung der Menschen in der DDR im Herbst 1989 gegen das ebenso verhasste wie unfähige SED-Regime gilt als die erste wirklich erfolgreiche Revolution der Deutschen. Der Historiker Prof. Dr. Bernd Faulenbach stellte in seinem Einführungsvortrag die Friedliche Revolution in die Tradition deutscher Freiheitsbewegungen, wie die 1848er Revolution und die Novemberrevolution von 1918/19.

Im weiteren Verlauf stand die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges festgeschriebene deutsche Zweistaatlichkeit mit Kaltem Krieg und den anhaltenden Konfrontationen zwischen Ost und West im Mittelpunkt der Vorträge und Podiumsgespräche, bis hin zur Rolle der Kirche im Sozialismus und der Mitverantwortung der Blockparteien als politischem Feigenblatt im Machtapparat des SED-Staates.

Bei der Diskussion über die deutsch-deutschen Beziehungen verwies Dr. Klaus Schütz als ehemaliger Regierender Bürgermeister von Westberlin darauf, dass es ihm darum gegangen sei, sich einerseits vom diktatorischen Osten abzugrenzen, gleichzeitig aber den Menschen hinter Mauer und Stacheldraht zu helfen. Dem entsprach auch die Tätigkeit von Jan Hoesch, der in der Ständigen Vertretung der BRD in Ostberlin den Häftlingsfreikauf mit der DDR leitete. Hoesch sagte auf dem Forum, die DDR habe den Freikauf kritischer Menschen als groß angelegtes Geschäft zur Devisenbeschaffung betrieben. So seien bis 1990 insgesamt 33 755 Freikäufe in die Bundesrepublik vollzogen worden. Als Gegenleistung habe die DDR 3,5 Milliarden DM erhalten. Letztlich aber konnten weder der staatlich betriebene DDR-Menschenhandel noch die zunehmende Abschiebung von Ausreisewilligen zur Systemstabilisierung beitragen.

Über Kirche in der DDR zwischen Religion und Opposition sprach Bischof Axel Noack. Der Zwiespalt in der Kirchenarbeit habe in der Frage gelegen, stützen wir das System oder unterstützen wir die Menschen? In diesem Sinne sei es immer wieder notwendig gewesen, auch mit den Machthabern zu sprechen. Ihm sei es zudem darum gegangen, auch kritische Menschen in der DDR zu halten, so Noack. Die Menschen seien von Natur aus nur in den seltensten Fällen Helden. Das habe mit Ost oder West erst einmal gar nichts zu tun. Sein Motto sei damals wie heute: Bleibe im Lande und wehre dich täglich.

Zu den besonders beeindruckenden Diskussionen dieses 20. Bautzen-Forums gehörte ein Zeitzeugenpodium, bei dem politisch Inhaftierte über die Hintergründe ihrer Verfolgung und ihre Haft Erfahrungen sprachen. Dazu gehörte der spätere Deutschlandfunkredakteur Dr. Karl Wilhelm Fricke, der in den 50er Jahren als Journalist in Westberlin arbeitete und vom Ministerium für Staatssicherheit betäubt und im Kofferraum eines Autos in die DDR entführt wurde, wo er vier Jahre Einzelhaft in Zuchthäusern durchstehen musste. Inge Naumann berichtete über ihre Haft im berühmten Frauenzuchthaus Hoheneck in den 80ern, weil sie zusammen mit ihrem Mann mehrfach Ausreisearträge aus der DDR gestellt hatte und sich dafür auch an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin wandte.

Die abschließende Podiumsdiskussion stellte die Frage, wem gehört die Geschichte, und beschäftigte sich dabei auch mit der aktuellen Debatte um die Rolle der Blockparteien im Herrschaftssystem der SED. Dazu sagte der frühere DDR-Bürgerrechtler und spätere Bundestagsabgeordnete Konrad Weiß, die Blockparteien seien letztlich kommunistische Parteien gewesen, weil sie in ihren Statuten und ihrem Handeln die führende Rolle der SED anerkannten. Die hastige Integration der Ost-CDU in die bundesdeutsche CDU schon zu Beginn der 90er Jahre sei allein machtpolitisch motiviert gewesen. In der Diskussion bedauerte der Dresdner Historiker Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke die geringe Bereitschaft der CDU und ihres Führungspersonals, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Leider war auch keiner der nacheinander für diese Podiumsdiskussion angefragten sächsischen CDU-Spitzenpolitiker bereit, sich im Rahmen unseres Bautzen-Forums an der Debatte zu beteiligen.



## Grußwort

HARALD MÖLLER

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Kameradinnen und Kameraden,

20 Jahre Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung – das ist nach der Friedlichen Revolution 1989 eine relativ lange Zeit der Aufarbeitung kommunistischen Unrechts. Ein Unterfangen, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, auch wenn noch keine abschließenden Erfolge erzielt werden konnten. Wir wissen dabei allerdings besonders die Bemühungen der jahrelang im Rahmen des Bautzen-Forums öffentlich vorgetragenen Aufarbeitungsinitiativen durch die Friedrich-Ebert-Stiftung zu schätzen, die jährlich von bedeutsamen Historikern und Wissenschaftlern in hervorragender Weise begleitet werden. Deshalb danken wir den Initiatoren ganz herzlich für diese großartige Arbeit. Kaum eine andere Institution in Deutschland hat sich so dauerhaft mit der Aufarbeitung eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte, gerade hier in Bautzen, auseinandergesetzt.

Vor allem das diesjährige Thema »Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung« ist in besonderer Weise für uns ehemalige Häftlinge gleichnishaft. Während der



Nazizeit wurden wir in totaler Unfreiheit erzogen, ohne uns dieser bewusst zu sein. In dieser Zeit hatten wir keine Möglichkeit, uns anderweitig zu informieren – im Gegensatz zur späteren Medienvielfalt. Erst der Zusammenbruch des so genannten großdeutschen Reiches brachte in den nun eingerichteten Besatzungszonen einen bisher nicht gekannten Freiheitsbegriff. Es waren für uns alle ganz besondere Zeiten, in denen wir mit unbekannter Literatur, Musik und freiheitlichen Gedanken in Berührung kamen, von denen wir weder im schulischen noch im familiären Leben je etwas gehört hatten und die uns im wahrsten Sinne des Wortes beflügelten. Etwas völlig Neues trat nun in unser Leben. Nach und nach bildeten sich politische Gruppierungen mit besonderen neuen Ansichten, die unsere Neugier weckten. In vielen, zunächst lockeren Zirkeln versuchten wir die Angebote dieses freien Lebens und die daraus resultierenden Freiheitsgedanken zu erweitern und gedanklich zu festigen.

Lediglich in den mittel- und ostdeutschen Gebieten, mithin der Sowjetischen Besatzungszone, wurde das Gedankengut immer einseitiger und eingeschränkter. Es endete letztlich damit, dass nur noch eine Sicht von so genannter sozialistischer Freiheit zugelassen war. Damit konnten und wollten wir uns jedoch nicht mehr abfinden und die gerade gewonnene Freiheit nicht wieder aufgeben. Zwangsläufig gerieten wir, ohne davon Genaueres zu wissen, in das Gesichtsfeld eines tätigen Geheimdienstes und seiner willigen deutschen Helfer. Wir galten als Gegner, weil wir nunmehr andere Freiheitsgedanken als das inzwischen von der sozialistischen Einheitspartei verordnete Gedankengut vertraten, und galten von daher schon als Widerständler – eine Erkenntnis, die neu und zunächst in dieser Konsequenz für uns nicht erkennbar war.

Erneut erlebten wir nach relativ kurzer Freiheit eine Unfreiheit in besonders brutaler Form, nämlich durch Verhaftung und nachfolgende unmenschliche Vernehmungen. Dabei lernten wir hinter Gittern viele aufrechte Menschen kennen, die unter anderem ihre sozialdemokratischen Grundwerte beibehielten und sich beispielsweise der Vereinigung von KPD und SPD zur Einheitspartei widersetzt hatten. Für diese Freiheit des Denkens und Handelns wurden sie grausam verfolgt, ein Teil von ihnen liegt namenlos in Massengräbern unweit von hier. Es ist daher besonders bedauerlich und für die noch lebenden ehemaligen Häftlinge kaum nachvollziehbar, dass beispielsweise die von der sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Sopade-Berichte aus den 50er Jahren für eine Reihe jetziger Funktionsträger der SPD unbekannt sind. Auch von der Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten können mangels Interesses an diesen Widerstandszeiten keine wesentlichen Impulse mehr ausgehen.

Gerade in der heutigen Zeit, wo allgemein beklagt wird, dass wenig oder überhaupt nicht über die Zeit kommunistischer Willkür in den Schulen und in der großen Öffentlichkeit gesprochen wird, sollte sich wenigstens die sozialdemokratische Partei ihrer großartiger Parteigänger, die schweres Leid ertragen mussten, erinnern. Diese von uns geäußerte Kritik gilt jedoch in gleicher Weise für alle demokratischen Parteien, die ebenfalls einen hohen Blutzoll zu entrichten hatten, und sollte gerade in heutiger Zeit größere Beachtung finden, wo eine linke Partei mit ehemals staatstragenden Kräften der ehemaligen DDR diese Unrechtstaten leugnet. Grundsätzlich, und das haben wir schon öfters in Foren und Zusammenkünften angesprochen, muss endlich eine umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgesetzt werden. Dazu muss immer wieder eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Linken auf allen Parteiebenen angemahnt werden. In diesem Zusammenhang muss das Thema SED-Diktatur ein elementarer Bestandteil jedes Geschichtsunterrichts werden, um der jungen Generation das Bewusstsein für die Gefährlichkeit der Linken zu schaffen. Sozialismus damaliger Prägung und Kommunismus schrecken leider auch weite Bevölkerungsteile nicht mehr ab. 20 Jahre nach dem Mauerfall sind die Verbrechen der SED-Diktatur vielfach in Vergessenheit geraten. Hier hilft nur eine entschlossene Auseinandersetzung mit den kommunistischen Inhalten und der Vergangenheit der Linken.

Wir bedanken uns nochmals ausdrücklich bei den Organisatoren des Forums, dem Regionalbüro Leipzig der Friedrich-Ebert-Stiftung, für die stets vorbildliche und weiterführende aufklärende Arbeit. Darüber hinaus wollen wir aber auch Stadt und Landkreis Bautzen, die uns in allen Jahren tatkräftig unterstützt haben, unseren Dank abstatten.



## **Grußwort**

MARTIN DULIG

Lieber Herr Möller, lieber Matthias Eisel, lieber Kollege Schiemann, lieber Christian Schramm, sehr geehrter Herr Beleites, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist für mich eine Ehre, hier sprechen zu können. Eine Ehre in zweierlei Hinsicht. Zum einen, weil das Bautzen-Forum großes Renommee hat und eine für die Aufarbeitung unserer Geschichte sehr wichtige Veranstaltung ist.

Es ist aber auch eine Ehre für mich, hier als Vertreter der ältesten demokratischen Partei in Deutschland zu sprechen. Einer Partei, die in ihrer Geschichte wie keine andere auf eine Tradition der Freiheit zurückblicken kann und die sich diese Tradition immer wieder bewusstmacht. Wir haben zum Beispiel im vergangenen und auch in diesem Jahr bei uns in der sächsischen Landtagsfraktion einige Veranstaltungen gemacht, um an diese Tradition zu erinnern. In Sachsen war am 23. Mai 1933 im Sächsischen Landtag das Ermächtigungsgesetz auf der Tagesordnung. Und es waren die sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit Nein gestimmt haben. Daran haben wir zum 75. Jahrestag im letzten Jahr erinnert. Wir

haben Anfang des Jahres im Sächsischen Landtag Gedenktafeln enthüllt, die jetzt dauerhaft an die sechs durch die Nazis ermordeten sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten erinnern.

Aber die Freiheit war auch nach der Diktatur der Nazis weiter bedroht. Es gibt viele Menschen, die sich der Freiheit verpflichtet gefühlt haben und die als Sozialdemokraten hier in Bautzen gesessen haben, weil sie 1945 die Zwangsvereinigung eben nicht akzeptierten.

In diese Tradition gehört auch, dass es viele Menschen gab, die 1989 eine sozialdemokratische Partei der DDR gegründet haben, eine SDP. Sie drückten damit aus, dass sie bewusst an die Freiheitstradition einer sozialdemokratischen Partei anschließen wollten.

Es hört sich vielleicht etwas seltsam an, wenn ich als erst 35-jähriger Vertreter meiner Partei immer wieder auf diese Traditionslinie zu sprechen komme. Aber auch ich habe einen persönlichen Bezug dazu. 1989 kam an einem Tag im Oktober mein Vater zu mir und sagte, dass mein Bruder im Gefängnis sitzt. Er hatte am ersten Oktoberwochenende in Dresden demonstriert und gehörte zum hinteren Teil der Demonstration, der langsamer vorankam, weil Rollstuhlfahrer dabei waren. Der vordere Teil ist ungehindert weitergegangen und versammelte sich an der Prager Straße. Aus diesem Teil wurde die »Gruppe der 20« gegründet. Der hintere, langsamere Teil wurde eingekesselt und, wie es hieß, »zugeführt«. Die 48 Stunden, die mein Bruder hier in Bautzen saß, haben mich als 15-Jährigen politisch sehr geprägt. Ich selbst ging dann in eine Gründungsinitiative, um eine Jugendorganisation bei der SPD mitzugründen. Daher denke ich, auch als 35-Jähriger über die Legitimation zu verfügen, um über die langen Traditionen meiner Partei zu sprechen.

Diese Tage im Oktober – der Anfang der Friedlichen Revolution – liegen bald 20 Jahre hinter uns. In diesen Jahren hat sich bei manchen in der Erinnerung an die DDR einiges verklärt. Wenn man mit Menschen redet, wird auf einmal vieles umgedeutet, auch in der SPD. Ich möchte an die abstruse Debatte darüber erinnern, ob die DDR ein »Unrechtsstaat« war. Dazu hat zum Beispiel Herr Sellering aus Mecklenburg-Vorpommern einen unsinnigen Beitrag geleistet. Ich halte diese Debatte für unsinnig und völlig falsch.

Aber wenn Sie die Reaktionen auf diese Debatte verfolgen, wird schnell deutlich, wie viel Verklärung in 20 Jahren wirklich passiert ist. Die Menschen reagieren darauf, indem sie betonen, sie seien doch in der DDR glücklich gewesen. Man darf deshalb nicht nur auf die jungen Leute verweisen, die oft ein sehr mangelhaftes Wissen über die DDR haben. Man muss auch die Erwachsenen fragen, an was

sie sich denn wirklich erinnern. Glücklich zu sein, gelebt und geliebt zu haben, ist doch keine Beschreibung eines Staates. Das dürfen wir nie vergessen.

Verklärung gibt es aber auch in der Politik. Sie können sich sicher sein, dass wir als Sozialdemokraten uns die Diskussion um mögliche Koalitionspartner nicht einfach machen. Wenn Sie genau beobachten, wird uns die Debatte um eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei aber immer von denen aufgezwungen, die selbst in den Kommunen die Nationale Front wieder hochleben lassen. Egal ob Dresden, Chemnitz, Vogtland, Magdeburg – dort arbeiten CDU und Linkspartei wunderbar zusammen. Wenn die CDU dann mit dem Finger auf uns zeigt, finde ich das schäbig. Zugegeben – bei dieser Diskussion gibt es in der SPD eine große Bandbreite der Meinungen. Es gibt vehemente Gegner genauso wie leidenschaftliche Befürworter. Das hält die SPD aber aus. Auch diese Pluralität der Meinungen ist Ausdruck der langen Tradition, die die Freiheit in unserer Partei hat.

Dieser Veranstaltung wünsche ich viel Erfolg und gerade zum 20. Jahrestag alles Gute.



## Grußwort

MARKO SCHIEMANN

Sehr geehrter Matthias Eisel, Herr Vorsitzender Harald Möller, sehr geehrter Herr Landtagskollege Martin Dulig, Herr Oberbürgermeister Christian Schramm, Bürgermeister Michael Böhmer, liebe Kameradinnen und Kameraden, als ich heute Morgen hierherkam, hatte ich das Glück, eine ehemalige Lehrerin zu treffen. Sie gehörte zu den Lehrern, die sich seit 1991 – sehr zeitig also – dafür engagierten, dass junge Leute etwas davon erfahren, was sie selbst nicht erlebt haben. Ich bin ihr sehr dankbar und bedanke mich bei ihr stellvertretend bei allen Lehrern, die den Weg zu diesem Bautzen-Forum gefunden haben und heute hier sind. Herzlichen Dank dafür.

Der heutige Tag ist ein ganz besonderer Tag für Bautzen und das Bautzen-Forum. Zum 20. Mal hat die Friedrich-Ebert-Stiftung dieses Forum vorbereitet. Das erfüllt mich mit Freude und mit Dankbarkeit. Denn ich kann mich noch erinnern, wie wir dieses Forum zum zehnten Mal erlebt haben. So schnell ist die Zeit vergangen. Matthias Eisel, Ihnen und allen Mitarbeitern herzlichen Dank.

Die Freude und Dankbarkeit teile ich mit allen, die die Foren begleiten, mit ihrem Wissen bereichern und erlebte Geschichte weitergeben. Möge das in den

letzten Jahren hier Erlebte ein wichtiger Mosaikstein im Fundament des Wissens der Deutschen sein: Niemals mehr Unfreiheit und Diktatur zulassen! Dennoch bleibt es wichtig, den Wert der Freiheit, der Demokratie und der Menschenwürde zu leben, immer wieder neu zu festigen und einzufordern. Dazu gehört auch die Erinnerung an die erlebten Zeiten.

Heute, meine lieben Kameradinnen und Kameraden, vor 20 Jahren fand in der DDR die letzte Kommunalwahl, bei der die Stimmergebnisse gefälscht wurden, statt. Die Wahlfälschung von 1989 war der Anfang vom Ende der DDR. Die Bürger hier hatten es satt, sich belügen und bevormunden zu lassen. Kollege Dulig hat darauf hingewiesen, dass wir natürlich auch Glück und Freude empfunden haben. Wir fühlten uns auch zu unseren Lehrern, die uns behütet haben, die uns Wissen vermittelt haben, zugehörig. Aber dieses Glück war nicht vom Staat verordnet. Es wurden eher Nischen gelassen, in denen persönliches Glück gelebt werden konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Jahr erleben wir das 20. Bautzen-Forum. Wir erinnern aber gleichsam an den 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution 1989. Sie wurde von der Mitte des Volkes getragen und hat ihren besonderen Platz in der Geschichte Europas verdient. Denn es war keine intellektuell geprägte Revolution, sie war aus allen Teilen des Volkes erwachsen. Eng damit verbunden ist der Wechsel von Unfreiheit zu Freiheit als besondere deutsche Erfahrung. Dies stellt die wichtigste Veränderung in der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich die Bürger in den neuen Ländern mit eigener Kraft befreit haben. Es war die Leistung der Menschen von hier. Die Bürger in Sachsen haben sich mit dem Ruf nach Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bewahrung der Schöpfung für eine Abkehr vom verordneten Sozialismus der SED entschieden. Sie haben damit die Tore der Gefängnisse geöffnet, eine Mauer zum Einsturz gebracht und die Einheit des Vaterlandes vorbereitet. Wir stehen in der Pflicht, dieser mutigen Leistung vieler Frauen und Männer Dank und Respekt zu zollen. Mein Dank geht an alle, die sich nach 1989 auf den Weg gemacht haben, die Erfahrungen aus Unfreiheit und Freiheit an die Nachgeborenen weiterzugeben. Dabei habe ich viele von ihnen persönlich kennengelernt. Ich bin stolz darauf, dass es Lehrer gab, die das getan haben. Ich habe viele von Ihnen kennengelernt, die als Opfer in Haft saßen oder ansonsten drangsaliert wurden. Es sind sehr viele; einige sind nicht mehr unter uns. Ich möchte ausdrücklich heute Günter Mühle benennen. Er war einer derjenigen, die mir besonderen Mut gemacht haben, die Opferinteressen in die politische Arbeit einzubringen. Er hat es, wie viele von Ihnen, stets ohne Hass

getan. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass Vergebung etwas ganz Individuelles ist. Man kann Menschen vergeben, die sich zur Schuld bekennen. Schuldeingeständnisse sind dafür aber die Voraussetzungen. Es kann keinen kollektiven Schlussstrich geben. Gelebte Geschichte kann man nicht mit einem Schlussstrich beenden. Vergeben ist höchstpersönlich und das Recht jedes Einzelnen dem gegenüber, der sich zur Schuld bekennt. Es darf in der politischen Diskussion zur Aufarbeitung keine Schlussstrichdebatte geben, dies müssen wir verhindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, geben Sie mit Ihrem Wissen der jungen Generation die Chance, Freiheit und Diktatur besser zu unterscheiden, damit die junge Generation später Hüter von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit werden kann. Auch nach 20 Jahren stehen wir in der Verantwortung, die Interessen der Opfer zu vertreten. Der Freistaat Sachsen will besonders seine Gedenkstättenarbeit für die Zukunft stärken und ausbauen. Wir, die CDU-Fraktion, haben uns gemeinsam mit der SPD-Fraktion auf eine Stabilisierung und Verbesserung der Gedenkstättenarbeit geeinigt. Die Arbeit des Landesbeauftragten, Herrn Beleites, muss ebenfalls noch stärker hervorgehoben werden. Wir brauchen auch künftig die Außenstellen der Stasiunterlagenarchive in Sachsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür, dass dieses 20. Bautzen-Forum stattfinden kann, und wünsche diesem Forum gutes Gelingen. Ihnen persönlich wünsche ich Gesundheit und Gottes Segen.





## Grußwort

CHRISTIAN SCHRAMM

Lieber Harald Möller, lieber Herr Eisel, liebe Kameradinnen und Kameraden des Bautzen-Komitees, verehrte Gäste aus Politik und Gesellschaft, diese Überschrift gewinnt hier in Bautzen zum Bautzen-Forum eine scheinbar überzeugende Bestätigung. Wir sind in diesem Jahr zum 20. Mal beim Bautzen-Forum zusammen und gedenken der Leiden der Unfreiheit, die totalitäre Systeme über Sie brachten. Und wir beginnen in Bautzen am 12. Mai eine Reihe von Gedenkveranstaltungen zur Friedlichen Revolution, die uns die Freiheit von einem unfreien System brachte.

Sind Unfreiheit und Freiheit eine spezifisch deutsche Erfahrung? Ich glaube nicht, denn ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass in allen Ländern die Freiheit in ihren verschiedenen Ausprägungen den Menschen ein Anliegen war und ist. Die Freiheit ist eine *conditio humana*, eine Bedingung des Menschseins. Freiheit gehört geradezu zum vollständigen Menschen. Dies umfasst sowohl die gesellschaftliche als auch die persönliche Dimension.

So werden das Ringen auf den hellenischen Schlachtfeldern, der Streit der germanischen Völker, die Kämpfe der Bauernkriege, die »Liberté«-Rufe der Französi-

schen Revolution und die Schreie aus den Kellern der Gestapo, so wird der Widerstand im Kommunismus nachvollziehbar. Auch das Fragen der Philosophen zu allen Zeiten wird verständlich und geradezu zum Beweis. Ohne Freiheit kein Menschsein, ohne Freiheit keine Solidarität, ohne Freiheit keine Entwicklung. Unfreiheit hingegen nimmt mehr als nur die Freizügigkeit; Unfreiheit lässt uns an Seele und Leib verkrüppeln.

In Bautzen wurde vielen die Freiheit genommen. Inhaftiert unter den unsagbaren Bedingungen der Schweigelager, später unter ähnlich schlimmen Repressalien in Bautzen II, haben Sie gelitten und Unfreiheit im eigenen Leben buchstabieren müssen. Aber die Würde konnte das System Ihnen nicht nehmen. Es gehört zu Ihren großen Lebensleistungen, sich die innere Freiheit unter äußerer Unfreiheit bewahrt zu haben. Dass wir immer wieder hier zusammenkommen, hat etwas mit dieser Würde und mit dieser Freiheit zu tun, mit der Freiheit und dem Mut, die Dinge immer wieder beim Namen zu nennen, sich konsequent gegen Verharmlosung und Verklärung einzusetzen.

Wenn Sie sich an den Gräbern und im Gedenken manchmal fragen, ob Ihr Einsatz und Ihr Leiden gerechtfertigt waren, so weise ich auf den Widerstand der späten DDR hin. Vieles wäre vielleicht nicht so gekommen, wenn die Erinnerung an die Opfer des Stalinismus nicht auch eingegangen wäre in den Mut und das Aufrechtstehen der Jüngeren. Nichts geht verloren. Das darf Sie auch trösten und stolz machen.

Ist Freiheit ein deutsches Problem? Ja und nein. Freiheit ist unser aller Problem und Aufgabe. Wir müssen wachsam sein und klug. Wir müssen mutig sein und konsequent. Wir sollten lernen aus den Schicksalen der Bautzen-Häftlinge – und bei aller menschlichen Hoffnung gilt auch die Erfahrung Isaiah Berlins: »Die Freiheit der Wölfe ist der Tod der Lämmer!«

Liebe Kameraden des Bautzen-Komitees, verehrte Gäste, ich wünsche dem 20. Bautzen-Forum gute, freiheitliche Gedanken und eine lebhafte Diskussion. Persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und freue mich, Sie im nächsten Jahr wiederzusehen.



## Referat

### Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung

BERND FAULENBACH

#### 1) Zum Thema

An den Bautzen-Foren – so wie ich sie seit den 90er Jahren kenne – nehmen Menschen teil, für die Freiheit und Unfreiheit eine ganz elementare persönliche Erfahrung ist, von der sich etwas ahnen lässt, wenn man die Haftanstalt Bautzen besucht. Diese Erfahrung wird in den nächsten Tagen sicherlich noch zum Ausdruck gebracht werden. Ich möchte hier das Thema in größere historisch-politische Zusammenhänge stellen, wobei es mir insbesondere um die Bedeutung von 1989 geht.

In diesem Jahr erinnern wir uns – 20 Jahre danach – an die große Umwälzung des Herbstes 1989, doch auch an die 60. Wiederkehr der Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949, zweifellos bedeutsame Daten der deutschen Freiheitsgeschichte. Und vor dem Horizont der Geschichte werden dann auch noch weitere Daten mit der Neun »am Ende« sichtbar: 1919 die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung – aber doch auch 1939: der

Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte eingeleitet hat. So ist hier festzustellen: Es gibt eben nicht nur die deutsche Freiheitsgeschichte, sondern auch die anderen Seiten dieser Geschichte. Die neueste deutsche Geschichte ist voller Widersprüche. Nicht zuletzt gibt es Diktaturerfahrungen, die bis in die Gegenwart nachwirken.

Dass die Menschen unveräußerliche Rechte haben, wurde schon in der Erklärung der Menschenrechte von 1776 in Amerika und dann in der der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 in Frankreich zum Ausdruck gebracht. Doch wissen wir alle, dass diese naturrechtliche Überzeugung das eine, die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Rechte gewährleisteten, das andere sind. Die Durchsetzung von Freiheit ist zweifellos das große Thema der modernen Geschichte. Zu erinnern ist daran, dass der neuzeitliche Emanzipationsprozess auf viele Hindernisse gestoßen ist und die Moderne nicht nur Freiheit ermöglicht hat, sondern es in ihr auch zu unvergleichlichen totalitären Diktaturen kam, deren Kennzeichen ideologisch begründete Unfreiheit war. Dass Freiheit jedoch immer gefährdet bleibt, nicht nur durch Ideologien, sondern auch auf vielfältige andere Weise, etwa durch die Übermacht einseitiger Interessen, das ist schwerlich zu übersehen und macht die Bedeutung der Frage nach der Freiheit aus.

Lassen Sie mich über die deutschen Erfahrungen sprechen. Manche meinen, die Deutschen hätten ein gestörtes Verhältnis zur »Freiheit«. Nicht selten wird dann auch behauptet, Deutschland sei das Land ohne »Revolution«. Ich glaube, diese Aussagen sind zu einfach – nicht nur, aber auch wegen 1989.

## **II) Das Problem der Freiheit im deutschen 19. Jahrhundert**

Zunächst einiges zur Ausgangskonstellation, aus der heraus die Deutschen in das 20. Jahrhundert starteten. Die deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert ist nicht gerade glücklich verlaufen. Die durch eine Reihe von Faktoren wie die Reichstradition, die »Vielstaaterei« und die Staatsbildung auf der Ebene der Territorien, auch durch die Folgen des Dreißigjährigen Krieges »verspätete Nation« (Helmut Plessner) hatte im 19. Jahrhundert gleich mehrere Probleme fast gleichzeitig zu lösen: die Nationalstaatsbildung, den Übergang zum liberalen Verfassungsstaat und die Bewältigung der sozialen Frage. Die gleichzeitige Lösung aller drei Probleme ist den Deutschen nicht gelungen.

Auch die deutsche Geschichte weist jedoch – wie Gustav Heinemann, der dritte Bundespräsident, schon in den frühen 70er Jahren nachdrücklich betont hat – Freiheitsbewegungen auf; er hat deshalb die Gründung des Museums der Freiheitsbewegungen in Rastatt angeregt. Allerdings waren diese mehr oder weniger gescheitert, so wie der Versuch der Bewegung von 1848/49, Einheit und Freiheit

für die Deutschen zu schaffen. Dies hatte bedenkliche Konsequenzen für die deutsche politische Kultur, wie später sichtbar werden sollte. Das Deutsche Reich wurde dann durch preußische Macht von oben in drei Kriegen geschaffen, ein Reich, in dem trotz des allgemeinen (Männer-)Wahlrechtes die Teilhabe des Bürgertums und der arbeitenden Schichten an der Politik stark eingeschränkt war. Bismarcks Politik gegen die »Reichsfeinde«, erst gegen das katholische Zentrum und dann gegen die Sozialdemokratie, zeigte die Grenzen der Freiheit im Bismarckreich. Die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz (1878–1890), zu der Haft, Ausweisung und anderes gehörten, war für die junge deutsche Sozialdemokratie, auch sie eine Emanzipationsbewegung, deren Wurzeln im Jahr 1848 liegen, eine konkrete Erfahrung.

Zur Problematik der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts gehört, dass Staat und Verwaltung eher leistungsfähiger waren als in anderen Ländern. So proklamierten manche Professoren seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts einen deutschen Weg in die Moderne. Doch ermöglichte gerade dieser deutsche Weg die lange Vorherrschaft der vormodernen Führungsschichten und traditionellen autoritären Verhaltensmuster. Er erschwerte die Herausbildung einer offenen bürgerlichen Gesellschaft mit geregelten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten.

Doch so problematisch dieser Weg im 19. Jahrhundert war: Erst im 20. Jahrhundert, das der englische Historiker Eric Hobsbawm als das »Jahrhundert der Extreme« bezeichnet hat, standen sich Demokratie und Diktatur diametral gegenüber, eine Epoche, in der die technisch-zivilisatorische Entwicklung ganz neue Möglichkeiten bot: für Freiheit wie für Unfreiheit.

### III) Die »verspielte Freiheit« – zur Geschichte der Weimarer Republik

Die in schwieriger Zeit – nach Kriegsniederlage und Novemberrevolution 1918/19 – »improvisierte« Republik schuf sich in der Weimarer Nationalversammlung eine freiheitliche Verfassung. Und doch wurde – wie der Titel der Geschichte der Weimarer Republik von Hans Mommsen heißt – die Freiheit »verspielt« (»Die verspielte Freiheit«). Dafür nur einige Gründe:

(1) Die Republik hatte von Anfang an schwere Hypotheken zu tragen: die obrigkeitsstaatlichen Orientierungen wirkten nach, der Versailler Frieden und die Reparationsfrage belastete die Republik, die traditionellen Kräfte waren nicht wirklich überwunden.

(2) Die Kräfte der Demokratie gerieten schon 1920 in die Minderheit, und beträchtliche Teile des Bürgertums begannen ihre Wanderung nach rechts, um schließlich bei der NSDAP zu landen (die freilich schließlich auch andere gesell-

schaftliche Schichten, sogar Teile der Arbeiterschaft ansprach). Die KPD bekämpfte von der anderen Seite die demokratische Republik. Dem Kapp-Putsch von rechts standen Putschversuche der KPD und anderer linksextremer Kräfte gegenüber. Die demokratische Republik hatte um ihre Anerkennung zu kämpfen. (3) Am Ende war die Sozialdemokratie praktisch die einzige Partei, die die Demokratie von Weimar verteidigte. Die NSDAP gewann erheblich an Zulauf und wurde die stärkste Partei. Die KPD bekämpfte zwar die Nazis auf der Straße – obgleich sie manchmal, wie beim BVG-Streik 1932, mit diesen gemeinsame Sache machte –, doch war sie weit davon entfernt, die Demokratie zu verteidigen, wie man gegen verbreitete Legendenbildung immer wieder betonen muss. Sie forderte Sowjetdeutschland. Die freiheitliche Verfassung wurde von den Extremen zerstört, was dadurch erleichtert wurde, dass die republikanischen Kräfte unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise immer schwächer geworden waren. Die Machtübernahme Hitlers selbst wurde möglich durch ein Bündnis der NSDAP mit Teilen der alten Führungsschichten.

#### **IV) Die Erfahrung des Dritten Reiches**

Wir kommen hier nicht am Dritten Reich und an der NS-Diktatur vorbei. Die Erfahrung des Dritten Reiches ist die Erfahrung einer besonderen Form der Unfreiheit. Das Regime suspendierte schon in der Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 die Grundrechte. Das Ermächtigungsgesetz, dem die Sozialdemokratie als einzige Partei die Zustimmung verweigerte, zerschlug endgültig die Gewaltenteilung, die aus unserer Sicht eine wesentliche Voraussetzung von Freiheit ist.

Die Konzentrations- und später die Vernichtungslager sind konstitutiv für eine Diktatur, die sich wie keine vorher inszenierte, die Menschen permanent zu mobilisieren suchte, die Volksgemeinschaft nicht zuletzt durch die Verfolgung politischer Gegner, durch die Ausgrenzung von Juden und anderen Gruppen realisieren wollte und im Übrigen wesentlich auf die Vorbereitung des Krieges ausgerichtet war.

1939, das heißt vor 70 Jahren, begann dann – konkret vorbereitet durch den Hitler-Stalin-Pakt, dessen Bedeutung manchmal zu stark heruntergespielt wird – der Zweite Weltkrieg, der mehr Opfer forderte als jeder andere Krieg. Mit dem Holocaust wurde ein einzigartiges Verbrechen begangen, durch das Millionen Menschen ermordet wurden.

Wir wünschten uns, dass mehr Menschen in Deutschland Widerstand gegen Hitler geleistet hätten – so schwierig dies auch war. Doch diejenigen, die es taten, sollten wir würdigen. Dies bezieht sich auf die Arbeiterbewegung, aber auch auf

die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944. Keineswegs alle Repräsentanten dieser Widerstandsbewegung, zu der freilich auch prominente Sozialdemokraten wie Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach zählen, vertraten Konzepte moderner Demokratie. Doch den Rechtsstaat wiederherstellen, den mörderischen Krieg und die Verbrechen an den Juden beenden, das wollte die ganze Bewegung. Die Widerstandsbewegung gegen Hitler stellt ein wesentliches Kapitel der deutschen Freiheitsgeschichte dar.

Der 20. Juli 1944 scheiterte. Ungeheure Opfer, die gerade die letzten Kriegsmomente forderten, waren die Folge. Die Deutschen haben sich von Hitler nicht selbst befreien können und mehrheitlich wohl auch nicht wollen. Die totale Niederlage konnte zunächst nur eine Minderheit als Befreiung auffassen. Das retrospektive Urteil fällt dabei anderes aus. Richard von Weizsäcker hat es 1985, nach längerer heftiger Auseinandersetzung, gefällt: die Niederlage, die Befreiung war.

Die Deutschen wurden Gegenstand der Politik der Alliierten, die sich in den Zonen des Westens und des Ostens freilich erheblich unterschied. Die Erfahrungen der Ostdeutschen und der Westdeutschen gingen bald weit auseinander. Die Westdeutschen hatten weit mehr Glück als die Ostdeutschen. Zunächst zu Westdeutschland.

#### **V) Die westdeutsche Erfahrung mit der Freiheit**

In diesen Tagen feiern wir die Verabschiedung des Grundgesetzes vor 60 Jahren. 1949 hat kaum jemand geahnt, dass die Geschichte des Grundgesetzes eine Erfolgsgeschichte werden würde, dass diesmal – wie Edgar Wolfrum formuliert hat – die Demokratie »glückte« (»Die geglückte Demokratie«). Keineswegs wollten damals alle die Weststaatsgründung, vorherrschend war die Meinung, dass es ein Provisorium zu schaffen gelte.

Und doch gingen die Väter und Mütter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat gründlich zu Werke und vermieden Fehler, die 1919 gemacht worden waren. Sie wollten im Übrigen durch das Grundgesetz die gesamtdeutsche Verfassung antizipieren. An den Anfang setzten sie die Grundrechte mit der programmatischen Formulierung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Die Menschen- und Bürgerrechte wurden einklagbare Rechte. Gewaltenteilung zwischen Bund und Einzelstaaten wie zwischen den drei Gewalten wurde festgeschrieben. Die Bundesrepublik wurde eine parlamentarische Demokratie und ein sozialer Rechtsstaat. Die Frage der Wirtschaftsverfassung blieb dabei offen. Sicher ist sie die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte.

Erst in einem längeren Prozess, erleichtert durch eine positive wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung (»das Wirtschaftswunder«), bildete sich in West-



deutschland auf der Basis des Grundgesetzes, durchaus verbunden mit Konflikten, eine demokratische politische Kultur heraus. Die Bundesrepublik öffnete sich dabei gegenüber der westlichen Kultur. Die unruhige Zeit Ende der 60er- und der frühen 70er Jahre war aus meiner Sicht – trotz mancher irritierender Phänomene – eine wesentliche Phase der Durchsetzung einer freiheitlichen politischen Kultur. Vielleicht kann man von einer zweiten formativen Phase der Bundesrepublik sprechen, Manfred Görtemaker sieht Ende der 60er- und in den frühen 70er Jahren eine »Umgründung« der Bundesrepublik.

In diesem Jahr (»mit der 9 am Ende«) erinnern wir uns auch an die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler 1969, das heißt vor 40 Jahren. Mit ihm und seiner Politik verbanden sich in West und Ost vielfältige Hoffnungen. Die neue, von einer sozial-liberalen Koalition getragene Regierung griff die Anliegen der gesellschaftlichen Bewegungen auf, kanalisierte sie und machte sie für die Demokratie fruchtbar. Zugleich leitete sie die neue Ostpolitik ein, die die Stagnation in der deutschen Frage überwand, die den Status quo anerkannte, um ihn zu verändern, nicht zuletzt um »menschliche Erleichterungen«, Reisefreiheit, Familienzusammenführungen, Häftlingsfreilassungen und anderes zu erreichen. Es ging dabei ganz konkret um Freiheit. Vieles vorher Undenkbare wurde jetzt möglich. Ein zentrales Anliegen war dabei, das Zusammengehörigkeitsbewusstsein der Deutschen zu wahren. 1989/90 sollte sich dies als eminent bedeutsam erweisen.

Die neue Ostpolitik hatte sich im Übrigen mit dem kommunistischen System nicht abgefunden, im Gegenteil: Man wollte die Verhältnisse in der DDR und in Osteuropa verändern, was sich nur als längerer Prozess denken ließ. Die Ostpoli-



tik enthielt, wie ein amerikanischer Historiker formuliert hat, ein »subversives Element«, um die Rechte der Menschen im Osten zu stärken. Auch im Helsinki-Prozess waren sie dann Gegenstand der Politik, auf die sich Dissidenten berufen haben.

Ich kann und will hier nicht versuchen, die Entwicklung der Bundesrepublik nachzuzeichnen. Festzuhalten aber ist: Aufs Ganze gesehen war die funktionierende westdeutsche Demokratie Referenzsystem für viele Ostdeutsche und trug zur Ermöglichung von 1989 bei. Dennoch: Der Herbst 1989 war die Leistung der Ostdeutschen. Die Menschen in der DDR befreiten sich selbst, sie wurden nicht von außen befreit.

#### **VI) Die ostdeutsche Erfahrung mit der kommunistischen Diktatur**

Die Länder, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Rote Armee besetzte, wurden gewiss vom nationalsozialistischen Deutschland »befreit«. Doch bedeutete »Befreiung« – wie sich bald zeigen sollte – für die Menschen nicht wirklich Freiheit, sondern für viele Menschen – wiederum im ganz elementaren Sinne – Unfreiheit. In einem mehrjährigen Prozess wurden hier Diktaturen errichtet, das heißt politische Systeme, die dem Sowjetsystem verwandt und mit diesem eng verbunden waren.

Dies gilt auch für Ostdeutschland, wo eine Zeit lang die Fiktion einer bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten wurde. Auch in der ersten DDR-Verfassung war das noch der Fall. Doch begann frühzeitig der Aufbau einer Diktatur, die Zwangsvereinigung von SPD und KPD war ein erster wesentlicher Schritt. Die Einführung der Partei neuen Typs, des Prinzips der Nomenklaturkader, der Wahlliste der Nationalen Front mit den Blockparteien waren weitere Schritte. Von Anfang an galt Ulbrichts Dictum: »Es soll demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.«

Die Diktatur entfaltete rasch in erheblichem Maße einschüchternden Terror, der als Herrschaftsmittel in den ersten Jahren eine ganz wesentliche Rolle spielte und dem Versuch, einen ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden zu errichten, seine besondere Prägung gab. Manche unter uns können darüber persönlich berichten, Erfahrungen, die im kollektiven Gedächtnis zu bewahren sind. Die sich kumulierenden Probleme und Maßnahmen des Regimes führten zum 17. Juni 1953, einer ersten Manifestation des Freiheitswillens der Bevölkerung in einem kommunistischen Land nach 1945; Ungarn 1956, Prag 1968, Polen 1981 folgten.

Die Bewegung des 17. Juni 1953 war – wie wir inzwischen wissen – ungleich breiter als lange Zeit angenommen. Sie erfasste praktisch die ganze DDR. Es ging

dabei keineswegs nur um Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch um elementare Rechte der Menschen. Die Befreiung von politischen Häftlingen war für die Bewegung ebenso charakteristisch wie die Forderung nach freien Wahlen. Wir können auch diese Bewegung, die von sowjetischen Panzern niedergeschlagen wurde, zu den von mir wiederholt angesprochenen Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte rechnen.

Gewiss hat sich die DDR auf die Dauer verändert. Aber die ganze Zeit über blieb sie eine Diktatur. Die große Zahl politischer Häftlinge, von denen ein wachsender Teil freigekauft werden konnte, spricht für sich. Ähnlich ist das Grenzregime zu werten. Angesichts des instrumentellen Charakters von Recht und der keineswegs unabhängigen Justiz war sie, ungeachtet der Tatsache, dass es selbstverständlich auch hier den Alltag regelnde Gesetze gab, weit entfernt von einem Rechtsstaat. Ein Tatbestand, der offensichtlich immer mal wieder gegenüber bewussten oder unbewussten apologetischen Tendenzen akzentuiert werden muss.

Das Leben in der DDR war voller Widersprüche. Man wird wohl sagen können, dass offener Terror und von ihm geschürte Angst im Laufe der Entwicklung abnahmen, teilweise wurden subtilere Methoden angewandt. Doch für eine das Unrecht verharmlosende Betrachtung gibt es aus einer Perspektive, die die Freiheit der Menschen in den Vordergrund stellt, nicht die geringste Rechtfertigung. Auf einem ganz anderen Blatt steht, dass es auch hier – wie Wolfgang Thierse immer wieder hervorhebt – Biografien mit Eigensinn gegeben hat, die durch das Scheitern des SED-Regimes nicht entwertet worden sind. Und selbstverständlich lassen sich auch Felder finden, die differenziert zu betrachten sind. Doch hat das Dictum »es war nicht alles schlecht« in der Regel die Funktion, das Regime zu entschuldigen; es verbindet sich nicht selten mit problematischen nostalgischen Haltungen.

Dabei spielt, wie der frühere polnische Dissident Adam Michnik jüngst hervorgehoben hat, eben wohl auch eine Rolle, dass nach 1989/90 viele mit der neu gewonnenen Freiheit Schwierigkeiten hatten: »... das Ende des Kommunismus offenbarte uns das tiefe Bedürfnis nach einem Leben in einer sicheren und vorhersehbaren Welt.« In diesem Sinne sehnen sich manche ein Stück weit zur Lebenswelt der DDR zurück und übersehen dabei nicht selten die ganz andere Realität, die diese Gesellschaft auch hatte.

Aufs Ganze gesehen war die SED-Diktatur im Wesentlichen die Übertragung des sowjetischen Systems, das in einem rückständigen Land fast ohne demokratische Traditionen entstanden war, auf Ostdeutschland. Ungeachtet der tiefgreifenden strukturellen Veränderungen der Nachkriegszeit lebte in der DDR jedoch zu-



gleich auch manches von den deutschen obrigkeitsstaatlichen Traditionen fort, zu denen eine Tendenz zu Konformismus und Anpassung gehörte. Nicht wenigen ausländischen Beobachtern erschien die DDR als der deutschere der beiden deutschen Staaten.

Die Mehrheit der Menschen arrangierte sich mit dem System, ohne Vorbehalte aufzugeben. Eine Kontinuität widerständigen Verhaltens war in der DDR aus verschiedenen Gründen, auch wegen der realen oder vermeintlichen Fluchtchance, stark erschwert. Und doch gab es auch hier immer wieder unabhängiges Denken von Dissidenten und seit den ausgehenden 70er Jahren die schrittweise Herausbildung einer Oppositionsbewegung, eng verbunden mit der evangelischen Kirche. Darin ging es um Menschen- und Bürgerrechte, Ökologie und Frieden. Gewiss lief das Denken vorrangig auf die Negation der bestehenden Verhältnisse hinaus. Doch war die Opposition der eigentliche Nukleus im Prozess der Selbstbefreiung, der im Herbst 1989 auch die Massen ergriff.

#### **VII) Die Selbstbefreiung 1989 im Kontext der deutschen Geschichte**

Was bedeutet 1989 vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte? Nach wie vor wird von vielen zur Kennzeichnung von 1989/90 der von Egon Krenz geprägte blasse Begriff »Wende« gebraucht, als ob es sich nur um eine Richtungsänderung gehandelt habe wie 1982, als Helmut Kohl seine »Wende« proklamierte. Andere glauben von einer Implosion des kommunistischen Systems sprechen zu sollen. Sicherlich gab es eine Überlagerung längerfristiger ökonomisch-technolo-

gischer und ideologischer Erosionsprozesse mit kurzfristigen Krisenphänomenen. Dennoch glaube ich, dass derartige Begriffe für die Kennzeichnung von 1989 zu kurz greifen.

Es handelte sich 1989 nicht zuletzt um die Folgen mutigen Handelns von oppositionellen Gruppen, die sich mit einer Volksbewegung verbanden. Beide bewirkten – auch wenn dies nicht alle in gleicher Weise als Ziel betrachteten – statt nur eines Regierungs- einen Systemwechsel, der sich nicht auf die politische Ebene beschränkte, sondern Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur einschloss. Für einen derartig tiefgreifenden Vorgang rapiden Wandels verwenden wir den Begriff »Revolution«. Der zeitgenössische Begriff der »Friedlichen Revolution« erscheint mir durchaus angemessen. Dem widerspricht nicht wirklich, dass das Regime bis in die erste Oktoberhälfte 1989 Gewalt anwandte.

Für manche reduziert sich die Friedliche Revolution auf einen Aspekt der Vorbereitung der Wiedervereinigung. Dies unterschätzt offensichtlich die Eigengewichtigkeit der Umwälzung von 1989, die allerdings in einer zweiten Phase tatsächlich zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, das heißt zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik führte. Wesentliche Motive waren dabei sowohl das Ziel, das kommunistische System auf Dauer zu überwinden, als auch legitime Wünsche nach einem besseren Leben sowie das Wiedererwachen des niemals geschwundenen Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen.

In mancher Hinsicht wurde dann 1989/90 der viel diskutierte »deutsche Sonderweg« beendet. Endlich gelang es, Einheit und Freiheit zusammenzubringen, und dies sogar im Einvernehmen mit den Nachbarn. Die offene freiheitliche Gesellschaft wurde dabei auf den Osten ausgedehnt.

Allerdings ist an dieser Stelle festzuhalten, dass das Ziel der oppositionellen Gruppen und vieler Menschen nicht eigentlich das kapitalistische Wirtschaftssystem, ökonomisch eher schon die soziale Marktwirtschaft war. Vorrangig ging es ihnen aber um die Durchsetzung von Grundrechten (der Menschen- und Bürgerrechte), der Gewaltenteilung, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie, wobei man sich Letztere – sicherlich nicht frei von Illusionen – zum Teil als Basisdemokratie vorstellte. Erstaunlich realistisch und zielführend war demgegenüber – und dies darf ich als Sozialdemokrat sicherlich formulieren – die Haltung der jungen ostdeutschen Sozialdemokratie, die übrigens in der Umwälzung – auch was die Verunsicherung der SED angeht – eine herausragende Rolle gespielt hat.

Um es noch einmal zu sagen: Ich glaube, dass man die Bewegung des Herbstes 1989 den Freiheitsbewegungen deutscher Geschichte zuordnen kann, die Gustav Heinemann so wichtig waren. Die Bewegung des Herbstes 1989/90 war gleich-

sam die erfolgreichste Freiheitsbewegung der deutschen Geschichte. 1989/90 vollzog sich eine Revolution – manche meinen mit einigem Recht, die erste wirklich erfolgreiche in Deutschland.

### VIII) Die Aufgabe der Freiheit

Der Amerikaner Francis Fukuyama hat in den frühen 90er Jahren – die Geschichtsphilosophie Hegels aufgreifend, die die Geschichte als Bewusstwerdung der Freiheit betrachtet – die These vertreten, die Geschichte sei nun an ihr Ende gekommen. Er meinte damit, dass ein über das westliche Modell hinausweisendes Modell nicht mehr denkbar sei. Diese These stieß sogleich auf Widerspruch, obgleich ein derartiges alternatives Projekt nicht sichtbar wurde – jedenfalls wird man es im islamischen Gottesstaat nicht sehen können.

Inzwischen ist vieles im früheren Herrschaftsbereich des Sowjetkommunismus vorangebracht worden, nicht zuletzt auch in der früheren DDR. Adam Michnik hat jüngst bestritten, »dass die letzten 20 Jahre im Grunde nur ein Haufen Unglück waren«. Gewiss sei nicht alles perfekt gewesen, doch sei er entschieden der Ansicht: Mit Ausnahme Russlands und des Balkans hätten die postkommunistischen Länder in der neuesten Geschichte »nie so gute 20 Jahre« gehabt.

Gleichwohl gab und gibt es auch problematische Entwicklungen im neuen Europa, das Teil der globalisierten Welt ist. Ich meine etwa den Marktradikalismus (Helmut Schmidt spricht von »Raubtierkapitalismus«), der sich für viele Menschen – gewiss auf eine andere Art als in der Diktatur – geradezu freiheitsgefährdend ausgewirkt hat. Dieser Marktradikalismus mit seiner gigantischen verantwortungslosen Finanzspekulation lässt ein anderes Neunerjahr aktuell erscheinen: das Jahr 1929. Manchmal wird man an Hegels böses Dictum erinnert: »Das Einzige, das man aus der Geschichte lernen kann, ist, dass die Menschen nichts aus der Geschichte lernen.« Ich hoffe, er hat Unrecht; es gilt aus der Geschichte zu lernen.

Auf jeden Fall ist festzustellen, dass Freiheit, wenn sie nicht Anarchie werden soll, gerade im Bereich der Wirtschaft ohne Regeln undenkbar ist und Verantwortungsbewusstsein erfordert. Hervorzuheben ist auch: Die europäischen Werte der Freiheit enthalten ungleich mehr als das Marktprinzip, es geht um die Würde des Menschen.

Im Übrigen aber macht die gegenwärtige Konstellation deutlich: »Freiheit« ist nicht ein für allemal erreicht, sie muss immer wieder neu realisiert und gelebt werden. Dazu ruft uns die Erinnerung an Freiheit und Unfreiheit in der jüngsten deutschen Geschichte auf, gerade hier in Bautzen.



## Podiumsdiskussion

### Bundesrepublik und DDR – Erfahrungen mit Spaltung und Repression

JAN HOESCH, ANNE KLAR, ULRICH MÄHLERT, KLAUS SCHÜTZ

Moderation: DETTMAR CRAMER

DETTMAR CRAMER: Meine Damen und Herren, das Thema unserer Podiumsdiskussion lautet »Bundesrepublik und DDR – Erfahrungen mit Spaltung und Repression«. Ich möchte die Teilnehmer vorstellen. Ich begrüße Herrn Jan Hoesch. Er war Leiter der Rechtsabteilung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin. Als ich neulich in der Birthler-Behörde meine Stasiakte eingesehen habe, bin ich auch auf seinen Namen gestoßen. Daraus konnte ich entnehmen, dass Herr Hoesch 1979/80 zwei Mal im Außenministerium der DDR in meiner Angelegenheit vorstellig geworden ist. Ich war zwei Jahre und zwei Monate am Betreten der so genannten Hauptstadt gehindert und wurde immer wieder zurückgewiesen, wenn ich den Versuch unternommen hatte. Weiterhin begrüße ich Frau Anne Klar. Sie war in der DDR Lehrerin und hat dann einen gescheiterten Fluchtversuch unternommen. Frau Klar hat ein Buch geschrieben, »Eingesperrt und kein Entkommen«. Ihre Vita liest sich sehr eindrucksvoll. Frau Klar war Lehrerin in der DDR, hat dann in Westdeutschland die Examina nachgeholt

und ist in der Bundesrepublik wieder Lehrerin geworden. Ich heiÙe Herrn Klaus Schütz herzlich willkommen. Er war Bundessenator in Berlin, dann Regierender Bürgermeister, dann Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und zuletzt Botschafter in Israel. Schließlich begrüÙe ich Ulrich Mähler. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich DDR-Geschichte und Schüler von Hermann Weber. Er hat einige Publikationen zur Geschichte der DDR, insbesondere zur FDJ und SED, veröffentlicht.

Ich möchte noch einen Satz zu dem Vortrag von Professor Faulenbach von heute Morgen sagen, den ich voll und ganz unterschreiben kann. Für mich hätte allerdings auch die wirtschaftliche Seite der DDR dazugehört. Die DDR war ja 1989 wirtschaftlich am Ende. Krenz, als neuer Generalsekretär, hatte am 24. Oktober 1989 den Chef der Plankommission, Herrn Schürer, gebeten, eine schonungslose Schilderung der wirtschaftlichen Lage vorzunehmen. Einer der Sätze in dessen Befund lautete: Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. Das war eine Erkenntnis der DDR-Führung. In dem gleichen Papier ist auch ein Gespräch zwischen Honecker und dem ZK-Sekretär Rusakow aus Moskau abgedruckt. Das Gespräch hat am 21. Oktober 1981 stattgefunden. Das war die Zeit, als die UdSSR große Schwierigkeiten hatte. Eine Missernte folgte der anderen, und die Rohöllieferungen an Ostberlin waren von 19 auf 17 Millionen Tonnen gekürzt worden. Das war für mich der Anfang vom Ende der DDR. In diesem Gespräch mit Rusakow kann man einen Satz lesen, der dann aber nicht in den Bericht an das Politbüro aufgenommen wurde. Rusakow hat zu Honecker gesagt: Wir stehen praktisch wieder wie vor Brest-Litowsk. Das war 1918, Brest-Litowsk war 1918 der Sieg-Frieden der Mittelmächte gegenüber der UdSSR mit der Folge, dass die baltischen Staaten, die Kaukasusrepubliken, die Ukraine und Weißrussland unabhängig geworden sind. Die Erkenntnis, dass man am Ende sei, hat man Erich Honecker also schon 1981 aus Moskau mitgeteilt. Dieser ganze Komplex ist meiner Meinung nach auch ein wichtiger Grund für das Ende der DDR. Dazu kommt, dass der Öl- und Gasboom ja erst zehn Jahre später ungeahnte Reichtümer in die UdSSR spülte. Wäre dieser Boom schon 1989/90 eingetreten, dann, glaube ich, säÙen wir heute nicht hier, dann wäre nicht alles so glimpflich abgegangen, wie es ist. Denn die UdSSR war eben auch wirtschaftlich am Ende.

Nun zu unserer Diskussion. Sie alle kennen die ÄuÙerung von Herrn Sellering, der gesagt hat, er verwehre sich dagegen, dass das Gute nur aus dem Westen käme und aus dem Osten nichts. Als Beispiel – so der Bericht aus der »FAZ« – nannte



er das längere gemeinsame Lernen in der DDR. Meine Frage an Sie, Frau Klar, als Lehrerin, drüben und hüten, wie das früher hieß: Hat er Recht?

ANNE KLAR: Natürlich nicht. Das Lernen in der DDR war geprägt von sozialistischen Zielen. Schon die Lehrerausbildung (ohne Hochschulausbildung und Staatsexamen) war eine Schmalspurausbildung, angereichert mit politischen Fächern wie Ökonomie, Marxismus-Leninismus, Pionierleiterausbildung etc. Unweigerlich mussten Bildungsinhalte in der kurzen Studienzeit auf der Strecke bleiben. In Westberlin habe ich dann erfahren, dass meine DDR-Lehrerausbildung nicht anerkannt wurde. Mit 40 Jahren absolvierte ich die Erste und Zweite Staatsprüfung, um erneut als Lehrerin arbeiten zu können.

Ich komme zurück zu der Frage: War das längere gemeinsame Lernen in der DDR nicht besser als das in der Bundesrepublik? Das Lernen in der DDR war in den unteren Klassen zügig, als Folge des – bis ins kleinste Detail – vorgeschriebenen Lehrplanes und der nur vom Verlag »Volk und Wissen« zugelassenen Einheitslehrbücher. Später war die Gleichmacherei ein erhebliches Hindernis, denn längeres gemeinsames Lernen bedeutete in den mittleren und höheren Klassenstufen ein langsames Vorangehen beim Erwerb von Lerninhalten, weil möglichst alle Schüler das Klassenziel erreichen sollten. Der SED-Staat brauchte frühzeitig Arbeitskräfte, deshalb wurden auch teilweise Schüler aus der achten Klasse entlassen.



Der Lehrer wurde mit dem Slogan »Schülerleistung gleich Lehrerleistung« konfrontiert. Das Lernen in der DDR war autoritär gestaltet. Der Lehrer übertrug die Macht des Diktaturstaates auf Schüler und Eltern, sodass diese in der Zwickmühle waren, wenn sie ihre Kinder nicht anhielten, systemgetreu zu lernen und in der Schule nicht aufzufallen. Das Leistungsverhältnis der einzelnen Schüler einer Klasse änderte sich mit zunehmenden Jahren. Durch das Heranholen der Letzten, der Lernschwachen oder Lernunwilligen, die es doch auch immer gab, wurde ein großer Teil der Schüler ausgebremst und am Weiterkommen gehindert, wenn er nicht systempolitisch entsprechend zuverlässig war und nach der achten Klasse die EOS (Erweiterte Oberschule) besuchen durfte.

Es war auch so, dass nur in Ausnahmefällen jemand, der einer kirchlichen Organisation angehörte, das Abitur machen oder gar studieren durfte. Bei Jungen war die längerfristige Verpflichtung für den Dienst bei der NVA häufig eine Voraussetzung für ein weiteres Lernen. Mein Sohn (neunte Klasse) erzählte mir eines Tages, dass der Schulleiter in seine Klasse kam, weil einige Jungen mit schlechteren schulischen Noten noch keine Lehrstellen bekommen hatten. Er forderte sie auf, sich für zehn Jahre zum Dienst in der NVA zu verpflichten. Damit war das Lehrstellenproblem erledigt.

Die sozialistische Erziehung bildete einen wesentlichen Aspekt in der Schule der DDR. Das Erziehungsziel war die allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit. Jede Unterrichtsstunde musste vom Lehrer schriftlich vorbereitet werden. Zum Thema der Stunde mussten Bildungsziel und Erziehungsziel formuliert werden, wobei das Erziehungsziel immer auf die Erziehung im sozialistischen Staat ausgerichtet sein musste.

CRAMER: Vielen Dank. Herr Sellering hat auch gesagt, man dürfe die DDR nicht als den totalen Unrechtsstaat verdammen. Der Versuch einer Relativierung also. Herr Schütz, Sie waren als Regierender Bürgermeister Kollege von ihm, hätten Sie so etwas auch gesagt oder gedacht?

KLAUS SCHÜTZ: Ich möchte mich zu seinen Bemerkungen gar nicht so sehr äußern, weil ich sie nicht wirklich kenne. Nur eines möchte ich sagen: Ich wurde noch vor drei Tagen von meiner 16-jährigen Enkeltochter gefragt, was eigentlich ein Herr Hennecke gewesen ist, und musste gestehen, dass ich große Schwierigkeiten hatte, mich daran noch zu erinnern. Menschen haben einfach Erinnerungsprobleme. Ich war Bürger von Westberlin und Sozialdemokrat, der im April 1946 deshalb in die SPD eingetreten ist, weil damals die sowjetischen Kommunisten sie dazu zwangen, eine Einheitspartei zu gründen, und ich gegen diese Zwangsvereinigung kämpfen wollte. Es war für mich nie ein Kampf gegen die

Machthaber in Ostberlin, sondern immer ein Kampf gegen den Internationalen Kommunismus, der von Moskau geleitet und gelenkt wurde und der zusammenbrach, weil er als Kommunismus nicht in der Lage war, ein Land auf Dauer in der modernen Welt zu regieren. Wir sprechen isoliert, wenn wir immer nur von den speziellen Fragen in der DDR sprechen. Die sind gar nicht so speziell, denn der Unterschied zwischen Hennecke und Stachanow war wirklich sehr gering. Auch der Unterricht in den Moskauer Schulen war vom Thema und vom Ansatz höchstwahrscheinlich nicht sehr anders als der in der DDR. Das Ganze muss insgesamt aufgerollt werden, und es hat lange gedauert, bis das passiert ist. Als Bürger von Westberlin und dann als Bürgermeister fühlte ich mich nie als Gegenspieler von Ulbricht etc., sondern war immer der Meinung, dass wir zusammen mit den Amerikanern, den Engländern und den Franzosen hier sind, um der sowjetischen Politik insgesamt entgegenzutreten. Das ist der eigentliche Punkt. Damit will ich nicht an dem vorbeireden, was an Problemen und Schwierigkeiten gemeistert wurde, oder an den Menschen, die in der DDR dagegen protestiert haben und dafür auch Schreckliches haben erleiden müssen. Aber der eigentliche Punkt in der Auseinandersetzung in der damaligen Zeit, als man in Berlin die Sozialdemokraten in eine SED hineinzwängen wollte, waren immer die sowjetischen Stadtkommandanten, die dafür sorgten, dass die aufmüpfigen Sozialdemokraten in Ostberlin in die Gefangenenlager kamen. Das lässt sich fortsetzen, bis wir dann den Zusammenbruch des Kommunismus hatten. Wir dürfen uns nicht alleine in unseren deutschen Zusammenhängen, sondern müssen das auch im Großen sehen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war das große Freiheitssignal für die ganze Welt.

CRAMER: Vielen Dank. Das war eine wichtige Ergänzung dessen, was wir bisher dazu gehört haben. Die Öffnung der Mauer wurde im Mai 1989 in Ungarn eingeleitet, weil die Ungarn beschlossen hatten, den Grenzzaun zwischen Ungarn und Österreich abzubauen. Es gab dann Massenbewegungen. Der ungarische Ministerpräsident Nemet war wohl auch bei Gorbatschow gewesen – laut einem Bericht der »Neuen Zürcher Zeitung« –, verschaffte sich dort Rückendeckung und erklärte auch, dass es Probleme in der DDR gäbe, wenn die Ungarn die Sperren abbauten. Aber er habe etwas verlegen geantwortet, er sähe da kein Problem und wisse gar nicht, was er da sagen solle. Der Bericht der NZZ stützte sich auf das Protokoll der Unterredung in Moskau am 3. März 1989. Insofern konnte sich die DDR nie der allgemeinen Entwicklung entziehen. Die DDR einzubinden, sie Schulden machen zu lassen, war ja auch ein Ziel der Ostpolitik, sodass sie dann gezwungen war, die Grenzen zu öffnen und eine Art Offenbarungseid zu leisten.



Herr Mählert, Sie haben all das wissenschaftlich bearbeitet. Haben Sie noch andere Dinge dazu anzumerken?

ULRICH MÄHLERT: Das Wichtigste ist, dass man sich davor hütet, einzelne Faktoren als wesentlich für die Überwindung der kommunistischen Diktatur darzustellen. Es waren weder nur die wirtschaftliche Krise noch nur die Bürgerrechtler, die auf die Straße gegangen sind, es waren auch nicht nur die Ungarn, und es war natürlich auch nicht nur Gorbatschow mit seiner Reformpolitik. Aber in dem Zusammenwirken, in der Gleichzeitigkeit dieser verschiedenen Faktoren entwickelte sich die kritische Masse, die ja offenkundig von allen professionellen Beobachtern im Westen und von den professionellen Beobachtern im Osten, also der Stasi, so gar nicht vorhergesehen wurde. Es lag eben keineswegs auf der Hand, dass sich alles in dieser glücklichen Weise im Sommer 1989 so fügen würde. Viele von Ihnen erinnern sich vielleicht noch an den Namen Ligatschow, den großen Gegenspieler von Gorbatschow im Politbüro. Wenn man heute sagt, die Wirtschaftskrise habe zu einer Implosion und zu einem unvermeidlichen Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft geführt, dann muss ich sagen, es war keine ausgemachte Sache, dass Gorbatschow 1988/89 tatsächlich noch Generalsekretär der KPDSU war. Im Gegenteil, die Hardliner in den kommunistischen Parteien hätten die ökonomische Krisensituation durchaus dazu nutzen können, einen militanten Kurs zu fahren. Es war überhaupt eine Paradoxie: Einerseits war

es ganz wesentlich die Entspannungspolitik, die den Boden für diesen Umbruch bereitete, andererseits war es die Politik Ronald Reagans, der die Sowjetunion mit seiner Rüstungspolitik an die Wand gespielt hat. Die Gleichzeitigkeit von unterschiedlichen Faktoren ist schwierig darzustellen, aber etwas, das wir immer im Blick behalten müssen.

CRAMER: Vielen Dank. Das war eine wichtige Ergänzung. Herr Hoesch, Sie waren für den Häftlingsfreikauf in der Ständigen Vertretung zuständig und möchten dazu gern einiges sagen.

JAN HOESCH: Herr Faulenbach hat heute Morgen zu Recht die besondere Bedeutung der humanitären Aktionen der Bundesrepublik gegenüber der DDR hervorgehoben. Deswegen ist es erstaunlich, dass heute in der Öffentlichkeit noch relativ wenig darüber bekannt ist. Es kursieren zwar Schlagwörter wie »Häftlingsfreikauf« oder »Agentenaustausch«, aber über den Umfang, die Zusammenhänge, die Methoden und Verständigungen zwischen den beiden Staaten, die damals auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges begonnen haben, herrscht immer noch weiterhin Unklarheit. Und das, obwohl dadurch unendlich viel menschliches Leid gelindert und ungezählte persönliche Schicksale beeinflusst worden sind.

Da sicherlich auch von Ihnen viele persönlich von diesen Aktionen betroffen waren, ist es vielleicht gut, dazu noch einmal einen kurzen Abriss zu geben. Ich selbst hatte ab 1969 fünf Jahre lang für diese Aktionen die Verantwortung in der Bundesregierung und habe sie auch danach noch, zunächst in der Ständigen Vertretung, später im Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, administrativ und diplomatisch bis zum Ende der DDR begleitet. »Besondere Bemühungen um menschliche Erleichterungen« – so lautete damals der offizielle Begriff für diese Aktionen – gab es seit Anfang der 60er Jahre. Sie sollten den politischen Auswirkungen der Teilung entgegenwirken und die Not der unmittelbar betroffenen Menschen nach Möglichkeit lindern. Sie waren ein komplexes System – und auch das wird heute oft übersehen, wenn man nur von dem Schlagwort »Häftlingsfreikauf« ausgeht –, das sich aus kleinen Anfängen über die Jahre entwickelt hat. Es ging dabei nicht nur um die Freilassung politischer Häftlinge, so wichtig dieser Bereich auch innerhalb des Gesamtkomplexes war. Es ging auch um die Zusammenführung getrennter Familien, um die Organisation von Rechtsschutz für politische Häftlinge in der DDR, um die Rückführung von in der DDR zurückgebliebenen Kindern zu ihren Eltern in die Bundesrepublik und nach Berlin, um die Ausreise ehemaliger politischer Häftlinge aus der DDR in die Bundesrepublik und nicht zuletzt um den Austausch von Agenten beider Seiten. Es begann mit der Hilfe für politische Häftlinge. Die Willkürjustiz in der DDR

vor und nach dem Mauerbau hatte zu 12 000 Inhaftierungen aus politischen Gründen geführt, von denen wir 1963 wussten. Die Strafen waren lang, die Haftbedingungen brutal, und vor allem hatten die Betroffenen in der Regel kein Unrechtsbewusstsein – das mussten sie ja auch nicht haben, denn sie hatten Dinge getan, die nach unserem Rechtsempfinden nicht strafbar waren. Umso schlimmer haben viele dann diese ungerechte Strafe empfunden. Hilfe war also dringend notwendig. Die Kirchen gingen bei diesen Bemühungen voran. Es gab Kontakte der Kirche zu verantwortlichen Stellen in der DDR, die in Einzelfällen auch Haftentlassungen bewirkten, zum Beispiel von inhaftierten Pfarrern oder Gemeindegliedern. Bischof Scharf und Probst Grüber haben sich damals besonders für diese Erleichterungen engagiert. Der Syndikus der Evangelischen Kirche in Berlin, Rayma von Wedel, hat in seinen Erinnerungen von etwa 100 Fällen gesprochen, die durch die kirchlichen Bemühungen damals aus der Haft entlassen werden konnten. Auch der Berliner Senat setzte sich bald nach dem Mauerbau für Haftentlassungen ein. Vor allem für Entlassungen von ideellen Fluchthelfern, also von Menschen, die versucht haben, den Mauerbau zu konterkarieren, indem sie persönliche Fluchtunternehmen begünstigten oder unternahmen, und auch für die Opfer solcher Fluchtversuche.

Diese Bemühungen wurden damals von Rechtsanwälten vermittelt. Da gab es den Rechtsanwalt Jürgen Stange in Westberlin und den später sehr bekannt gewordenen Rechtsanwalt Wolfgang Vogel in Ostberlin. Sie setzten sich zusammen und vermittelten diese Bemühungen gegenüber der DDR. Aber die Mittel der Kirchen und des Berliner Senats reichten auf Dauer nicht aus. Denn die Bereitschaft der DDR, die inzwischen erkannt hatte, dass sich auf diese Weise recht lukrative Gegenleistungen erreichen ließen, nahm zu, und damit stieg auch der Mittelbedarf für solche Gegenleistungen. Deshalb hat sich die Bundesregierung seit 1963 in diese Bemühungen mit eingeschaltet. Das endgültige politische Placet, in Verhandlungen mit der DDR auf Anwaltschene einzutreten, hat damals noch Konrad Adenauer selbst gegeben. Daraus entstanden die großen und später regelmäßigen Entlassungsaktionen. Die Häftlinge wurden dann in Bussen von Karl-Marx-Stadt aus über die innerdeutsche Grenze nach Gießen gebracht.

Das begann mit relativ kleinen Anfängen: 1964 konnten 889 Häftlinge auf diese Weise entlassen werden. 1989 waren es 1775. Der Höhepunkt der Entlassungsaktionen für politische Häftlinge war 1985 mit 2669 Häftlingen. Parallel dazu wurde ein Rechtsschutz für politische Häftlinge in der DDR organisiert. Dafür gab es hier in Berlin die so genannte Rechtsschutzstelle. Das waren Anwälte, die von der Bundesregierung honoriert wurden und die mit Rechtsanwälten in Ost-



berlin und in der DDR in Verbindung standen. Sie haben gewissermaßen im Korrespondenzverhältnis zusammengearbeitet, um die Vertretung der Häftlinge vor den Gerichten der DDR sicherzustellen und anschließend die Einbeziehung dieser Häftlinge in die besonderen Bemühungen zu ermöglichen.

Diese sehr eigenartige Zusammenarbeit zwischen Anwälten aus dem Westen und aus dem Osten, die ja einen starken politischen Hintergrund hatte, tolerierte die DDR nur widerwillig. Aber weil es die Grundlage für diese Häftlingsaktionen war, hat sie sie auch nicht unterbunden. Sie wurde später sehr wichtig für die Durchführung der Häftlingsaktionen, weil wir auf diese Weise Informationen über neue Inhaftierungen bekamen, auch Kontakt zu den Angehörigen, und letztlich auch kontrollieren konnten, ob die Ausreisen tatsächlich den getroffenen Vereinbarungen entsprachen.

Aus diesen Häftlingsaktionen entwickelte sich später die Familienzusammenführung. Diese bezog sich zunächst nur auf die Angehörigen der politischen Häftlinge, die aus der DDR in den Westen entlassen wurden und ihre Familien notgedrungen zurücklassen mussten. Diese wollten zu ihren Angehörigen ausreisen. Die DDR tolerierte das, und es entstand ein Programm der regelmäßigen Ausreisen für diese zurückgebliebenen Familien. Diese Verhandlungen über Familienzusammenführung bezogen sich zunächst auf besonders tragische Fälle von getrennten Familien. Die DDR war hier sehr zurückhaltend und tat sich schwer, weil sie die damit verbundene Öffentlichkeit fürchtete. Häftlinge konnte man klamm-



heimlich mit Bussen aus einem Gefängnis in die Bundesrepublik verfrachten. Wenn aber Angehörige aus der DDR Ausreiseanträge stellten und sich auf die Ausreise vorbereiteten, erhielt davon zwangsläufig ein größerer Personenkreis Kenntnis. Das war der DDR außerordentlich unangenehm, weil sie befürchtete, dass daraus Berufungsfälle entstünden und wichtige Fachkräfte auf diese Weise verloren gingen. Deswegen ließ sich die Familienzusammenführung erst im Lauf der Jahre durch sehr schwierige und intensive Verhandlungen ausweiten. Später nahm sie aber einen großen Umfang ein, weil die DDR darin auch eine gewisse Ventilfunktion für den innenpolitischen Druck im eigenen Lande sah. Wir alle wissen, dass später die Zahl der Ausreisen sehr stark nach oben ging.

Es gab noch einen Sonderfall der Familienzusammenführung, die zurückgelassenen Kinder. In der Zeit vor dem Mauerbau waren viele Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet, darunter auch Eltern, die im Westen Fuß fassen wollten und ihre Kinder zunächst bei Verwandten oder in Pflegestätten zurückließen. Als die Mauer kam, konnten die Eltern nicht mehr zu ihren Kindern und sie nachholen. Das wurde zu einem großen Problem, weil die Eltern sehr darauf drängten, ihre Kinder wiederzubekommen. In der DDR gab es dagegen erhebliche Widerstände, weil damals Margot Honecker Volksbildungsministerin war und persönlich entschieden dagegen, Kinder dem Klassenfeind auszuliefern. Es brauchte Jahre, bis man auf diesem Gebiet weiterkam. Damals gab es in Berlin 800 Fälle dieser Art, im ganzen Bundesgebiet 3000. Schließlich wurde eine Lösung gefunden. Man zahlte nämlich der DDR die aufgelaufenen Unterhaltsbei-

träge, die bei uns auf Konten der Jugendämter treuhänderisch gesammelt worden waren, und die DDR gab dafür die Kinder frei. Auch hier ist man in Berlin vorgegangen und hat ein Modell entwickelt, das später von den anderen Bundesländern übernommen wurde.

Schließlich spielte der so genannte Agentenaustausch eine Rolle. Hier gab es vergleichbare Interessen, denn unsere Nachrichtendienste hatten Agenten in der DDR, die DDR hatte Agenten bei uns. Sowohl die einen wie die anderen wurden gelegentlich enttarnt und dann verurteilt – in der DDR zu sehr viel höheren Strafen als bei uns. Aber auf beiden Seiten gab es ein Interesse, diese Mitarbeiter wieder zurückzubekommen. Die DDR hatte ein besonders großes Interesse, weil sie ihren Kundschaftern immer die Versicherung mitgab, sie auch im Falle einer Verhaftung wieder rauszuholen. Deswegen hat die DDR auch immer wieder eine Beziehung zwischen solchen Austauschvorgängen von Agenten und den allgemeinen humanitären Aktionen hergestellt. Nicht selten kam es zu Störungen und Widerständen. Zeitweise mussten die Häftlingsaktionen eingestellt werden, weil man sich über den Austausch von bestimmten Agenten nicht rechtzeitig einigen konnte.

Für alle diese Bereiche galt das gleiche Schema: Es wurde auf der so genannten Anwaltsebene verhandelt, zwischen Anwälten aus Ost und West, personalisiert zwischen Jürgen Stange und Wolfgang Vogel. Diese Verhandlungen wurden aber von den Regierungsstellen überwacht. Die Regierungen entschieden auch über die Leistungen, über die Entlassungen, über die Ausreisen und auf unserer Seite über die Gegenleistungen. Diese bestanden in wirtschaftlichen Lieferungen, die damals von der Bundesregierung finanziert und von den Kirchen durch ihre Kanäle vermittelt wurden. Es war ein komplexes System. Das bedeutet, dass es immer wieder Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Bereichen dieser Bemühungen gab, die sich manchmal auch bis zu Krisen entwickeln konnten. Als zum Beispiel die Ständige Vertretung gegründet wurde, gab es eine Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten darüber, wofür die Ständige Vertretung zuständig sein sollte. Damals wurde auf unserer Seite erwogen, diese besonderen Bemühungen auf die Ständige Vertretung zu übertragen und sie dann gewissermaßen aus dem konspirativen in den legalen Bereich zu überführen. Die DDR brachte dem zunächst ein gewisses Verständnis entgegen, machte dann aber plötzlich einen Rückzieher. Von dem Augenblick an hat sie die Häftlingsaktionen und die Ausreiseaktionen für längere Zeit gestoppt. Das führte zu den so genannten Kofferfällen, weil in der DDR schon viele Menschen buchstäblich auf gepackten Koffern saßen und durch diesen Stopp nicht ausreisen konnten. Diese Krise konnte



erst durch den Besuch von Herbert Wehner in der DDR gelöst werden, der sich mit Honecker über eine Lösung verständigte.

Wenn man diese Aktionen insgesamt zu bilanzieren versucht, wird man zunächst von den Zahlen ausgehen müssen. Die Zahlen sind inzwischen relativ zuverlässig ermittelt. Zwischen 1964 und 1990 gab es 33 755 Fälle von freigekauften Häftlingen, in derselben Zeit gab es 215 019 Ausreisen im Wege der so genannten Familienzusammenführungen. Für beides zusammen wurde in diesem Zeitraum ein Gesamtbetrag von 3 436 900 000 DM an Gegenleistungen gezahlt. Diese Leistungen führten zu einem enormen Gewinn auf humanitärem Gebiet. Damals gelang es vielen Menschen, die Freiheit zu gewinnen. Es gelang, Gesundheitsgefährdungen abzuwenden. Es gelang, Familien zusammenzuführen. Es gelang, Kinder zurückzuführen. Und es gelang, Zukunftsperspektiven für Menschen zu öffnen, die sonst noch lange Zeit hinter Gittern gegessen hätten.

Außerdem gab es etwas, was man vielleicht als Kollateralnutzen bezeichnen könnte. Die Tatsache, dass so viele Häftlinge aus der Haft in den Westen entlassen wurden, führte zu einer langsamen Milderung der Haftbedingungen in den Gefängnissen der DDR. Auch weil das Aufsichtspersonal damit rechnen musste, dass ihr Verhalten im Westen bekannt und es vielleicht eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden würde. Es führte auch dazu, dass sich die Ausreiseverfahren beschleunigten und in der Zahl sehr steigerten. Das waren Begleiterscheinungen dieser humanitären Aktionen.

Nachträglich gab es Kritik an diesen besonderen Bemühungen. Es wurde von Menschenhandel gesprochen als von einem schmutzigen Geschäft. In meinen Augen war das eher das Lösegeld für Geiseln. Denn die Gefangenen hier waren Geiseln, und wir mussten unsere Möglichkeiten nutzen, um für sie die Freiheit zu schaffen. Es wird auch gesagt, die Bemühungen seien im Grunde unnötig gewesen, weil die DDR ohnehin vor dem Zusammenbruch gestanden hätte. Man hätte nur warten müssen, dann hätte man sich das alles sparen können. Das ist natürlich ein nachträgliches Wissen. Damals, als sich die Fragen stellten, konnte sich niemand vorstellen, dass die DDR in relativ kurzer Zeit nicht mehr bestehen würde. Wir mussten davon ausgehen, dass sie noch sehr lange existieren würde. Die Not der Menschen, denen man helfen konnte, war aber real und deswegen auch die Notwendigkeit zu helfen, wenn dazu eine Möglichkeit bestand.

Ein weiterer Vorwurf ist, die Zahlungen hätten zu einer Stabilisierung der DDR, also einer Verlängerung ihrer Existenz geführt. Das ist Spekulation. Der historische Ablauf spricht eher dagegen. Nach meinem Eindruck ging von diesen Aktionen eher eine Destabilisierung aus. Denn die DDR kam nicht umhin, durch den

Verkauf von Menschen ständig gegen ihre eigenen sozialistischen Grundsätze zu verstoßen. Wer ständig gegen die eigenen Grundsätze verstößt, verliert an Glaubwürdigkeit und eines Tages auch den Glauben an sich selbst. In dieser Entwicklung haben die humanitären Bemühungen einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Als Fazit: Alle Bundesregierungen haben damals diese Bemühungen für richtig gehalten und tatkräftig unterstützt. Auch die Öffentlichkeit stand grundsätzlich hinter ihnen. Die Medien haben sie unterstützt, und zwar nicht zuletzt durch eine Zurückhaltung in der Berichterstattung. Diese Aktionen konnten nur so lange durchgeführt werden, wie sie nicht öffentlich zerredet wurden. Sonst hätte die DDR das wahrscheinlich nicht länger fortsetzen können. Dem haben die Medien in dankenswerter Weise Rechnung getragen. Insgesamt haben diese Aktionen den Vorrang der Humanität in der Politik dokumentiert. Darin dürfte auch ihre bleibende Bedeutung für die Zukunft liegen.

CRAMER: Vielen Dank. Das war auch ein wichtiger Beitrag zur deutsch-deutschen Situation. Gibt es dazu aus der Wissenschaft Erkenntnisse, wie das auf die DDR-Bevölkerung zurückgewirkt hat?

MÄHLERT: Das Orakel Wissenschaft hat darauf keine unmittelbare Antwort. Für mich ist das mit dem Thema verbundene Dilemma das eigentlich Interessante. Die Sachverhalte als solche wurden schon häufig beschrieben. Herr Hoesch, Sie haben nun indirekt schon auf Angriffe und Sichtweisen reagiert, die so noch gar nicht formuliert wurden und die ich auch gar nicht so formulieren würde. Die immer aufgeworfene Frage ist, ob man durch Häftlingsfreikauf erst Häftlinge geschaffen hat. Hat man damit das System stabilisiert? Wäre die Alternative gewesen, keinen Häftlingsfreikauf zu organisieren? Bei diesem Thema zeigt sich wie in einem Brennglas das ganze Problem der Entspannungspolitik bzw. der Zusammenarbeit einer Demokratie mit einer Diktatur. Man begann nach dem Mauerbau 1961 damit, vorsichtig Gespräche mit dem Staat zu suchen, den man vorher auf staatsrechtlicher Ebene überhaupt nicht zur Kenntnis genommen hatte, um den eingesperrten Menschen das Leben zu erleichtern. Wir haben in den heißen Debatten der 90er Jahre vielfach über die Entspannungspolitik diskutiert und darüber, inwieweit sie zur Kumpanei ausgeartet ist und dieses System gestärkt hat. Die ganze Debatte könnte man auch am Beispiel der Freikäufe führen. Frau Klar kann vielleicht am authentischsten sagen, inwieweit sie das aus ihrer damaligen Perspektive als Befreiung empfunden oder ob sie damals diese ganzen Probleme auch schon so gesehen hat.

CRAMER: Danke. 3,4 Milliarden DM ist ja doch eine beträchtliche Summe. Herr Schütz, die Frage des Zusammenhalts der Nation hat in dieser Zeit eine große



Rolle gespielt. Man wollte der Gefahr, dass sich Ost- und Westdeutschland auseinanderleben, sich entfremden, begegnen. In Berlin wurde damals unter Brandt und Bahr mit den Passierscheinen begonnen. Welche Rolle hat der Zusammenhalt der Nation bei den Passierscheinen für Sie gespielt?

SCHÜTZ: Freimütig gesagt: Für uns war seit 1945/46 in Westberlin die Frage der Erhaltung der Freiheit in Westberlin oberstes Gesetz. Wir hatten ja zwei Krisen, die die Sowjetunion gebracht hat – die Berlin-Blockade und dann die Chruschtschow-Krise –, durchzustehen. Mit den drei Westmächten, aus eigener Kraft und mit der jeweiligen Bundesregierung haben wir das getan.

Das zentrale Ereignis für uns war der Bau der Mauer 1961. Er war einerseits Trennungslinie in der Nation, aber gleichzeitig war der Mauerbau in seiner Rückwirkung auf die Westberliner Bevölkerung einer der ersten wirklichen Vertrauensinbrüche gegenüber den drei Westmächten. Viele vergessen das heute. Die drei Westmächte haben damals akzeptiert, dass die vorher beschlossene Viermächteverwaltung nicht mehr zu gewährleisten war. Daraufhin gab es eine außergewöhnliche Entfremdung, die darin ihren Ausdruck fand, dass der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt einen der bösesten Briefe an den amerikanischen Präsidenten schrieb, die jemals zwischen deutschen Spitzenpolitikern und einem amerikanischen Präsidenten gewechselt wurden. Er schrieb über die große Enttäuschung, die wir in unserem Freiheitskampf erlebt hatten.

Diese Enttäuschung wurde durch zwei wichtige Ereignisse 1963 überwunden. Das erste Ereignis war der Besuch von John F. Kennedy in Berlin – einer der großen Marksteine des Freiheitskampfes der Stadt. Wer das in Berlin mitgemacht hat – und ich habe es mitgemacht –, wird dies nicht vergessen. Es war das endgültige Bekenntnis, dass alle Ängste und Befürchtungen, man würde in einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion allein gelassen werden, nicht mehr galten, sondern dass Amerikaner und Westmächte zu uns hielten. Das zweite Ereignis war ebenso wichtig, es war der Abschluss der ersten Passierscheinregelung. Am 18. Dezember 1963 haben wir das erste Mal die Hallsteindoktrin und manches andere beiseitegeschoben und mit der DDR einen Vertrag geschlossen. Wir haben uns etwas gewunden und in den Vertrag noch hineingeschrieben, dass wir uns eigentlich gegenseitig nicht leiden können. Aber wir fanden eine Formel, die uns einen Vertrag ermöglichte. Das führte dazu, dass erstmalig seit 1945 eine große Massenbewegung zu Weihnachten aus Westberlin in die DDR ermöglicht wurde. Das war ein Befreiungszeichen für die Westberliner. Sie haben auf einmal gesehen, dass sie sich auf ihre amerikanischen Freunde verlassen können und dass es möglich ist, die Grenzen zu öffnen und die menschlichen Beziehungen herzustellen. Deshalb ist all das nicht voneinander zu trennen. Zusammengehörigkeit zu schüren gehört genauso dazu wie der exakte Freiheitskampf, der von Westberlin aus zu führen war. Natürlich ging dieser 1963 in eine andere Form über und konnte dann zu einem neuen Viermächteabkommen für Berlin insgesamt führen. Damit wollte ich deutlich machen, dass die Dinge immer in einem großen Zusammenhang stehen und man nicht nur eine Sache herausgreifen kann. Man hätte die erste Passierscheinregelung nie zustande bringen können, wenn man nicht gleichzeitig auch die Zustimmung der Bundesregierung dazu gehabt hätte. Ich war damals Bevollmächtigter Berlins bei der Bundesregierung. In der Nacht, bevor wir das Passierscheinabkommen abschlossen, kamen unsere Unterhändler aus Ostberlin und sagten, sie müssten bis zum nächsten Morgen die Unterschrift haben, weil sie es sonst nicht mehr über Weihnachten abwickeln könnten. In der Nacht habe ich dann versucht, die Zustimmung der Bundesregierung zu bekommen – was übrigens nicht leicht war. Der Zuständige sagte mir aber letztendlich, dass ich machen soll, was ich für richtig halte. Sein Bundeskanzler, Ludwig Erhard, ist in seiner eigenen Partei später sehr dafür beschimpft worden, dass er dieser Genehmigung zugestimmt hat. Wir haben also eine Vielzahl von Einzelaktionen, die dann immer wieder auf einen Punkt gerichtet wurden, durchgeführt. Und das ist einer der Gründe, warum wir als Deutsche stolz sein können, dass wir einen wesentlichen Beitrag zum Verschwinden des Kommunismus aus

der Weltpolitik geleistet haben. Ich jedenfalls bin darauf auch heute noch stolz.

CRAMER: Damals spielte die so genannte Salvatorische Klausel eine entscheidende Rolle, das heißt, man konnte sich nicht über Amts-, Orts- und Behördenbezeichnungen – Senat von Berlin, Hauptstadt der DDR etc. – verständigen. Eine Frage an Frau Klar: Sie haben ja erlebt, dass Ihre Kinder in der DDR zurückgeblieben sind, sie wurden dann freigekauft. Könnten Sie das noch einmal schildern?

KLAR: Zunächst möchte ich noch kurz ergänzen, dass sehr viel Politik in der Bildung und Erziehung der DDR steckte. Aber ich möchte auch die Gegenseite beleuchten. Im »Westen« wissen auch viele Menschen nicht mit der Freiheit umzugehen. Gerade Schüler und Eltern glauben manchmal, Freiheit wäre, wenn sie alles dürfen bzw. durchgehen lassen. Aber Freiheit ist auch Verantwortlichkeit. Deshalb haben wir auch im »Westen« sehr große Probleme in der Schule. Als ich damals in Berlin-Wilmersdorf eine Klasse mit 50 Prozent Ausländeranteil und Rivalitäten zwischen türkischen und arabischen Schülern übernahm, wollte ich schon fast als Lehrerin aufhören. Es war ein täglicher Kampf, aber über die Jahre hinweg eine großartige Aufgabe, junge Menschen in das Leben zu begleiten.

Nun aber zu der anderen Thematik. Mir war es ein Bedürfnis, heute jemandem die Hand zu schütteln und zu danken, dass ich dieses wunderschöne neue zweite Leben führen konnte. Viele von Ihnen, gerade Ältere, die dann die 40 Jahre DDR-Diktatur weiter erleben mussten, hatten ja nie diese Möglichkeit. Auch wenn ich arm wie Hiob war, als ich aus dem Bus mit weiteren verkauften DDR-Bürgern stieg, habe ich mir gesagt, dass ich tun werde, was ich kann, weil mir dieser Staat so etwas Großartiges ermöglicht hat. Schließlich wollte ich wieder das erreichen, was ich schon einmal hatte, ich wollte wieder Lehrerin werden. Deshalb habe ich mit 40 Jahren noch einmal das ganze Lehrerstudium in Angriff genommen und 1984 erfolgreich beendet. Aber die sozialen Maßnahmen der Bundesrepublik haben mir auch eine Menge ermöglicht: Unterstützung während des Studiums, eine Sozialwohnung für meine Familie und vor allem die gesundheitliche Wiederherstellung. Für all das bin ich dankbar. Am meisten freute ich mich, dass meine Familie wieder in Freiheit zusammen sein konnte. Die Söhne Dirk und Olaf (damals 16 und 19) wurden während meiner Haft von meiner Mutter vorübergehend betreut. Die Fluchtgefahren konnte und wollte ich ihnen nicht zumuten.

Aber die SED-Bonzen machten immer einen Vorwurf daraus. Nahmen die Flüchtlinge ihre Kinder mit, so setzten sie diese tödlichen Gefahren aus; ließen sie diese in häuslicher Obhut, waren sie Rabeneltern. Es war nie recht; man konnte tun, was man wollte.



Als ich verhaftet wurde, zog man Dirk sofort zur NVA ein. Die Kommunisten versuchten, ihn für die Mitarbeit bei der Staatssicherheit zu gewinnen. Als er kategorisch ablehnte, wurde eine Strafbakte für ihn angelegt mit den Paragraphen 99, 100, 213: staatsfeindliche Verbindungsaufnahme, Fluchtgefahr und dergleichen. Gott sei Dank ist Dirk auf die Lockungen der Staatssicherheit nicht hereingefallen, und ihm blieb Gott sei Dank auch der Weg über das Gefängnis erspart. Olaf kam als Erster mit 17 Jahren nach Westberlin, und ihm stand schon in jungen Jahren die Welt offen. Ich bin glücklich, dass bei mir – auch durch die Bemühungen der Bundesrepublik – die Familie wieder zusammenfand.

Meine heutige Sicht auf das leidige Thema Häftlingsverkäufe: Die SED-Diktatur hat absichtlich Häftlinge produziert, um sie aus dem Geheimen (Gefängnis) zum Verkauf anzubieten. Für sie hatte es einen zweifachen Nutzen: Erstens wurde man auf diese Weise Andersdenkende los und zweitens spülte dieser Menschenhandel Geld in die maroden Staatskassen.

Ich möchte aber noch einmal auf eine wichtige Sache zu sprechen kommen. Diesbezüglich redet man immer vom Freikauf durch die Bundesrepublik. Doch das Verwerfliche ist ja bereits im Vorfeld abgelaufen. Die »Ware Mensch« musste ja erst einmal produziert und angeboten werden. Das taten die Menschenhändler der SED-Diktatur, die ihr eigenes Volk verkauften. Ein Preis wurde ausgehandelt

und Modalitäten zum unauffälligen Verschwinden vereinbart, bis unter Kanzler Brandt ein Einheitspreis festgelegt wurde. War es überhaupt notwendig, mich zu verkaufen?

Für die DDR hatte ich als Lehrerin einen Nullwert. Was wäre denn passiert, wenn man mich nach Cottbus entlassen hätte? Meine Schüler hätten von mir manches erfahren, was sie lieber nicht wissen sollten. Ich hätte nicht geschwiegen nach dem, was ich im Gefängnis Hoheneck und in der U-Haft erlebt hatte, so wie ich später auch in Berlin darüber geredet habe. Denn das Vorgehen der SED-Bonzen war nicht nur verlogen, sondern auch menschenverachtend. Ein ganzes Volk sperrten sie ein und verkauften oder verjagten Menschen, die sich ihrem Sozialismus-Experiment widersetzen. Sie waren unsere Besitzer und wir waren ihr Eigentum!

So entledigten sie sich eines Potenzials an Menschen, das für Unruhe gesorgt hätte. Vielleicht hätte das schon eher dem Ganzen den Zusammenbruch beschert! Aber so wurden immer wieder die abgeschoben, die für Dampf sorgten. Viele sind in der DDR geblieben und sollten wissen, wie viele Rechte sie einfordern konnten! Wo gab es denn Anwälte, die Andersdenkende verteidigt hätten? Wo gab es denn Anwälte, die unabhängig vom Staat waren? Für mich war der Anwalt Wolfgang Vogel eher ein Seelenverkäufer der Staatssicherheit!

CRAMER: Vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich denke, wir haben nun eine ganze Menge erörtert. Einen Gesichtspunkt möchte ich gerne noch besprechen. Wir haben gerade gehört, dass Brandt die Passierscheinpolitik 1963 einläutete, der Kontakt mit der anderen Seite war allen vorbehalten. Stichwort Wandel durch Annäherung. In der Tat ist einiges Positives gemacht worden. Aber mein Eindruck war, je länger die SPD diese Politik vertrat, desto mehr wurde sie auch ein wenig in den Sog der SED gezogen. Bahr, nicht Brandt, war dann 1988/89 doch geneigt, lieber Frieden in Europa statt die Einheit der Deutschen zu haben. Ich glaube, die SPD konnte ihren Impetus von Anfang an nicht durchhalten. Die Union hatte da weniger Probleme, auch bezogen auf die Nachrüstung. Herr Schütz, möchten Sie dazu etwas sagen?

SCHÜTZ: Mein Richtwert war in der ganzen Zeit nicht so sehr eine Partei, sondern eine Persönlichkeit wie Willy Brandt. Ich meine, dass es diese Schwierigkeiten nicht gab. Dass Lafontaine ein Gegner der Einheit war, habe ich auch in den Zeitungen gelesen, aber da war ich nicht mehr dabei. Es war natürlich eine komplizierte Phase, bevor alles zusammengebrochen ist. Es sind auch Dinge passiert, die ich persönlich nicht richtig fand, zum Beispiel die gemeinsamen Papiere zwischen SED und SPD. Ich will das aber nachträglich nicht aufrechnen und vor

allem nicht personell befrachten. Denn ich bin der Meinung, dass sich die Leistung von Willy Brandt und damit auch die der von ihm geführten SPD sehen lassen kann. Aber ich sage das nicht mit einem schlechten Hinweis auf die Union oder die FDP, sondern dahingehend, dass es eine komplizierte Phase war, in der jeder, der etwas in der Bundesrepublik sein wollte, auch einmal in Ostberlin sein und die Hand von Honecker oder anderen schütteln musste. Ich bin dieser Sehnsucht als Regierender Bürgermeister nie erlegen. Es gibt in der Sache die eigentümliche Phase der Einheit, in der viele nicht begriffen haben, dass die Sache um Ganze ging. Willy Brandt hat zu mir während der Ereignisse in der Deutschen Botschaft in Prag gesagt, das Ganze gehe jetzt völlig in die Brüche. Niemand hat uns in den 80er Jahren vorausgesagt, dass es den Kommunismus dann nicht mehr geben würde. Auch ich habe immer gedacht, die Spaltung Berlins würde nicht ewig sein, aber ich konnte einfach keine intellektuelle Antwort auf die Frage geben, wie man es hätte anders regeln können. Der Kommunismus hatte sich als eine so feste Ordnung herausgebildet, dass man nur darauf wartete, sie würden anfangen zu schießen, um die Ordnung wiederherzustellen. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl hat in den entscheidenden Tagen mehrmals mit der DDR-Führung telefoniert, damit der Weg des Schießens nicht gegangen wurde. Das war ein großes Verdienst von ihm. Wenn Sie mich nach einem Fazit fragen: Ich bin über die wesentlichen deutschen Parteien weiterhin nicht unglücklich. Sie haben im Großen und Ganzen schon ganz richtig funktioniert.

CRAMER: Ich denke, wir haben auch Glück gehabt. Mir unvergesslich ist der SPD-Parteitag 1989 in Berlin, als Oskar Lafontaine als Parteivorsitzender gesagt hat, die Arbeiter von Rostock und Leipzig stünden ihm genauso nahe wie die Arbeiter von Budapest und Prag. Das hieß auf Deutsch, dass ihn die Einheit nicht interessierte. Die Quittung hat die SPD 1990 bei der Volkskammerwahl bekommen.

MÄHLERT: Ich könnte mir es jetzt einfach machen, ein wenig Politagitation betreiben und auf Franz-Josef Strauß und seinen Milliardenkredit verweisen oder auf Lothar Späth, der in den 80er Jahren durchaus auch leidenschaftlich Verhandlungspolitik gemacht hat. Das ändert aber nichts daran, dass es, wenn man auf die Frage der deutsch-deutschen Nebenkontakte zwischen SPD und SED in den 80er Jahren blickt, zwei Dimensionen gibt, die man betrachten muss. Einerseits eine persönliche, vielleicht auch küchenpsychologische Dimension: Da sind Leute, die seit teilweise 15 Jahren mit der Gegenseite verhandeln. Da stellt sich automatisch so etwas wie Vertrautheit ein, und so gibt es in den jetzt in den Archiven erschlossenen Protokollen viele Dokumente der Peinlichkeit, weil da eben





auch Unsinn geredet wurde. Das braucht man nicht klein zu reden, man kann es sich aber auch ein Stück weit herleiten.

Es gibt andererseits eine zeithistorische Dimension, und das scheint mir wichtig: Jeder macht Politik zu einer speziellen Zeit, in der er bestimmte gedankliche Horizonte und Vorstellungen hat. Die SPD hat Ende der 60er Jahre die Entspannungspolitik durchgesetzt und dann die Verträge abgeschlossen. Dafür wurde sie unendlich angefeindet. Es war eine unglaublich aufgeheizte Situation, auch zwischen den beiden großen politischen Lagern. Diese Deutschlandpolitik wurde dann 1982/83 von der christlich-liberalen Koalition fortgesetzt, das heißt, man hat sie über die Jahre hinweg als die einzig mögliche Politik in der Blockkonfrontation betrachtet. Man projiziere das zurück und frage sich, wie politisch Handelnde, die in den 60er Jahren eine Avantgarde waren, die Situation in den 80er Jahren gesehen haben mögen. In den 80er Jahren hat der größte Teil der westdeutschen Bevölkerung einerseits nicht mehr daran geglaubt, dass die deutsche Teilung überwunden werden könne. Man konnte sich allenfalls vorstellen, dass es zu einer weiteren Pazifizierung der kommunistischen Regime komme und die DDR irgendwann einmal eine Art zweites Österreich werde, mit dem man freundschaftlich verbunden sei, und es irgendwann vielleicht auch offene Grenzen gebe.

Es ist doch interessant, wenn Herr Schütz sagt, er habe sich eine dauerhafte Teilung Berlins nicht vorstellen können, aber ebenso wenig, wie die Überwindung der Teilung konkret hätte aussehen sollen. Vor diesem Hintergrund des Zeitgeists muss man sehen, dass politisch Handelnde sagten, die Verhandlungspolitik seit den 60er Jahren habe ja positive Ergebnisse gezeitigt und wir müssten die deutsche Teilung, vielleicht auch als Konsequenz des Zweiten Weltkrieges, akzeptieren. Das kann man heute im Nachhinein politisch oder moralisch anfechten. Aber man muss die Motive und die Horizonte der damals Handelnden mit berücksichtigen. Es war ja nicht nur auf die Sozialdemokratie beschränkt. Auch in der Christdemokratie wurde damals schon gesagt, die Zöpfe müssen abgeschnitten werden.

1988 war ich 20 Jahre alt und habe mich für dieses Thema interessiert. Aber die Vereinigung Deutschlands war für mich kein vorrangiges moralisches oder politisches Ziel. Für mich war die Teilung eine Selbstverständlichkeit. Ich habe mich über alles gefreut, was die Härten dieser Teilung überwinden würde, und über jeden Reformschritt. 1990 war es für mich ein Lernprozess, die Wiedervereinigung als Glücksfall und tatsächlich als eine Selbstverständlichkeit zu betrachten. Wenn man heute über zeithistorische Dinge spricht, muss man sich immer auch fragen, unter welchen Bedingungen die Leute damals gedacht haben. Was hatten sie überhaupt denken können? Beide Seiten gehörten eben zusammen: die konservative Seite, die den Gedanken der deutschen Einheit stärker bewahrt hat. Die Mahner und Bremser gegenüber Egon Bahr oder anderen, die zu weit nach vorne preschten. Und die andere Seite brauchte es ebenso. Glücklicherweise war die Bundesrepublik in der Ausgewogenheit der Perspektiven 1988/89/90 dann tatsächlich auch bereit und in der Lage, das Geschehene so anzunehmen und zu verwirklichen.

CRAMER: Vielen Dank für Ihre interessanten Beiträge.



## Referat

### Kirche in der DDR – zwischen Religion und Opposition

Bischof AXEL NOACK

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
schon beim Betreten dieses Saales hörte ich in der laufenden Diskussion genau die Stichworte, zu denen ich auch noch etwas sagen werde. Da war von »schmutzigen Geschäften« die Rede, von Häftlingsfreikauf, da war davon die Rede, dass die DDR-Führung den Glauben an die eigene Sache verloren hätte, da war von Bischof Mitzenheim die Rede und von Ausreiseanträgen. Zu all diesen Themen werde auch ich kommen, wenn ich Ihnen jetzt etwas zum Thema Kirche in der DDR – zwischen Religion und Opposition erzähle.

Zunächst einmal: Wir hätten als Kirche diese Frage nie so formuliert: Hier Religion – da Opposition. Denn es hat ja etwas miteinander zu tun, dass Leute aus ihrem Glauben heraus eine kritische Haltung einnehmen. Aber eine Phase der

DDR-Zeit, nämlich die letzte, kann man schon so einteilen. Die DDR-Oberen haben es selbst so formuliert und wollten uns als Kirche auf die Religion beschränken.

Ich will aber die Fragen, die hinter dem Thema stehen, gerne aufgreifen. Zunächst möchte ich erklären, wie die evangelische Kirche über ihr Verhältnis zum Staat und zur Opposition denkt. Eine Kirche ist nie von ihrem Glauben her per definitionem eine Oppositionskirche. Das ist nicht unsere »Hauptaufgabe«. Die Kirche hat vielmehr eine bestimmte Rolle im Staat. In wenigen Tagen haben wir das 75. Jubiläum der Barmer Theologischen Erklärung, die am 31. Mai 1934 verabschiedet wurde. Das war eine Synode, eine Gruppe von Kirchenleuten aus ganz Deutschland, die sich getroffen haben, um zu formulieren, wie sie als Kirche – damals im Dritten Reich – leben können, wie sie ihr Verhältnis zum Staat beschreiben können. Wir sind bis heute als Kirche davon sehr stark geprägt. Denn damals sind solche wesentliche Weichenstellungen erfolgt, die uns auch in der DDR-Zeit begleitet und getragen haben. Ich lese Ihnen nur eine dieser Thesen vor, nämlich die fünfte, die These über den Staat. Sie ist mit dem Bibelwort überschrieben: »Fürchtet Gott und ehret den König.« Weiter heißt es: »Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohlthat seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und der Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben, staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.«

Sie können vielleicht erahnen, dass eine solche Position die Kirche immer auch immunisiert in einem politischen System, das die totale Ordnung des menschlichen Lebens werden will. Es immunisiert auch dagegen, dass die Kirche selber Staat im Staate sein und sich Macht aneignen will, also gegen jede Form von Staatskirche und Klerikalismus.

Wenn man nun weiß, was die Kirche eigentlich über den Staat denkt, dann betrachten wir einmal die heutige Thematik und fragen, wo die Kirchenpolitik der

DDR, die wir erleben mussten – Freiheit und Unfreiheit –, festzulegen ist. Ich möchte drei wesentliche Phasen nennen, auch wenn das vielleicht etwas leichtsinnig ist, die DDR-Kirchenpolitik so einzuteilen. Noch vor der Gründung der DDR hatte die Kirche durch die Besatzungsmächte und die großen sozialen Nöte eine große Chance, weil sie ganz viel machen konnte. Sie konnte etwa ein großes Hilfswerk aufbauen und Krankenhäuser errichten. Damals war soziale Arbeit sehr gefragt, und um die soziale Arbeit der Kirche ging es im Wesentlichen. Die erste Phase begann, als die DDR entstanden war und sich profilierte. Als ein Stichdatum nehmen wir am besten die Zweite Parteikonferenz der SED, im Sommer 1952, als verkündet wurde, dass die DDR zu einem sozialistischen Staat umgestaltet werden solle. Es bedeutete für die Kirche, dass sich ihre Arbeit auf das Religiöse beschränken sollte. Vor allem in der Jugendarbeit sollte es nur eine Form geben, das war die FDJ. Jede andere Jugendarbeit, von Studentengemeinden über Junge Gemeinde, sollte zurückgefahren werden. Auch im sozialen Bereich, zum Beispiel bei den Krankenhäusern und diakonischen Einrichtungen, wurde beschlossen, dass der Staat all das alleine machen wolle. Das war das erste Mal, wo es eine sehr starke Administration der Regierung gegenüber vielen Bereichen des Lebens und eben auch gegenüber der Kirche gab. Man wird nicht sagen können, dass die Kirche besonders heftig verfolgt war, aber in bestimmten Arbeitsbereichen war sie es eben auch. Honecker, der damals FDJ-Chef war, hat zwar immer betont, es sei überhaupt nicht Aufgabe des Staates oder der FDJ, die Religion schlecht zu machen. Die Leute sollen ruhig glauben, aber sie sollen dies in den Kirchen tun und sich nicht besondere Bereiche wie Sozialarbeit oder Jugendarbeit aneignen. Das ging die Kirche nichts an. Aus dieser Haltung heraus ist dann ein regelrechter Kirchenkampf entstanden. Beispiele dafür gibt es genug, zum Beispiel den 17. Juni 1953. Wenige Tage vor dem 17. Juni war die Parteiführung der DDR in Moskau zu Besuch und bekam ein Papier überreicht, in dem auch stand, die DDR dürfe die Kirche nicht mit Administrationsmaßnahmen in die Enge treiben, sondern müsse das als ideologischen Kampf gegen die Religion organisieren.

Das läutete dann die zweite Phase ein, die um 1955 mit dem massiven Aufbau der Jugendweihe begann. Die Jugendweihe ist als ideologisches Gegengewicht gegen die Konfirmation der Kirche eingeführt worden. Dann kam eine riesige Welle der atheistischen Propaganda übers Land. Diese Welle hat viele Leute geprägt. Es gab unzählige Broschüren und Bücher der DDR gegen Religion und für den Atheismus. Diese Phase hat auch dazu geführt, dass die Universitäten und die gesamte Kultur unter Druck gerieten. Die Behinderungen waren eigentlich nicht

administrativer Art, aber sie waren auf dem Gebiet der Ideologie. Natürlich haben sie auch dazu geführt, den Religionsunterricht aus den Schulen zu verdrängen.

Die dritte Phase war in der Honeckerzeit, als die SED selbst den Glauben an den Sozialismus verloren hatte. Da war es ihr auch nicht mehr so wichtig, was die Kirchen dachten und machten, da war es nur noch wichtig, dass all dies innerhalb der Kirchen stattfand und nicht nach draußen gelangte. Gefordert wurde immer, dass die Kirche sich nur um Religion kümmere. In der Ulbrichtzeit wollte man die Leute noch im Herzen zum Sozialismus bekehren. Wer Westfernsehen geguckt hat, konnte damit rechnen, dass FDJ-Gruppen auf die Dächer kletterten und die Antennen drehten, damit sie nicht zum »Ochsenkopf« zeigten, sondern nur DDR-Fernsehen empfangen. In der Honeckerzeit galt genau das Gegenteil. Da entstanden die einzigen richtigen Bürgerinitiativen in der DDR. Gruppen haben sich zusammengeschlossen, die Gemeinschaftsantennen errichteten. Diese Gemeinschaftsantennen mussten natürlich genehmigt werden, und sie wurden nur zum Empfang des Fernsehens der DDR genehmigt. Aber alle wussten – und alle wussten, dass es alle wussten –, dass es nur ums Westbild ging. So etwas wäre in der Ulbrichtzeit gar nicht denkbar gewesen. Solche Veränderungen in der Gesellschaft der DDR muss man also deutlich sehen.

Es gibt aber Dinge, die sich durch die gesamten 40 Jahre der DDR ziehen, nämlich vieles, was die Menschen, die Christen im Lande erlebt haben. Man konnte für 40 Jahre sagen, dass Kinder von christlich engagierten Eltern in der Schule immer Schwierigkeiten hatten. Weniger die Pfarrerskinder, aber zum Beispiel die Kinder von Kirchenältesten. Die Mitarbeit von christlichen Eltern in den Elternaktiven, in den Elternbeiräten, wurde immer behindert. Trotz gegenteiliger Versicherung waren Menschen, die sehr engagiert in der Kirche mitarbeiteten, in anderen Bereichen der Gesellschaft in Ehrenämtern behindert. Die beruflichen Aufstiegschancen von Leuten, die nicht einer Partei zugehörten, waren schlechter als die der anderen. Auch das galt 40 Jahre lang. Leute, die den Wehrdienst verweigerten, hatten auch die ganze Zeit mit Behinderungen zu rechnen. Sie hatten es auch an der Universität schwer. Während der 40 Jahre DDR gelang es nie, in einer SED-Zeitung bei einer Sterbeanzeige ein Bibelwort oder ein Kreuzeszeichen abzudrucken. Außerdem standen alle kleinsten Veröffentlichungen von Seiten der Kirche, auch in einem völlig harmlosen Gemeindeblättchen, immer unter Druck. Zensur musste ja nicht zwangsläufig durch eine Zensurbehörde zum Ausdruck gebracht werden, es konnte auch einfach gesagt werden, dass es kein Papier gebe. Ich möchte nun einige Dinge benennen, die uns innerlich bewegten. Wir müssen

feststellen, dass auch da zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich gedacht wurde. In der Kirche haben wir – mehr zum Spaß – immer zwischen den Menschen unterschieden, die vor dem Mauerbau schon mündig, schon bewusst erwachsen waren, und denen, die erst danach geboren oder mündig geworden sind. Wir sprechen dann von einem »prä- und einem postmuralen Bewusstsein« – murus ist die Mauer im Lateinischen. Die Leute, die 1989 die Friedliche Revolution initiiert haben, waren alle erst nach der Mauer mündig und groß geworden. Die hatten auf einmal nicht mehr die Angst, die die hatten, die vor der Mauer mündig waren. Das galt auch in der Kirche. Unsere Kirchenleiter haben sich immer an 1953 und an 1956 in Ungarn erinnert, die wussten von russischen Panzern. 1989 war eine Generation herangewachsen, die alle diese Erfahrungen nicht kannte und ganz anders damit umging. Am 13. August 1961 lebte die größtmögliche Zahl derer, die freiwillig in der DDR waren, in der DDR. Davor hatten ganz viele überlegt, ob sie gehen oder bleiben. Vom 14. August an nahm diese Zahl stetig ab. 1989 bestand die Masse der Bevölkerung aus Leuten, die nie die Frage nach Gehen oder Bleiben frei entscheiden durften, die mussten bleiben. Deswegen sagen wir prä- und postmurales Bewusstsein.

In unseren Gemeinden hatten wir immer damit zu tun, dass die Leute selbstverständlich alle zur Wahl gingen, aber vom Pfarrer erwarteten, dass er nicht hingehet. Diese Position ist dann mit der DDR-typischen Haltung der inneren Ablehnung bei äußerer Anpassung umschrieben worden. Je mehr Menschen gezwungen werden, sich äußerlich angepasst zu verhalten, umso stärker wird das innere Grummeln im Bauch. 1989 waren auf einmal alle Revolutionäre. Da kann man nur sagen: In euerm Bauch hat das vielleicht gestimmt, aber in euerm Verhalten hat es nicht gestimmt. Das ist für eine Kirche eine schwierige Sache. Wenn die Leute von der Kirchenleitung erwarten, dass sie ganz stramm ist und gegen die DDR hält, sie sich aber selber ganz angepasst verhalten, bringt das für eine Kirchenleitung auch Verwirrungen. Ein dramatisches Ereignis war da zum Beispiel 1978. Da wurde in der DDR der Wehrkundeunterricht eingeführt. Die Kirchen haben dagegen protestiert und in langen Gesprächen mit dem Staatssekretär erreicht, dass Eltern ihre Kinder von diesem Unterricht abmelden konnten. Aber schon ein Jahr später sagte der Staatssekretär, der Aufwand der Kirche sei unverhältnismäßig gewesen, weil in der ganzen DDR nur 500 Eltern ihre Kinder abmeldeten. Für die Kirchenleitung war dies, als stelle sie ungedeckte Schecks aus, als wollten die Leute eigentlich etwas ganz anderes. Diese innere Ablehnung bei äußerer Anpassung ist also eines der ganz wichtigen Themen der DDR und hat auch die Kirche wesentlich beschäftigt.



Ein weiteres Thema ist unsere Einstellung zum Weggehen oder Bleiben. Man kann ja bis heute sagen, dass wir uns nach dem Ende der DDR hier im Lande eigentlich ganz gut erholt haben. Die Straßen sind wieder schön, die Häuser sind toll, das Telefonnetz funktioniert wunderbar. Wir haben uns aber noch nicht von dem Weggang von fast vier Millionen Menschen aus der DDR in den Westen erholt. Bis 1961 und dann verstärkt nach 1975 durch die Ausreiseanträge gingen vor allem die bürgerlichen Schichten weg. Und das waren auch die kirchentragenden Schichten. Und davon haben wir uns bis heute nicht erholt. Die Kirche kam dadurch in eine Zwitterrolle. Einerseits haben wir gesagt, die Leute sollen hierbleiben. Noch auf dem Kirchentag 1988 in Halle war ein Plakat zu lesen: »Bleibe im Lande und wehre dich täglich!« Jetzt haben wir aber Streit in der Kirche, auch mit den Kollegen im Westen. Sie fragen, wie wir wollen konnten, dass die Leute bleiben, die Wende sei doch überhaupt erst zustande gekommen durch die Massenflucht im Sommer 1989. Der Grund dafür war einerseits, dass wir das Land nicht den Bach runtergehen lassen wollten. Jesus Christus ist der Herr der ganzen Welt, es gibt kein gottverlassenes Land, auch nicht in der DDR.

Wir haben vor allem unsere Pfarrer angesprochen zu bleiben, dann die Ärzte, die Krankenschwestern, die Lehrer. Oft waren es harte Worte der Kirche, die ganz eindeutig zum Bleiben aufriefen. Das ist natürlich eine Aporie: Wie kann man den Menschen helfen, und was heißt das dann in der Klarheit des Denkens? Die



Kirchen waren sicherlich nicht mutig, aber sie waren in dieser Sache ziemlich klar. Am Ende der DDR haben wir innerkirchlich richtig Stress gehabt zwischen denen, die raus wollten, und denen, die hierbleiben wollten. Die Kirche hatte eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen diesen beiden Gruppen. Das war eine spannende Zeit. Wir sind bis heute mit diesem Streit nicht am Ende. War das falsch, dass wir als Kirche gesagt haben, bleibt hier? Es wird sogar die Frage laut, ob die Kirchen denn erpressbar waren. Ich sage Ja. Ein Beispiel: Eine Familie aus Wolfen hat mehrfach Ausreiseträge gestellt, hat ganz lange gewartet und wurde nie weggelassen. Die Frau hat dann schon an Selbstmord gedacht. Dann bin ich natürlich zum Rat des Kreises gegangen und habe gesagt, dass sie die Leute gehen lassen sollen. Beim Rat des Kreises hätte mir dann ganz leicht gesagt werden können, dass man darüber nachdenken könnte, wenn ich das eine oder andere dafür tun würde. Da kommt man in die allerschwersten Konflikte, die man sich nur vorstellen kann. Auf der einen Seite will man Menschen helfen, auf der anderen Seite macht man sich damit vom System abhängig. Es gibt einen Satz des großen Theologen Calvin: »Egal, wie frei du das Haus des Tyrannen betrittst, du verlässt es als Knecht.« Da ist ganz viel Richtiges dran. Und wir mussten in die Häuser der Tyrannen gehen, wenn wir für die Menschen etwas erreichen wollten. Oder der Krankenhausdirektor, dem erklärt wurde, wenn er einen positiven Aufruf zum 20. Jahrestag der DDR in der Zeitung schreibe, könne man ja mal darüber nachdenken, ob es für das Krankenhaus neue Betten gebe. Man kommt da in ganz schwere Konflikte.

Das zog sich bis in die Pfarrhäuser, das zog sich sogar bis zu den Studenten hin. In Merseburg, wo ich Studentenpfarrer war, gab es am Anfang des Studienjahres immer eine »rote Woche«. Am Ende dieser Woche gab es einen so genannten »Agitationswettstreit«. Da sollten die Studenten Agitationsargumente für irgendein albernes Thema aufschreiben, zum Beispiel, warum der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen ist. Einige Studenten haben Texte geschrieben, die schlimmer waren als im »Neuen Deutschland«. Danach kamen sie an und sagten: Guck, ich habe so einen Mist geschrieben, aber ich habe 30 Mark dafür bekommen, da kaufen wir Rotwein für die Studentengemeinde und machen uns einen schönen Abend. Andere haben sich Mühe gegeben, gemeint, dass sie doch ehrlich bleiben müssten, und sich bemüht, zwischen den Zeilen noch irgendetwas anzudeuten. Wenn man die beiden Texte heute liest, kann man sie kaum voneinander unterscheiden. Die Sprache in der Diktatur liest sich, wenn die Diktatur zu Ende ist, ganz fahl und schal. Das ist eine ganz wichtige Erfahrung. Selbst Worte, die damals ganz mutig erschienen, klingen heute geschraubt und umständlich.

Aber die Frage bleibt, ob wir erpressbar waren und ob die Kirche nicht sogar die DDR stabilisiert hat. Vorhin wurde über Häftlingsfreikauf gesprochen. Der wirtschaftliche Ablauf, die ganze Geldangelegenheit wurde ja vom Diakonischen Werk der evangelischen Kirche abgewickelt. Die Diakonie hat die Geschäfte mit Schalk-Golodkowski gemacht. Wir als Kirche waren immer froh und dankbar, dass wir nie in die Lage kamen, zu entscheiden, welcher der Häftlinge freigekauft wurde. Das hat die Bundesregierung gemacht. Aber die Kirche bekam ja das Geld, und die DDR bekam Waren. Es war deshalb zum Beispiel zeitweise so, dass die Kirche der größte Steinkohleimporteur der DDR war. Wir als Kirche haben das alles mitgemacht. Und wir haben heute richtig heftige Kritik zu erwarten. Wir waren uns schon bewusst, dass das ein Menschenhandel war, aber haben immer überlegt, womit wir uns mehr schuldig machen: wenn wir die Menschen im Knast lassen oder uns auf das schmutzige Geschäft einlassen. Das sind Fragen, die eine Kirche in Freiheit und Unfreiheit bewegen muss. Unser Glück war, dass das große Hilfswerk der evangelischen Kirche schon 1946/47 gegründet wurde und ganz Deutschland schnell durch Beziehungen miteinander verknüpft war. So half etwa die bayerische Kirche der Kirche in Mecklenburg. In der DDR sollte das zwar verboten werden, aber die Verbindungen waren schon so stabil, dass sie gar nicht mehr zu verbieten waren. Wir rechnen zum Beispiel damit, dass jährlich etwa 40 Millionen Westmark für Krankenhäuser im Osten flossen. In der Honeckerzeit war klar, dass das Gesundheitswesen großen Schaden nehmen würde, wenn es das nicht mehr geben würde, denn die kirchlichen Krankenhäuser waren sehr gut ausgestattet. Hätte man das nicht machen sollen? Haben wir damit die DDR zu sehr stabilisiert?

Einige Fragen bringen die Kirche also in die Bredouille: Bleiben oder Gehen? Sich erpressbar machen? Sich auf schmutzige Geschäfte einlassen? Wir haben immer gesagt: Wer in den Kanal steigt, stinkt, wenn er heraussteigt. Und dabei ist es egal, ob er im Westen oder im Osten heraussteigt. Noch schlimmer wurde es, als die DDR kippte. Ich habe die ersten Kirchenaustritte in meiner Gemeinde erlebt, als Honecker ins Pfarrhaus nach Lobetal kam. So viele waren darüber so empört. Aber wir als Kirche konnten nicht anders, denn er war ein Mensch in Not. Keiner wollte ihn ja haben.

Ich kann aber auch nicht über die Menschen schimpfen, die nicht mutig genug waren. Die Menschen sind nur in den seltensten Fällen Helden. Man muss vielmehr die Verhältnisse kritisieren, unter denen man ein Held sein muss, um ordentlich zu leben. So herum ist es richtig. Man kann vielen Einzelnen Vorwürfe machen, aber man kann den Menschen nicht generell zum Vorwurf machen, dass



sie keine Helden sind. Sie sind es nun einmal nicht von Natur aus. Gerade die alten Menschen in unseren Gemeinden erzählen oft voller Kummer, dass sich ihre Kinder und Enkelkinder von der Kirche entfernt haben. Sie wollten damals eben den Kindern keine Schwierigkeiten machen, schickten sie lieber nicht zur Konfirmation, ließen sie nicht taufen. Und nach zwei Generationen ist der Bezug zur Kirche dann »ausgelaufen«. Die alten Leute sagen heute, dass sie es doch gut gemeint haben und das Beste für ihre Kinder wollten. Heute ist das für viele ein großer Kummer.

Kirchengeschichte ist niemals Ruhmesgeschichte. Man muss sich die eigene Geschichte auch immer nüchtern und kritisch ansehen. Ich möchte ein paar Zeilen aus einem Text vorlesen. Vor 20 Jahren, am 30. April 1989, verabschiedete die Ökumenische Versammlung in Dresden einen Text zur Gerechtigkeit in der DDR. Das ist einer der wenigen Texte, die man heute noch lesen kann. Das war damals mutig und klingt auch heute noch mutig: »Erfordernisse und Erwartungen: 1. Wir brauchen mehr notwendige Informationen, um einen ehrlichen und freimütigen Meinungsaustausch im Lande pflegen zu können. 2. Wir brauchen mehr Rechtssicherheit. Es muss Verwaltungsgerichte geben. Das Strafrecht und die angrenzenden Rechtsvorschriften sollen so gestaltet werden, dass die Auslegungsspielräume klar und möglichst eng sind. Es muss eine gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen geben können. 3. Wir brauchen die

klare Trennung der Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen. 4. Wir brauchen ein Wahlrecht, das so reformiert werden sollte, dass die Wähler auf die Aufstellung der Kandidaten wirksam Einfluss nehmen und geheim unter mehreren Kandidaten auswählen können. 5. Im Bildungs- und Erziehungswesen müssen gleiche Chancen für alle, unabhängig von ideologischer Überzeugung und Mitgliedschaften in Organisationen oder der Art und Dauer des Wehrdienstes, gegeben werden. 6. Wir brauchen freie Entfaltung von Kunst und Kultur. 7. Wir brauchen die ungehinderte Möglichkeit, sich zu versammeln und selbstständige Vereinigungen zu gründen. 8. Wir brauchen neue Reiserregelungen. 9. Wir brauchen mehr Verständnis und Toleranz im Umgang von Menschen mit verschiedenen Anschauungen. 10. Wir brauchen Information und Aufklärung, zum Beispiel über Alkoholmissbrauch, Kriminalität, Probleme im Strafvollzug, Gewalt in der Familie und Selbstmordraten. 12. Die Familie muss anders gesehen werden. Wir dürfen uns nicht darüber belügen, dass die formale Gleichstellung von Frauen und Männern schon wirklich zu einer Gleichberechtigung der Frau geführt hätte.«

Einen so tollen Text hätten wir nicht hinbekommen, wenn damals in den Kirchen nicht Gruppen entstanden wären, oft auch gegen die Kirchenleitungen. Die Kirchenleitungen sind eher daran interessiert, dass Ruhe ist. Die unruhigen Gruppen damals haben der Kirche sehr geholfen.

Ich hoffe, ich habe Ihnen einige Fragen genannt, wie man mit Freiheit und Unfreiheit umgehen kann und in welche Probleme man gerät, wenn man sich innerlich zwar frei fühlt, aber einen die äußeren Zwänge und die Nöte der Menschen in Unfreiheiten bringen.



## Zeitzeugengespräch

### Unfreiheit, politische Repression und Verfolgung im SED-Staat

KARL WILHELM FRICKE, INGE NAUMANN, PETER NAUNDORF

Moderation: SILKE KLEWIN

SILKE KLEWIN: Ich freue mich außerordentlich, zu diesem Podium Inge Naumann, Karl Wilhelm Fricke und Peter Naundorf begrüßen zu dürfen. Das erste Bautzen-Forum tagte vier Tage rund um den politisch symbolträchtigen 9. November 1990 in Bautzen. Zu den Teilnehmern des ersten Forums zählten unter anderem Annemarie Renger, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Joachim Gauck, damals noch Sonderbeauftragter zur Auflösung der Staatssicherheit, Dieter Rieke als Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR und auch Karl Wilhelm Fricke, damals Leiter der Ost-West-Redaktion im Deutschlandfunk. Fricke sprach 1990 zur Analyse des Stalinismus in der DDR. Es freut mich ganz besonders, dass wir heute zum 20. Forum diesen Teilnehmer des ersten Forums hier begrüßen dürfen.

Ich möchte Ihnen zunächst die Teilnehmer des Podiums vorstellen. Danach wird es drei Diskussionsblöcke geben: Wie verlaufen die Wege in die Haft und wie

sind die Erfahrungen der Unfreiheit? Wie sahen die Haftbedingungen aus? Welche Bedeutung hat die Haft auf das heutige Leben und wie war der Umgang mit den Haftgeschichten in der DDR und im Vergleich dazu in der Bundesrepublik? Karl Wilhelm Fricke wird im September 1929 in Hoym in Anhalt geboren. Als 16-Jähriger muss er erleben, wie die sowjetische Geheimpolizei im Juni 1946 seinen Vater interniert. Dieser wird 1950 Opfer der Waldheimprozesse. In einem Schnellverfahren wird er zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er als Volksschullehrer den Nationalsozialismus propagiert habe. 1952 verstirbt er in Waldheim an den Folgen einer Ruhr- und Grippeepidemie. Karl Wilhelm Fricke macht sein Abitur und beginnt als Hilfslehrer für Russisch in seiner Heimatstadt zu arbeiten. Durch Denunziation einer Kollegin – »Fricke äußert sich im Lehrerkollektiv hetzerisch« – wird er 1949 verhaftet. Er kann jedoch aus dem Polizeigewahrsam fliehen und über die innerdeutsche Grenze in den Westen gehen. Nach seiner Flucht studiert er zunächst in Wilhelmshaven, seit 1953 dann in Westberlin politische Wissenschaften und beginnt journalistisch zu arbeiten. Fricke schreibt für den »Tagesspiegel«, den »Rheinischen Merkur« und die »Deutsche Rundschau« und spezialisiert sich sehr früh auf DDR-Themen, wobei er sich besonders der Problematik der politischen Verfolgung zuwendet. Er sucht Kontakt zur Pressestelle der Berliner Abteilung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, zum Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen, und er nutzt deren Informationen für seine Arbeit. Die Staatssicherheit wird auf Frickes Artikel aufmerksam und beschließt, ihn mundtot zu machen. Karl Wilhelm Fricke ist einer der mindestens 700 Fälle von Entführungen, die die Staatssicherheit ohne Rücksicht auf Verluste durchgeführt hat. Das ist ein bis heute leider relativ unbekanntes Thema. Fricke wird von einem Bekannten, der sich als IM entpuppt, durch Schlaftabletten in Weinbrand bewusstlos gemacht. Im Kofferraum eines Autos versteckt, wird er nach Ostberlin verschleppt. 15 Monate verbringt er im Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen, um dann vom Obersten Gericht der DDR in einem Geheimprozess im Juli 1956 wegen Verbrechen gegen Artikel sechs der Verfassung der DDR zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden. Zunächst verbringt er seine Haft in Brandenburg-Görden. Im August 1956 gehört Karl Wilhelm Fricke zur ersten Gruppe von »Staatsfeinden«, die die neue Nutzung von Bautzen II als Sonderhaftanstalt begründet. Im März 1959 wird Fricke nach Westberlin entlassen, nachdem er seine gesamte Haftzeit in strenger Isolation in Bautzen II verbüßen musste. Nach seiner Haftentlassung 1959 wirkt er als freier Journalist und Publizist, zunächst in Hamburg. Von 1970 bis 1994 arbeitet

Fricke schließlich als leitender Redakteur beim Deutschlandfunk in Köln. Seine damals zum Teil auch gegen erhebliche Widerstände erscheinenden Bücher gelten heute als Standardwerke im Bereich Widerstand und Opposition in der DDR, Strafjustiz und Staatssicherheit. Das Ministerium für Staatssicherheit lässt Fricke bis 1989 in der Bundesrepublik überwachen. In den 90er Jahren ist Fricke Sachverständiger zweier Enquetekommissionen des Bundestages. 1996 bekommt er für seine wegweisenden Beiträge zur Geschichte der DDR die Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin verliehen, 2001 erhält er das Bundesverdienstkreuz erster Klasse.

Inge Naumann wird 1953 in Böhlen bei Leipzig als jüngstes von acht Kindern geboren. Frau Naumann steht schon als zehnjährige Schülerin im Visier der Stasi, da einer ihrer älteren Brüder als Angehöriger der Handelsmarine 1964 in den Westen flieht. Ein jüngerer Bruder von Frau Naumann wird nach mehrfachen Fluchtversuchen und über fünf Jahren in Haft 1974 von der Bundesrepublik freigekauft. Er geht nach Nürnberg. Die Berufswünsche von Inge Naumann, Kartografin, Goldschmiedin und verschiedene andere Pläne, werden ohne Begründung abgelehnt. Die einzig gebotene Berufsmöglichkeit bleibt die Ausbildung zur stomatologischen Schwester in Leipzig. Sie qualifiziert sich weiter zur Fachschwester für Zahn- und Mundhygiene, später zur Zahntechnikerin. 1977 erkrankt ihr großer Bruder an Krebs. Der Besuchsantrag nach Nürnberg wird abgelehnt, ebenso ihr Antrag auf die Reise zur Teilnahme an der Beerdigung ihres Bruders, der 1978 verstirbt. 1978 ist auch das Jahr, in dem Inge Naumann heiratet. Bereits im Vorfeld dieser Eheschließung wird ihr Verlobter mehrfach deutlich darauf hingewiesen, dass er sich doch trennen möge. Er wird intensiv von der Stasi bearbeitet. Als Leistungssportler solle er einen anderen Umgang pflegen. Er weigert sich. Die beiden heirateten und 1979 wird der gemeinsame Sohn geboren. Im September 1980 stellen Inge und Wilfried Naumann ihren ersten Ausreiseantrag, 21 weitere Anträge folgen. Zwischen September 1980 und Dezember 1982, so der normale Ablauf bei allen Antragstellern, suchen die beiden neun Mal die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin auf, um ihre Ausreise zu beschleunigen und um sich zu informieren. Im Februar 1983 erfolgt schließlich die Verhaftung von Inge und Wilfried Naumann. Frau Naumann stellt eine Haftbeschwerde. Sie wird von einem Arzt untersucht, aufgrund einer angeborenen Hüftschädigung für haftunfähig erklärt und tatsächlich aus der Haft entlassen. Das Untersuchungsverfahren läuft aber weiter. Frau Naumann wird extern vernommen. Drei bis vier Mal die Woche. Sie geht normal arbeiten, aber der Zeitaufwand für die Vernehmungen, die zum Teil während der Arbeit stattfinden, wird vom Lohn abgezogen.

Im Mai 1983 findet vor dem Bezirksgericht Leipzig die Verhandlung gegen das Ehepaar statt. Beide werden nach Paragraf 99 wegen landesverräterischer Nachrichtenübermittlung zu drei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt. Wird ihr Mann umgehend nach Bautzen II eingewiesen, bleibt Frau Naumann in Freiheit, wird aber ständig observiert. Ende Juni 1983 wird sie dann von ihrem Betrieb entlassen und erhält am gleichen Tag die Zustellung zum Haftantritt für Selbststeller. Am 4. Juli 1983 tritt sie ihre Haft an und kommt in die Frauenhaftanstalt Hoheneck. Der kleine dreijährige Sohn kann bei ihren Eltern bleiben. Im Dezember 1983 findet der einzige »Sprecher« mit ihrem Mann in Bautzen statt [Sprecher ist die Bezeichnung für den Besuch von Angehörigen]. Nachdem dieser im April 1986 aus der Haft entlassen wird, kommt auch Frau Naumann im August 1986, also nach der Verbüßung der vollen Haftstrafe, frei. Beide halten an ihren Ausreisep länen fest. Ganz überraschend wird ihnen im Januar 1987 die Ausreise genehmigt. Binnen fünf Stunden müssen sie alle Formalitäten erledigen und gelangen mit dem Zug über Gerstungen nach Gießen, anschließend in die Bundesrepublik. Auch sie gehen nach Nürnberg. Beide gehen 1999 zurück nach Sachsen, zunächst nach Leipzig. Inzwischen leben sie in der Nähe von Dresden.

Peter Naundorf war einer der letzten politischen Häftlinge der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II. Herr Naundorf selber sagt: »Ich war der Letzte und machte das Licht aus.« Hier auf dem Podium ist Herr Fricke gewissermaßen derjenige, der das Licht anmachte, bzw. für ihn wurde das Licht in Bautzen II angemacht. Herr Naundorf hat dann 33 Jahre später das Licht der Sonderhaftanstalt gelöscht. Peter Naundorf wird im Mai 1935 in Cuxhaven geboren. In Hamburg erlernt er den Beruf des Hotelkaufmanns. Verwandtschaftliche Beziehungen und bessere Berufsaussichten lassen ihn 1953 in die DDR übersiedeln. Er macht Karriere in der staatlichen Gastronomie und im Handel. Im Bezirk Halle baut er die Feinkosthandelskette »delikat« mit auf. Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hat er Kontakt mit führenden Kadern in Partei, Armee und der Staatssicherheit. 1976 wird Peter Naundorf seine erste Reise in den Westen genehmigt. Insgesamt kann er sechs Westreisen unternehmen. Schon bei seiner ersten Reise, die ihn nach Hamburg führt, bietet Naundorf dem BND sein Wissen über die Strukturen der DDR an. Er ist unzufrieden mit dem politischen System. Jahrelang stellt er sich in den Dienst der Westspionage und übermittelt Informationen über Struktur und Entwicklung im DDR-Machtapparat. Seine Tätigkeit endet, als ihn eine Mitarbeiterin im BND an die Staatssicherheit verrät. Er wird bei seiner letzten Westreise am 1. Januar 1985 auf der Fahrt nach Marienborn festgenommen. Nach knapp zehn Monaten in der Stasiuntersuchungshaftanstalt Berlin-Hohen-





schönhausen verurteilt ihn das Militärgericht Berlin im September 1985 wegen Spionage und landesverräterischer Nachrichtenübermittlung zu acht Jahren Freiheitsstrafe. Er verbüßt seine Haft in Bautzen II. Während des politischen Umbruchs im Herbst 1989 wird er von den Gefangenen zum Sprecher des spontan gebildeten Häftlingsrats gewählt. In dieser Eigenschaft verhandelt er mit der Anstaltsleitung und mit staatlichen Vertretern über die Freilassung der politischen Gefangenen. Am 22. Dezember 1989 verlässt Peter Naundorf zusammen mit den anderen letzten politischen Häftlingen Bautzen II. Im Oktober 1994 wird er vom Landgericht Berlin rehabilitiert. Heute lebt er in der Nähe von Hamburg.

Herr Karl Wilhelm Fricke, ich möchte Sie nun als Ersten bitten, uns Ihre Erfahrungen der Unfreiheit zu berichten. Wie gelangten Sie in die Fänge der Stasi? Wie verlief Ihr Weg nach Bautzen II?

KARL WILHELM FRICKE: Ich möchte zunächst meinen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung dafür richten, dass ich zum ersten und zum 20. Bautzen-Forum eingeladen wurde. Zwischendurch war ich auch einige Male dabei, aber gerade

das erste und das 20. scheinen mir doch von besonderer Bedeutung. Lieber Herr Eisel, dafür herzlichen Dank und Ermutigung, diese Tradition fortzuführen, so dass dieses das 20., aber nicht das letzte Bautzen-Forum ist.

Das Grundmotiv meiner Entführung bestand darin, dass die Staatssicherheit den irr tümlichen Glauben hatte, meine Zeitungsartikel würden auf aus Ostberlin stammenden Informationen beruhen. Ich hätte also irgendwo in Ministerien oder im ZK meine Zuträger. Was nicht der Fall war. Die Tschekisten glaubten nun, wenn sie mich entführen, würde ich sehr schnell die Namen meiner vermuteten Informanten preisgeben, sodass die Quellen dann verstopft werden könnten. Ich hatte aber keine Quellen. Doch nach der stalinistischen Logik der stalinistischen Geheimpolizei glaubten die mir nicht. Sie hielten mich vielmehr für einen besonders hartgesottenen Feind der DDR und für einen raffinierten Agenten, dem nichts nachzuweisen war. Das erklärt die überlange Dauer meiner Untersuchungshaft – es waren über 15 Monate Isolationshaft in Berlin-Hohenschönhausen ohne jeden Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen. Ich wurde insgesamt zwischen 80 und 90 Mal zur Vernehmung geführt. In meiner Akte habe ich Vernehmungsprotokolle gefunden, in denen die Dauer mit drei, vier, fünf Stunden angegeben ist, aber die Aussage umfasste nur zwei Sätze. Diese Vernehmungen fanden nachts statt, vor allem in der Anfangszeit. Das Protokoll bestand nach mehrstündigem Verhör aus einer Frage und einer Antwort. Auch in folgenden Vernehmungen hieß es im Protokoll: »Ich wiederhole meine Aussage, ich habe keinerlei illegale Kontakte im demokratischen Sektor von Berlin« – so wurde damals Ostberlin umschrieben – »besessen.« Sie glaubten mir trotzdem nicht. Das Ermittlungsergebnis war für die Staatssicherheit frustrierend. Es ergab keinerlei für sie operativ verwertbare Informationen. Sie musste allmählich wohl einsehen, dass sie mit mir einen Fehlgriff getan hatte, dass ich keine sprudelnde Quelle abgab. Einer der letzten Kommentare meines Vernehmungsoffiziers war: »Fricke, wir lassen Sie hier schmoren, bis Sie alles ausspucken, bis Ihnen das Wasser im Arsch kocht.« Das war wörtlich der Stasijargon. Aber es passierte gar nichts. Ich bekam dann eine Anklageschrift und musste zu meiner Überraschung feststellen, dass ich vor dem ersten Strafsenat des Obersten Gerichts der DDR wegen Verbrechen gegen Artikel sechs der Verfassung, Boykottetze und Spionage angeklagt wurde. Wenige Tage vor der Hauptverhandlung, die am 11. Juli 1956 stattfand, bekam ich Besuch von dem Staatsanwalt, der die Anklage vor Gericht vertrat, und von einem Pflichtverteidiger. Ich hatte keinen Verteidiger beantragt, sondern erklärt, dass ich meine Verteidigung selbst übernehmen werde, denn ich hatte natürlich keinerlei Vertrauen zu einem DDR-Anwalt. Aber mein Anwalt Friedrich

Wolf – der später auch Honecker verteidigt hat – hat mir dazu erklärt, dass bei Prozessen beim Obersten Gericht Verteidigungspflicht bestehe, was gar nicht stimmte, wie ich später herausfand. Er hat mich dann also verteidigt und ich kann seine Leistung nur mit dem Satz würdigen: Er hat mir nicht geschadet. Die Hauptverhandlung begann morgens um neun Uhr. Die Anklageschrift wurde von Staatsanwalt Friedrich Jahn verlesen, der amtierender Staatsanwalt in Vertretung von Ernst Melsheimer war, der die Anklageschrift unterzeichnet hatte. Alles war abgeschirmt. Das Oberste Gericht war damals noch in der Scharnhorststraße in Berlin-Mitte. Natürlich waren keine Zuhörer oder Pressevertreter da. Ich hatte darum gebeten, die Westberliner Presse von diesem Gerichtstermin zu benachrichtigen. Sowohl der Staatsanwalt als auch der Verteidiger haben dazu nur mitleidig gelächelt. Ich erwähne diese Kleinigkeit, um die Atmosphäre zu kennzeichnen. Als nämlich der Eröffnungsbeschluss verlesen wurde, beantragte der Staatsanwalt Ausschluss der Öffentlichkeit. Ausschluss der nicht anwesenden Öffentlichkeit! Das Gericht zog sich zurück und kam nach zehn Minuten mit bitterernster Miene zurück: Der Antrag wird abgelehnt. Das heißt, ich wurde bei abwesender Öffentlichkeit unter Nichtausschluss der Öffentlichkeit verurteilt. Ich nenne das Geheimprozess, aber das ist eigentlich kein juristischer Terminus, deshalb habe ich das hier etwas differenziert. Ich erwähne es auch deshalb, weil ich das ganze Verfahren schon zu diesem Zeitpunkt als kafkaeskes Verfahren empfand, es war wirklich alles unwirklich. Nachmittags endete die Hauptverhandlung nach den Plädoyers mit dem Spruch, dass ich nach Artikel sechs der Verfassung der DDR zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt werde, unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Insofern war meine lange Untersuchungshaft natürlich ein Vorteil für mich. Sie hatte allerdings noch ein Nachspiel. Der Vizepräsident des Obersten Gerichts hat in einem Schreiben an Generalstaatsanwalt Melsheimer dagegen protestiert, wie ich im Nachhinein aus meiner Akte ersehen habe. Dass ich so lange und in Nachtvernehmungen vernommen worden sei, würde den Ermittlungswert der Vernehmungsprotokolle mindern. Noch etwas anderes habe ich in den Akten gefunden: Es gibt ein Schreiben von Bruno Haid, dem damaligen Stellvertreter von Melsheimer, in dem er etwa drei Monate vor meinem Prozess an die Justizkommission des ZK meine Anklageschrift schickte und abnicken ließ – verbunden mit dem Bemerkten, dass er beabsichtige, 15 Jahre Zuchthaus gegen mich zu beantragen. Inzwischen hatten aber der XX. Parteitag der KPdSU und die dritte Parteikonferenz der SED stattgefunden. Für mich war das ein großes Glück im Unglück, da ein neuer justizpolitischer Kurs eingeleitet wurde. Das Ergebnis davon war, dass nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der



DDR die sozialistische Gesetzlichkeit wiederhergestellt und gefestigt wurde. Das hat die Staatsicherheit in sehr große Schwierigkeiten gebracht. Einerseits konnten sie mich nicht laufen lassen – die Stasi entführt doch keine Unschuldigen aus Westberlin –, andererseits konnten sie mir nicht nur nichts nachweisen, sondern mussten auch die sozialistische Gesetzlichkeit einhalten. Nach dem alten Schema, 15 Jahre und ab nach Bautzen, lief das in meinem Fall nicht mehr. Das war in dieser kurzen Periode des politischen Tauwetters. An meinem Beispiel kann man somit alle Facetten der justizpolitischen Problematik in der zweiten deutschen Diktatur zeigen.

KLEWIN: Vielen herzlichen Dank. Frau Naumann, könnten Sie uns Ihren Weg in die Unfreiheit und Ihre ersten Erfahrungen schildern?

INGE NAUMANN: Bei mir war es ganz anders. Ich war auf meiner Arbeitsstelle im Labor. Da wir zu DDR-Zeiten alle frühmorgens anfangen zu arbeiten, war es vor sieben Uhr, als es an der Labortür klingelte. Es kam ein Herr herein und ging mit einer schwarzen Klappkarte, innen rosa – die Betroffenen werden wissen, was das bedeutete –, zu einer Kollegin von mir und fragte sie, ob ich im Labor wäre.

Meine Kollegin bejahte. Der Herr kam zu mir und sagte, ich solle zwecks Klärung eines Sachverhaltes mitkommen. Mein Mann und ich fingen damals ungefähr zur gleichen Zeit an zu arbeiten, also habe ich schnell versucht, das Telefon im Labor zu erreichen, und wählte seine Nummer. Ich hatte aber nur die Sekretärin am Apparat, die mir sagte, mein Mann sei heute gar nicht zur Arbeit gekommen. Da wusste ich, sie hatten ihn schon. Vor der Tür auf der Straße waren morgens schon sehr viele Leute. Alle wussten, was für ein Auto das ist, alle kannten mich, aber keiner fragte, wo man mich hinbringt. Im Auto saßen ein Fahrer, ein Beifahrer, der Herr, der mich abgeholt hatte, und noch eine Dame. Ich wurde dann nach Leipzig in die Dimitroffstraße gebracht. Der Ort war mir bekannt als KfZ-Zulassungsstelle von Leipzig. Ich hatte keine Ahnung, dass das irgendetwas mit Staatsicherheit zu tun hat. Man brachte mich in die zweite Etage und dort in einen Raum, wo der erste Vernehmer saß. Es kam zu den ersten Vernehmungen mit immer der gleichen Fragestellung. Stundenlang wurden die gleichen Fragen gestellt. Ich war im Kittel. Als ich noch auf meiner Arbeitsstelle gefragt hatte, ob ich mich umziehen soll, sagte mir der Herr, ich könne gleich im Kittel mitkommen. Da Winter war, der 7. Februar, hatte ich mir nur einen Mantel übergezogen.

Nachmittags kam ein sehr angsteinflößender, zwei Meter großer Vernehmer herein, der meine Haustürschlüssel verlangte und sagte, dass es jetzt zur Hausdurchsuchung käme. Ich bestand darauf, zur Hausdurchsuchung mitzukommen. Darauf sagte er barsch zu mir: »Sie bleiben schön hier!« Irgendwann ging eine Stahltür in der zweiten Etage auf und ich stand in einem riesengroßen Gefängnis. Für mich war das unvorstellbar. Es ging fünf Etagen nach oben, so ähnlich, wie man es hier von Bautzen II kennt. Ich wurde untersucht, musste mich entblößen, alle Öffnungen des Körpers wurden durchsucht, und dann neu eingekleidet in die typische Haftkleidung. Ich kam dann in eine Zelle, in der bereits zwei Damen waren. Als ich kaum auf der Zelle war, wurde ich rausgeschossen und kam in den Quertrakt, wo die Vernehmerzellen waren. Eine Zeitorientierung hatte ich fast nicht. Nur als mein Vernehmer anfang zu gähnen, merkte ich, dass es schon später sein musste. Als es dann nach Mitternacht war, konnte ich nicht mehr sitzen, ich bin von Geburt an hüftgeschädigt. Gerade zu der Zeit meiner Verhaftung hatte ich Spritzen bekommen, um den Arthroseschmerz zu lindern. Ich musste auf einem Hocker in der Ecke sitzen und sagte dann zu meinem Vernehmer, wenn er mir nicht eine andere Sitzgelegenheit biete oder mich zurück in die Zelle bringe, würde ich mich auf den Fußboden legen und kein Wort mehr mit ihm reden. Das Verhör wurde dann abgebrochen und ich auf die Zelle gebracht.

Am nächsten Tag ging das Gleiche von vorne los. Nach drei Tagen wurde ich dem Haftrichter vorgestellt, der Haftbefehl gegen mich erlassen hatte. Damals war das noch Paragraph 100, also staatsfeindliche Hetze. Am nächsten Tag wurde ich einem so genannten Z-Arzt vorgestellt, das ist ein Arzt, der von draußen in die Strafvollzugsanstalten kommt. Er untersuchte mich also. Danach wurde ich wieder auf die Zelle gebracht, danach wieder zu Verhören. Am Freitag kam ich nachmittags ins Erdgeschoss. In einer Zelle stand an einem Ende ein Tisch, hinter dem eine große Frau stand – später habe ich erfahren, dass das die Bezirksstaatsanwältin Hübner war. Sie sagte zu mir: »Frau Naumann, ich bin mit dem Haftarzt übereingekommen, Sie für haftuntauglich zu erklären. Das bedeutet aber nicht, wenn Sie morgen wieder in die Ständige Vertretung der BRD fahren, dass wir Sie nicht wieder holen können.« Ich habe daraufhin gesagt: »Wenn ich weiß, dass es verboten ist, dorthin zu fahren, werde ich auch nicht dorthin fahren. Ich verstehe nur eines nicht. Jedes Mal, wenn ich aus der Ständigen Vertretung herauskam, wurde ich von einem VP-Offizier kontrolliert. Dieser hat mir nie gesagt, dass ich dort nicht hineingehen darf.« Nach ein paar Stunden wurde ich nach Hause gefahren. Am nächsten Montag musste ich zu so genannten Außenvernehmungen. Mal war das zweimal, mal viermal oder jeden Tag in der Woche. Immer so, dass ich keinen Rhythmus hatte. Mein Sohn und ich haben damals bei meiner Mutter gewohnt. Ich musste meinem Sohn jeden Tag erklären, dass ich abends vielleicht nicht wieder nach Hause komme, denn das war ja nicht auszuschließen.

Irgendwann hatte ich den ersten »Sprecher« in der U-Haft mit meinem Mann. Mein Mann stand ganz deutlich unter Psychopharmaka, er war apathisch, war fast nicht in der Lage zu reden. Man durfte ja eigentlich über nichts reden – alles, was die Haft betraf, die Übersiedlung oder den Rechtsanwalt, war tabu. Das war ein »Sprecher« von zehn Minuten. Eigentlich sinnlos. Am 4. Mai war die Verhandlung des Bezirksgerichts Leipzig. Zu dieser Verhandlung waren ein Kollektivvertreter von mir, einer meines Mannes und ein Angehöriger von uns zugelassen. Die Verhandlung dauerte ungefähr von neun bis zwölf. Unser so genannter Rechtsanwalt, ein Untervertreter Vogels in Leipzig, hat nicht unser Recht vertreten, sondern DDR-Recht begünstigt. Es kam zur Verhandlung. Dabei wurde die Ständige Vertretung als Verhaftungsgrund genannt. Dann hatte man bei unserer Hausdurchsuchung eine KSZE-Schlussakte gefunden. Aber natürlich war der Verhaftungsgrund das widerrechtliche Stellen eines Ausreiseantrages 1980. Mein Mann wurde sofort nach der Verhandlung abgeführt. Wir durften während der Verhandlung nicht zusammensitzen. Aber wir wurden als Mann und Frau in Gruppe verurteilt. Mein Rechtsanwalt sagte mir nach der Verhandlung, dass



ich jetzt nach Hause gehen solle und am 6. Mai die nächste Verhandlung wäre. Als ich am 6. Mai wiederkam, stand der Richter auf und sagte, dass heute der Urteilspruch wäre. Die Bezirksstaatsanwältin hielt ihr Plädoyer und beantragte nach Paragraf 99 – »Nicht der Geheimhaltung unterliegende Nachrichtenübermittlung, aber den Interessen der DDR schadendes Verhalten« – drei Jahre und zehn Monate. Wir haben dann drei Jahre und zwei Monate Haft bekommen. Mein Mann wurde sofort von der Staatssicherheit abgeführt, wir durften uns nicht verabschieden. Ich bin mit dem Rechtsanwalt raus und fragte, was nun mit mir passiert, weil ich doch gerade verurteilt worden war. Der Rechtsanwalt erklärte mir, ich sei für haftuntauglich erklärt worden und solle nach Hause und ab morgen wieder arbeiten gehen.

KLEWIN: Herr Naundorf, nun zu Ihrer Festnahme in Marienborn und Ihrer Verurteilung. Haben Sie eigentlich damit gerechnet, dass Sie verraten werden würden?

PETER NAUNDORF: Ich bin in Hamburg zur Schule gegangen und habe dort auch gelernt. Meine Familie stammt aber aus Sachsen. Während des Krieges hatte ich das Glück, zwei Jahre lang in Sachsen in die Schule gehen zu können, als in Hamburg der Bombenkrieg war. Später gab es in der Gastronomie nicht viele Arbeitsstellen. Also ging ich wieder nach Sachsen, wo ich auch sofort Arbeit bekam.

Ich war zu dieser Zeit noch vollkommen davon überzeugt, dass Deutschland irgendwann wieder vereinigt werden würde und alle vier Besatzungsmächte zusammenkommen würden. Dass sich das dann so lange hingezogen hat, war nicht vorzusehen.

In der DDR war ich Mitglied in der Nationaldemokratischen Partei. Das hing damit zusammen, dass ich Leute kannte, die im Nationalkomitee Freies Deutschland waren. Es gab viel aufzubauen, und ich habe auch viel aufgebaut. Bis zum Bau der Mauer habe ich meine Eltern ab und zu besucht. Später durfte ich sie besuchen, weil sie eine bestimmte Altersgrenze erreicht hatten. Da habe ich natürlich auch meine Schulfreunde besucht. Dadurch kam ich mit Leuten in Kontakt, die wissen wollten, wie in der DDR der Handel und »delikat« aufgebaut sind. Ich wusste ja die Interna.

Als ich am 1. Januar 1985 meinen Vater zu seinem Geburtstag besuchen wollte, kam ich gar nicht in den Zug, weil plötzlich ein Auto am Bahnhof war, in das ich verfrachtet wurde. Auch meine Frau und meine Tochter, die mich zum Bahnhof gebracht hatten, wurden in ein Auto verfrachtet. Ich kann mich erinnern, dass an diesem Tag ein schlimmer Schneesturm herrschte und kein Auto auf der Autobahn war. Aber die hatten Autos mit guten Motoren, die einfach durchfuhren. Es ging Richtung Berlin. Als wir an einer Art Müllkippe mit hohen Drahtzäunen vorbeikamen, dachte ich plötzlich an das, was mit Popieluszko in Polen passiert war, und bekam Angst. Als ich hinter mich guckte, sah ich, dass noch ungefähr 20 Fahrzeuge hinter uns waren. Ich dachte mir, dass sie sich das mit so vielen Zeugen nicht trauen würden. Dann verschwand ich in einem kleinen Hexenhäuschen. Später erfuhr ich, dass das in Bestensee war. Man hatte meine Frau weggeholt, ich wusste nicht, was mit meiner Tochter war.

Dann ging die Fragerei los: Wir kennen jemanden, den Sie kennen, den wir nicht kennen, und den möchten wir gerne kennenlernen. Erzählen Sie uns, mit wem Sie drüben zusammen sind. Sie haben Spionage betrieben. Ich habe das damals nicht so aufgefasst. Ich meine, es ist auch ein Unterschied, ob man für ein demokratisches Land Voraussetzungen schafft, damit es demokratisch bleibt, oder ob man für ein faschistisches Land etwas tut, damit die ihre Macht behalten können. Aber das ist eine persönliche Sache und ich stehe auch vollkommen zu dem, was ich getan habe: Dass ich meine Schulfreunde unterrichtete, sie mit anderen gesprochen haben und dadurch auch der BND mit hineingekommen ist. Alle haben mir gesagt, dass gar nichts passieren kann. Sie hatten sich aber geirrt.

In der Nacht war es dann so weit, dass ich gesagt habe, ich hätte jemanden auf einer Party kennengelernt, mich mit ihm unterhalten, er habe mir Kochbücher



mitgebracht und ich ihm erklärt, wie es jetzt mit »delikat« laufe. Als das Verhör zu Ende war, hörte ich jemanden nebenan am Telefon sagen: »Genosse Wolf, den haben wir geknackt, und die hysterische Alte knacken wir auch noch.« Dazu muss ich Folgendes sagen: Meine Frau hatte an diesem Tag eine Einweisung ins Krankenhaus bekommen, sie sollte am 2. Januar wegen Nierenkoliken in die Klinik. Meine Frau wusste von nichts. Sie wusste, dass ich Schulfreunde hatte, mit denen ich korrespondierte, aber sie wusste nicht, um was es ging.

Am nächsten Tag ging es nach Hohenschönhausen. Ich wurde dort offiziell verhaftet, vorher war ich nur festgenommen. Ich habe am 2. Januar Haftbeschwerde eingelegt. Der Hauptmann sagte zu mir: »Jetzt will ich Ihnen mal erklären, wie das ist: Wenn Sie Ihrer Tante schreiben, im Konsum ist die Butter knapp, dann haben wir das nicht gerne. Aber wenn Sie Ihrer Tante schreiben, im Konsum ist die Butter knapp und in der HO wird sie jetzt auch knapp, dann ist das Sammlung von Nachrichten und damit Spionage.« Am 10. Januar bekam ich die Haftbeschwerde abschlägig beschieden, wegen meiner Aussage am 8. Januar. Bei den ersten Vernehmungen habe ich gesagt, dass ich nichts weiter sage, bevor ich nicht weiß, was mit meiner Frau ist. Mir wurde erklärt, wenn meine Frau aussage, könne sie sofort ins Krankenhaus kommen. Sie war bis dahin also noch nicht im Krankenhaus gewesen. Ich habe dann an den Generalstaatsanwalt Streit geschrieben und dabei auch das Wort Sippenhaft verwendet. Der Brief wurde durchgesehen. Meine Tochter wurde von Nebra nach Berlin zu einer Schwester meiner Frau gebracht und durfte dort ihr Abitur machen.

In Hohenschönhausen gab es in der ersten Zeit Einzelhaft. Die Vernehmungen dauerten 12 bis 14 Stunden. Man war als Häftling in der Zelle eine Nummer. Man konnte nicht aus den Zellen rausgucken. Von einem so genannten Läufer wurde man zur Vernehmung abgeholt. Die Vernehmer hatten keine Namen und wir hatten bei den Läufern, die uns holten, auch keine Namen. Hohenschönhausen existierte damals auf keinem Berliner Stadtplan, es war militärisches Sperrgebiet.

KLEWIN: Dankeschön. Ich würde Sie alle drei bitten, das Spezifische am DDR-Strafvollzug zu beschreiben. Was waren die eindrucklichsten Erfahrungen, welche Erlebnisse hatten Sie? Karl Wilhelm Fricke kann uns die Zeit der späten 50er Jahre, also die Zeit des Kalten Krieges und damit auch sicherlich die erbärmlichsten Haftbedingungen schildern, dann könnten Frau Naumann und anschließend Herr Naundorf uns ihre Haftbedingungen schildern.

FRICKE: Wie Sie vorhin schon erwähnt haben, kam ich nach meiner Verurteilung zunächst nach Brandenburg-Görden und von dort nach Bautzen II. Ich kann



Ihnen aber keine generalisierenden Aussagen machen, weil ich immer in Einzelhaft war. Daher kann ich nur meine eigenen Erfahrungen und Empfindungen wiedergeben. Als ich in Brandenburg eingeliefert wurde, kam ich zunächst zum Kommandoleiter, der mir eröffnete, dass ich schreiben, Besuch empfangen und außerdem im Strafvollzug studieren dürfe. Ich war sprachlos. Er fragte mich, was ich studieren möchte. Ich sagte Literaturgeschichte. Das gab es aber nicht. Dann fragte ich nach Englisch. Das gab es aber auch nicht. Russisch? Nein, das gab es auch nicht. Es gab nur »Gesellschaftswissenschaften«. Ich habe also tatsächlich Marx und Lenin im Strafvollzug lesen dürfen und bekam das ungeheure Privileg, Papier und Bleistift zu besitzen. Insofern habe ich meine Isolationshaft genutzt, um das Material, das ich bekam, durchzuarbeiten. Insofern unterscheidet sich meine Situation vom generellen Strafvollzug grundlegend. Selten erging es einem anderen Häftling so wie mir. Ich kann mir nicht erklären, wieso. Ich nehme an, man hat zum einen berücksichtigt, dass mein Verschwinden viel Aufsehen im Westen hervorgerufen hat, mit dem Ergebnis, dass mein Fall wiederholt in Artikeln in Erinnerung gebracht wurde. Einmal wurde mein Name von Willy Brandt in einer Bundestagsdebatte genannt, im Zusammenhang mit den Entführungsfällen Walter Linse und Robert Bialek. Man forderte ihre und meine Freiheit. Die Staatssicherheit hat mich insofern besonders behandelt, vermutlich um zu verhindern, dass mir etwas zustößt, was dann politisch schädliche Folgen hätte

haben können. Es war ja immerhin die Zeit des politischen Tauwetters. Ich habe dann natürlich Briefverbindung zu meinen Angehörigen aufgenommen – einmal im Monat 20 Zeilen. Von der Möglichkeit einer Besucherlaubnis, eines »Sprechers«, habe ich keinen Gebrauch gemacht. Während der ganzen Zeit meiner vierjährigen Haft habe ich niemals Besuch empfangen. Erstens war ich mir nicht ganz sicher, ob ich den emotionalen Spannungen einer solchen Begegnung nach dem, was hinter mir lag, gewachsen wäre. Ich wollte mich vor meinen Gegnern nicht schwach zeigen. Zweitens wollte ich aber auch meiner damaligen Freundin, meiner heutigen Frau, nicht zumuten, zu mir ins Gefängnis zu kommen. Da ich von vier Jahren schon 16 Monate Strafe verbüßt hatte, war die Zeit ja auch absehbar. Ich sagte mir also, dass ich die 32 Monate noch durchstehen würde. Insofern habe ich mich natürlich auch anders verhalten als andere Gefangene, die darauf angewiesen waren, auch zur seelischen Selbststabilisierung Besuch zu empfangen. KLEWIN: Sie waren jahrelang in totaler Isolation. Ich möchte Sie mit einem Zitat von Oscar Wilde konfrontieren, der in »Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus« von 1891 schreibt: »Der Mensch kann schließlich auch im Gefängnis völlig frei sein. Seine Seele kann frei sein, seine Persönlichkeit kann ungetrübt bleiben.« Ist das bei Ihnen der Fall? So wie Sie es eben geschildert haben, kommt mir das ein wenig so vor.

FRICKE: Ich würde es nicht so literarisch ausdrücken. Aber ich fühlte mich nie innerlich unfrei. Ich habe nie das geringste Schuldgefühl empfunden. Ich war unschuldig und habe meine Umgebung als feindlich wahrgenommen. Die Posten vor meiner Zellentür waren für mich uninformierte Rechtsbrecher. Das war meine Position. Es gab überhaupt keine Chance der geringsten Verständigung. Allerdings wurde ich auch nie schikaniert. Insofern ist das, was ich erlebt habe, wahrscheinlich nicht typisch. Natürlich wurde ich genau wie jeder andere Gefangene in Bautzen II morgens und abends beim so genannten Umschluss kontrolliert und musste den lächerlichen Spruch aufsagen: »Zelle 7, belegt mit einem Mann. Es meldet Strafgefangener 1077.«

KLEWIN: Frau Naumann, ich würde Sie bitten, hier etwas zu den Haftbedingungen in Hoheneck zu ergänzen. Denn ich denke, dass sich die Bedingungen dort eklatant unterscheiden von den Erfahrungen, die Herr Fricke gemacht hat.

NAUMANN: Zuerst einmal muss ich zu vorhin noch ergänzen, dass in diesem Ausreiseantrag, den mein Mann und ich gestellt hatten, massivste Kritik am DDR-System stand.

Nun zu Ihrer Frage. Am 30. Juni 1983 bekam ich den ersten »Sprecher« zu meinem Mann nach Bautzen II, und zwar für den 4. Juli um 13 Uhr. Am 30. Juni er-

hielt ich den so genannten blauen Brief meines Betriebes, das heißt die Entlassung wegen Verbrechen gegen die DDR. Zur gleichen Zeit bekam ich für den 4. Juli die Haftzustellung als Selbststeller in der Zeit von zehn bis 15 Uhr in der Strafvollzugseinrichtung Leipzig, Alfred-Kästner-Straße. Am 4. Juli bin ich nicht zu meinem Mann gefahren – nach der Erfahrung Hoheneck wäre ich natürlich gefahren, aber ich hatte Angst –, sondern habe mich um 15 Uhr in der Alfred-Kästner-Straße in Leipzig gestellt. Das war das Dreckigste, was es in Leipzig überhaupt gegeben hat. Die Stasi war dagegen ein Wohnzimmer. In der Alfred-Kästner-Straße war es ekelhaft, ich hatte noch nie solche Frauen, wie dort waren, gesehen. Laut DDR-Presse gab es ja keine Asozialen, keine Verbrecher und keine Tötungsdelikte in der DDR. Die Frauen waren von Kopf bis Fuß »bepeikert« [tätowiert]. Die Matratzen waren unter aller Würde. In einer normalen Zwei-Mann-Zelle waren 14 Leute. Man konnte also in der Nacht nicht schlafen. Vom 4. bis 14. Juli war ich dort. Am 14. Juli wurde ich am Leipziger Hauptbahnhof mit 40 anderen Frauen in den Grotewohl-Express geführt, und zwar von Anfang bis Ende an den Reisezügen entlang – angekettet. Im Grotewohl-Express waren wir zu fünft in einem Abteil, das etwa zwei Kubikmeter groß war. Man konnte unmöglich sitzen. Es war glühend heiß in diesem Juli. Wenn wir auf die Toilette sind, mussten wir immer die Tür auflassen, und ein Beamter hat uns zugesehen. Es gab einen Zehn-Liter-Eimer mit kaltem Kaffee und einer Tasse für alle. Der Express war brechend voll.

In der Nacht bin ich dann in Chemnitz gelandet. Dort war in den Katakomben eine Zelle. Ich wusste aber immer noch nicht, wo ich war. Dann wurden wir in die »Minna« verfrachtet und sind im Halbdunkel auf einer Burg angekommen – das war Hoheneck. Ich kam dann in den »Zugang« und nach etwa einer Woche in die erste Zelle. Zelle durfte man ja damals nicht sagen, das war der so genannte »Verwahrraum«. Ich kam in den Westflügel 3/3. In meiner Zelle waren fünf Dreistockbetten, die voll belegt waren. Dem einzig freien wurde ich zugewiesen. Später habe ich erfahren, dass über mir eine Kindermörderin lag und neben mir eine Frau, die ihren Mann mit der Axt erschlagen hatte. Ich war also in einer rein kriminellen Zelle. Nachdem ich die Delikte erfuhr, hatte ich bestimmt 14 Tage lang schlaflose Nächte.

In Hoheneck bestand die Pflicht zur Arbeit. Wenn man nicht gearbeitet hat, dann bekam man es nicht nur mit dem Anstaltspersonal zu tun, sondern auch mit den Kriminellen. In der Zelle haben die einem dann ordentlich Bescheid gegeben. Und es ist wirklich unvorstellbar, welchen Druck die auf einen ausüben konnten. Als Politischer wusste man ja nicht, wann man wieder rauskommt – in



einem halben Jahr oder erst in fünf Jahren. Dieses ausgeklügelte System des Freikaufs war ja nicht durchschaubar. Nur einmal, 1985, konnte ich es durchschauen, weil damals die Massen der Ausreisearbeitsnehmer nach Hoheneck kamen. Da hatten wir auch Bodenschläfer und waren zu vierzigst auf 70 Quadratmetern untergebracht. Wir konnten nur quer in unsere Betten hinein.

KLEWIN: Vielen Dank. Wie waren die Haftbedingungen in den 80er Jahren in Bautzen II, Herr Naundorf?

NAUNDORF: Ich möchte zunächst noch etwas zu meiner Verurteilung sagen. Nach neun Monaten war dann endlich mein Prozess, vorher hatten mir meine Vernehmer mitgeteilt, dass ich acht Jahre bekäme. Meine Frau wurde nicht in dem gleichen Prozess verurteilt, sondern eine Woche später. Sie bekam wegen »Nichtanzeige eines Verbrechens« 21 Monate Haft. Bevor der Prozess stattfand, konnte ich meine Frau kurz sprechen. Sie fragte mich, was ich denke, zu wie vielen Jahren ich verurteilt werden würde. Ich rechnete damals mit 10 bis 15 Jahren. Da hat sie so geweint. Als sie wieder draußen war, fragte mich der Major, wie ich meine Frau so kränken könne, weil er mir doch gesagt hätte, ich bekäme nur acht Jahre. Ich habe dann tatsächlich acht Jahre bekommen. Ich wollte Berufung einlegen. Aber mir wurde erklärt, dass man vor dem Militärobergericht keine Berufung einlege, ob ich denn die Bewährungsstrafe meiner Frau in Frage stellen wolle.

Es ging also ab nach Bautzen. Als Ersten habe ich Christian Jahn gesehen, der mich hier hereinführte. Er sagte zu mir, dass mein Bart abkomme. Schon im Al-

tertum wurden Gefangenen ja die Haare geschoren. Ich wurde nicht geschlagen, das muss ich sagen. Es gab psychische Foltermethoden. Ich persönlich habe es nicht erlebt, aber zu mir kamen welche, denen gesagt wurde, dass ihre Frau was mit einem anderen habe, sodass die Leute daran zerbrechen sollten. Bei uns bestand auch Arbeitspflicht. Es gab welche, die 200 oder 300 Prozent machten, und es gab welche, die grundsätzlich 98 Prozent machten. Die gingen dann 14 Tage in den Arrest. Ich habe immer gesagt, das sind Masochisten. Ich weiß nicht, warum sie das gemacht haben. Sie konnten die DDR mit 98 Prozent Planerfüllung nicht stürzen. Und die anderen konnten mit 200 Prozent die DDR nicht am Leben erhalten.

1985 wurde Gorbatschow gewählt, das bekamen wir auch in Bautzen II mit. Wir hatten ja Zeitungen, die neue »Times« und den »Sputnik«. Es war diese Aufbruchszeit. Ich habe meine Arbeit gemacht. Die DDR hat sich dann selbst ins Knie geschossen, als sie 1987 die große Amnestie machte, weil sie Arbeitskräfte brauchte. Ich habe hier die Aussage von General Lustig, das war der oberste General für den Strafvollzug: »Meine Gefangenen hatten es alle gut. Sie mussten nicht einmal Fernsehgebühr bezahlen, obwohl sie Fernsehen gucken konnten. Ich habe fast jeden mit Handschlag begrüßt. Ihnen ging es besser als vielen Familienvätern draußen.« Darüber muss man erst einmal zwei Minuten nachdenken und kann dann lachen – oder auch nicht. Es war eine Zeit, in der wir wussten, dass es zu Ende geht. Aber wir wussten nicht, was mit uns passieren würde. Denn es gab ja auch welche von der Staatssicherheit dabei, die draußen Lager aufgebaut hatten, in denen Leute konzentriert werden sollten. Als am 4. Dezember die Prügelorgie von Modrow angerichtet wurde und viele mit LKWs nach Bautzen in die Polizeigaragen getrieben wurden, haben wir das natürlich alles mitbekommen.

KLEWIN: Ich würde gern von Ihnen dreien, die Sie zu unterschiedlichen Zeiten unter ganz unterschiedlichen Vorzeichen zum Teil in verschiedene Systeme entlassen wurden, die Bedeutung der Erfahrungen und den gesellschaftlichen Umgang mit Ihrer Haft erfahren. Herr Fricke, Sie wurden im Kalten Krieg in die Bundesrepublik entlassen. Wie wurden Sie empfangen? Welche Bedeutung hatte die Haftzeit für Ihr späteres Leben?

FRICKE: Ich hatte ja vier Jahre Zeit, über mich selbst und meine Zukunft nach der Haft nachzudenken. Ich sagte mir, wenn ich entlassen werde – das war ja bei Entführungsfällen nicht von vornherein garantiert, es gibt ja auch andere Fälle –, dann werde ich meine Kenntnisse nutzen, um zu ergründen, inwieweit das, was an Unrecht in der DDR geschieht, systembedingt ist oder nur Willkür bedeutet. In der Haft hatte ich mich ja schon mit den Klassikern des Marxismus-Leni-

nismus, insbesondere mit Lenins »Staat und Revolution« auseinandersetzen können. Ich begriff, dass das Unrecht in der DDR, in der zweiten Diktatur in Deutschland, systembedingt war und ideologisch verwurzelt. Diese Frage bewegt mich deshalb so, weil das auch in der heutigen Auseinandersetzung mit den Kräften, die die DDR schönfärben wollen oder Geschichtsrevisionismus betreiben, deutlich herausgearbeitet werden muss.

Hier wurde bereits gesagt, dass wir in der Haft nicht physisch misshandelt wurden. Das ist richtig. Aber wir wurden psychisch misshandelt. Wenn ich daran denke, dass ich in Hohenschönhausen fast 16 Monate ohne Zeitung, ohne jeden Kontakt, ohne irgendein Gespräch, ohne irgendeine Möglichkeit des Austausches zubringen musste – da bedarf es schon einer gehörigen Portion Disziplin, um nicht durchzudrehen. Das in Einzelhaft durchzustehen, ist nicht so einfach. Das habe ich schon als psychische Tortur empfunden – als Psychofolter im Sinne der einschlägigen UNO-Definition der Menschenrechtskommission.

Meine Aufgabe nach der Haft bestand darin, natürlich wieder journalistisch tätig zu sein. Ich kam sofort wieder in den Beruf hinein. Das ungewollte Ergebnis meiner Entführung durch die Staatssicherheit war, dass ich in den politischen Redaktionen bekannt geworden war, also dank eines gewissen Bekanntheitsgrades unschwer beruflichen Kontakt in Kollegenkreisen fand. Das hat mir die Rückkehr in den Beruf enorm erleichtert. Ich blieb meiner Aufgabe insofern treu, als ich am Thema geblieben bin. Ich habe vor allem später beim Deutschlandfunk versucht, einerseits ein realistisches Bild über die Verhältnisse in der DDR zu zeichnen und von meinen Mitarbeitern zeichnen zu lassen. Aber ich habe gleichzeitig meine Forschungen auf dem Gebiet der Oppositions- und Widerstandsgeschichte, der Staatssicherheit und der Strafjustiz intensiviert. Ich habe dann das Buch »Politik und Justiz in der DDR« geschrieben. Obwohl es keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt, wurde es dennoch in der Wissenschaft anerkannt. Das war die zweite Konsequenz, die ich aus meiner Verfolgung gezogen habe. Einen Erfolg konnte sich die Staatssicherheit in meiner Sache nicht ins Stammbuch schreiben. Es war letztlich ein politischer Fehlschlag.

KLEWIN: Danke. Die Haft also als Pflicht, über die DDR bis heute aufzuklären. Frau Naumann, was bedeutet für Sie die Haft in Hoheneck bis heute?

NAUMANN: Die Zeit in Hoheneck ist bis heute Bestandteil meines Lebens. Wenn ich Musik von damals höre, die ich über Funk hören musste, kommen mir automatisch wieder die Dinge in Erinnerung. Das ist ein Automatismus. Wenn ich mich im Winter eincreme, denke ich automatisch an Hoheneck. In den 80er Jahren waren Kosmetika verboten und wir hatten uns vom Frühstück Margarine



mitgenommen, mit der wir uns am Abend eincremten, weil es im Winter so kalt in Hoheneck war. Musik, Sprache, alles – ich kann keinen erzgebirgischen Dialekt mehr hören, ich kann keinen Schwibbogen mehr sehen, ich kann keine Weihnachtsmusik mehr hören, nur unter ganz bestimmten Umständen. Der Lautsprecher war zu Weihnachten nicht regelbar. Der »operative Dienst«, also der Dienst, der die Zellen geschlossen hat, hat die erzgebirgische Weihnachtsmusik so laut gestellt, um uns zu ärgern oder damit wir weinen. Ich kann es also heute nicht mehr hören und nicht mehr ertragen.

Es gab auf Hoheneck keinerlei Berührungen. Es war verboten, sich untereinander mit »Frau« anzureden. Wir haben es zwar trotzdem gemacht, aber es gab auch unter Politischen Spitzel. Zum Teil bekam man fünf Bestrafungen für ein Vergehen. Man hat also versucht, sich an die Regeln zu halten. Die ersten anderthalb Jahre habe ich in der ZW, der Zentralen Werkstatt, gearbeitet, das war das Lumpenkommando. Dort wurde aus sämtlichen DDR-Uniformen Strafkleidung für den gesamten Strafvollzug der DDR hergestellt. Sie wurden blau gefärbt und eingestreift, vorher aber nicht gereinigt. Sie waren mit Urin, Kot, Sperma und Blut behaftet. Anderthalb Jahre bekam ich diese blaue Farbe nicht von den Händen. Ich meide heute blaue Kleidung, weil ich die Farbe nicht mehr ertragen kann. Die Haftzeit begleitet mich ein Leben lang. Gestern erst habe ich mit meinen Kameradinnen gesprochen. Wir treffen uns schon wieder im Gefängnis, weil es uns nicht loslässt und wir alle geschädigt sind. Wenn ich heute vom gesellschaftlichen



System her sehe, dass im Januar 2009 Herr Putin, ein ehemaliger KGB-Offizier, in Dresden geehrt wurde, dann kann ich dazu nichts mehr sagen. Er hat zu DDR-Zeiten in Dresden für den KGB gearbeitet. Da fehlen mir die Worte.

KLEWIN: Herr Naundorf, auch an Sie die Frage: Was bedeutet die Haftzeit in Bautzen II für Sie heute?

NAUNDORF: Ich bin den Bautzener Bürgern bis heute dankbar, dass sie im Herbst 1989 vor Bautzen II demonstriert haben. Denn es war nicht einfach. Deren Angst war vielleicht nicht so groß wie unsere, aber sie wussten, was sie taten. Sie brachten Kerzen mit. Wir drinnen haben gesagt: Keine Gewalt! Und das haben wir auch durchgehalten. Wir waren noch eingeschlossen und unsere Wärter hatten sich schon das Begrüßungsgeld aus Westberlin abgeholt. Da war mir klar, dass wir keine Angst mehr zu haben brauchten. Als ich dann mit meiner Frau in Hamburg war, haben wir einen Ausflug gemacht. In der Nacht darauf erlitt meine Frau einen Hirnschlag, lag neun Monate im Koma und ist dann verstorben. Als Fazit möchte ich Kurt Schumacher, den ich sehr verehrt habe, zitieren. Er hat gesagt: »Es waren rote Faschisten.«

KLEWIN: Ich habe noch eine Abschlussfrage. Die Gedenkstätte hat in diesem Jahr in Kooperation mit dem deutsch-sorbischen Volkstheater einen Schreibwettbewerb für Schüler veranstaltet, bei dem wir gefragt haben: Was bedeutet euch Freiheit? Deshalb möchte ich jetzt die drei Podiumsteilnehmer fragen, was Sie Schülern mit auf den Weg geben würden und was Ihnen Freiheit bedeutet?

FRICKE: Für mich ist Freiheit ein Zustand politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ich selbst über mein Leben und Handeln bestimmen kann, in denen keiner mir vorschreibt, wie ich zu denken und zu arbeiten habe. Selbstverständlich unter Wahrung der Rechte anderer auf der Basis der geltenden Rechtsordnung. Eigentlich habe ich als bleibende Erinnerung an die Haft einen Satz, den ich bei einem bekannten Schauspieler fand, mitgenommen: »Niemand kennt die Freiheit, der nicht selber einmal in Ketten lag.« Das ist eine Wahrheit, an der ich bis heute hänge. Der erste Artikel, den ich nach meiner Haftentlassung in Westberlin veröffentlicht habe, endet mit dem Satz: »Wo ich einmal nur lieben konnte, da kann ich glühend lieben, und glühend hassen, wo ich einmal nur hassen konnte.«

NAUMANN: Für mich bedeutet Freiheit heute, dass ich fahren kann, wohin ich will und wann ich will. Das war viele Jahre meines Lebens nicht so. Ich konnte meinen Bruder nicht beerdigen. Ich kann aber heute nach Hamburg fahren. Ich kann nach New York fliegen. Heute habe ich die Möglichkeit zu sagen: Ich gehe. Und das konnte ich in der DDR nicht.

NAUNDORF: Freiheit bedeutet für mich, in einem Land leben zu dürfen, wo nicht ein Geheimdienst die Judikative und die Exekutive allein besitzt und wo die Legislative durch eine Partei vollkommen beiseitegefegt wird. Ich gehe zu Zeitzeugengesprächen, rede mit Schülern, damit das nie wieder kommt. Ich hoffe, dass ich das noch ein paar Jahre machen kann.

NAUMANN: Ich möchte noch etwas zur Wiedervereinigung sagen. Ich denke, dass eine Wiedervereinigung und eine Einheit in Deutschland nicht sein wird, solange die Geschichte nicht rigoros aufgearbeitet wird – und zwar die Geschichte in Ost und auch in West. Sie sollte der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die große Masse der Bevölkerung möchte das auch, aber ich glaube, dass die Politik es nicht möchte. Alles soll an die Öffentlichkeit kommen. Es wird höchste Zeit, dass wir richtig aufarbeiten.

KLEWIN: Ich danke Ihnen recht herzlich. Noch ein Appell: Die drei Podiumsteilnehmer unterstützen die Gedenkstätte seit Jahren in ganz hervorragender Art und Weise. Ich weiß, dass alle drei der Arbeit und auch der Art der Aufarbeitung, die natürlich bescheiden ist, gewogen sind. Deshalb mein Appell ins Publikum: An diejenigen, die uns gewogen sind, Danke, unterstützen Sie uns weiter. Diejenigen, die uns nicht gewogen sind: Besuchen Sie uns, treten Sie mit uns ins Gespräch, und vielleicht werden Sie uns dann auch gewogen. Vielen Dank!



## Podiumsdiskussion

### Wem gehört die Geschichte? Zur neueren Auseinandersetzung um die SED und die Rolle der Blockparteien

JOHANNES GERLACH, KLAUS-DIETMAR HENKE, MICHAEL LÜHMANN,  
KONRAD WEISS  
Moderation: BEATRIX BOUVIER

MATTHIAS EISEL: Ich möchte Ihnen kurz die Teilnehmer des Podiums vorstellen. Zunächst begrüße ich die Moderatorin, Frau Beatrix Bouvier, meine Kollegin von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie arbeitet beim Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung und hat in den 90er Jahren unter anderem zwei Bücher herausgegeben, die sich mit der SPD in der DDR beschäftigen. Weiterhin begrüße ich Johannes Gerlach. Er ist Physiker und gehört zu den Gründern des Neuen Forums im Bezirk Karl-Marx-Stadt und war schon seit Anfang 1980 in der christlichen Friedensbewegung tätig. Im Oktober 1989 trat er in die SDP/SPD ein. Auch da gehörte er zu den Gründern. Er wurde in die erste frei gewählte Volkskammer gewählt und später in den Sächsischen Landtag. Der SPD-

Fraktion gehört er seit 1990 an. Ich begrüße Konrad Weiß. Er ist als Bürgerrechtler eines der Gesichter der Friedlichen Revolution. Zunächst hat er als Regisseur gearbeitet, bevor er 1989 Mitbegründer und Sprecher der Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt!« wurde. Für »Demokratie Jetzt!« war er auch am Runden Tisch. Er war Mitglied der letzten Volkskammer und für Bündnis 90/Die Grünen auch vier Jahre im Deutschen Bundestag. Weiterhin begrüße ich in unserer Reihe Herrn Klaus-Dietmar Henke. Herr Henke ist seit 1997 Professor für Zeitgeschichte an der Technischen Universität Dresden. Er studierte Neuere Geschichte und Politische Wissenschaften in München. 1992 bis 1996 war er Leiter der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Berlin, 1997 bis 2001 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts. Ebenso herzlich willkommen Michael Lühmann. Er wurde 1980 in Leipzig geboren und hat politische Früherfahrung auf den Leipziger Montagsdemos als Neunjähriger. Er hat Geschichte und Politikwissenschaften in Leipzig und Göttingen studiert. Seine Magisterarbeit behandelte das Thema »Ostdeutsche Karrieren in der Politik«. Wir sind auf ihn aufmerksam geworden, weil er vor wenigen Monaten im »Deutschland Archiv« einen sehr beachteten Beitrag geschrieben hat: »Verdrängte Vergangenheit. Die CDU und die Blockflöten.« Daher ist auch er für unser Thema prädestiniert.

BEATRIX BOUVIER: Vielen Dank, Matthias Eisel. Herr Eisel hat uns gestern bei der Einführung gesagt, er habe sich sehr intensiv bemüht, einen Vertreter der Blockparteien einzuladen, sodass es möglich wäre, mit jemandem und nicht nur über die Blockparteien zu reden. Das ist leider erfolglos geblieben. Aber das ist ein Bereich, in dem wir alle über reichliche Erfahrungen verfügen. Es geht um mehrere Ebenen, von denen wir eine heute auf jeden Fall ausklammern wollen: Die Geschichte der SED und der mit ihr verbundenen Blockparteien ist in der Geschichtswissenschaft aus meiner Sicht relativ gut und differenziert aufgearbeitet. Auch wenn es in vielem, gerade auf den unteren Ebenen noch Forschungsbedarf gibt. Aber wir sehen doch in den gegenwärtigen Diskussionen, dass zwischen Wissenschaft und anderen Bereichen eine erhebliche Diskrepanz besteht. Das, was die Forschung seit langem erarbeitet hat, findet selten Eingang in tagespolitische Diskussionen, in Schlagabtausch und schon gar nicht in das, was wir als verkürzte Statements wahrnehmen. Dieses Problem der Vermittlung möchte ich hier nicht weiter vertiefen. Wir sollten uns aber dennoch damit beschäftigen, wie der Umgang mit dieser Vergangenheit stattfindet, ob es so etwas wie eine Bilanz nach 20 Jahren gibt. Denn ungeachtet wissenschaftlicher Ergebnisse wird immer wieder Aufarbeitung angemahnt. Weiterhin wäre zu fragen, ob die Medien etwas

dazu beitragen, dass es so fatal aussieht, als gäbe es so etwas wie Aufarbeitung nicht. Schließlich wäre zu fragen, welchen Sinn es macht und warum es immer wieder geschieht, dass die Vergangenheit, die so dunkel zu sein scheint, im politischen Schlagabtausch so beliebt ist und instrumentalisiert wird. Ich möchte als Erstes in die Runde fragen, was Sie als Erfahrungen im Umgang mit dieser Vergangenheit, mit den Blockparteien, sehen. Das Wort möchte ich zunächst an Konrad Weiß geben.

KONRAD WEISS: Ich halte es für notwendig, noch einmal ganz klar die Rolle der Blockparteien in der DDR zu definieren. Die Blockparteien in der DDR waren kommunistische Parteien. Die CDU in der DDR war eine kommunistische CDU, und ich gebrauche grundsätzlich diesen Begriff, wenn ich von der CDU in der DDR spreche. Es ist wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass es diese strukturelle Grundlage gibt. Ich weiß, es bedeutet nicht, dass alle, die in dieser Partei waren, Kommunisten waren. Es gab da viele Motive. Es gab das Motiv, aus Überzeugung in dieser Partei zu sein. Es gab das Motiv, um der Karriere willen in dieser Partei zu sein, weil man anders eine bestimmte Karrierestufe nicht erreichen konnte. Es gab das Motiv, in Ruhe gelassen zu werden, weil man sonst ständig umworben wurde, in die SED zu gehen. Wer das nicht wollte, ging notgedrungen in eine der Blockparteien. Oder man wollte politisch eben kein Eunuch sein, sondern politisch aktiv werden.

Ich kann das sehr gut nachvollziehen, weil auch ich in den 70er Jahren nach meinem Studium durchaus motiviert war, nicht nur künstlerisch tätig zu sein, sondern mich in die Gesellschaft einzumischen. Ich hatte einen Moment die Idee, die CDU wäre vielleicht auch für mich ein Weg. Ich habe also einen Fragekatalog mit zehn Fragen aufgeschrieben, die alle meine grundsätzlichen Bedenken gegenüber dieser Partei auflisteten, und habe diesen Fragekatalog an den Zentralvorstand der CDU in der DDR geschickt. Ich wurde zu einem Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden eingeladen, der diesen Brief vor sich liegen hatte, aber auf keine meiner Fragen antwortete. Er sagte nur: Herr Weiß, solche Leute wie Sie brauchen wir. Wenn Sie zu uns kommen, sind Sie in einem halben Jahr im Parteivorstand. Ich bin aufgestanden und gegangen, weil ich genau das nicht wollte.

Für die Rückschau ist es auch noch einmal ganz wichtig, daran zu erinnern, dass die Blockparteien dadurch, dass sie 1989/90 von den demokratischen Parteien in der Bundesrepublik absorbiert wurden, einen sehr einfachen Weg ins vereinigte Deutschland und ins demokratische System hatten. Dass dies ein absolut unerträglicher Prozess war, das war mir schon damals klar. Mein Bruder war lange



Jahre hauptamtlicher Funktionär der CDU in der Bundesrepublik. Ich wusste, dass es für CDU-Mitglieder und -Mitarbeiter ein Verbot gab, Kontakte zur CDU in der DDR zu haben – eben weil es eine kommunistische Partei war. 1989/90 schien dies plötzlich vergessen und Helmut Kohl, Bundeskanzler und Vorsitzender der CDU, hat mit den Leuten der Blockpartei verhandelt und mit ihnen und mit den Leuten aus der Bauernpartei eine gemeinsame Partei erarbeitet, die zwar noch die CDU war, aber seither eine kommunistische Traditionslinie hat. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese kommunistische Traditionslinie in der CDU bis heute nachwirkt.

Im Januar 1990 habe ich einen offenen Brief an Helmut Kohl geschrieben, in dem ich ihn auf die Unerträglichkeit seines politischen Vorhabens hingewiesen habe. Ich möchte daraus zitieren: »Uns, den Vertretern der demokratischen Opposition, ist es unverständlich, dass der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende der CDU mit Herrn Modrow, der dafür nicht das Mandat des Volkes in der Deutschen Demokratischen Republik hat, über eine künftige Vertragsgemeinschaft der Deutschen verhandelt. Diese Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, hat dazu beigetragen, die Regierung Modrow und damit die SED aufzuwerten. Sie haben sich zum Wahlkampfhelfer für jene Partei gemacht, die die Hauptschuld für die Krise in unserem Lande trägt. [...] In gleicher Weise unter-

stützen Sie die Wiederbelebungsversuche der hiesigen CDU. Auch diese Partei ist in den zurückliegenden Jahrzehnten politisch und moralisch verkommen und hat die Untaten der SED mitgetragen und gestützt. Es ist eine Schande, dass sie sich noch christliche Partei nennen darf. Es ist beschämend, dass die CDU auf ihrem jüngsten Parteitag nicht einmal den Versuch unternommen hat, sich ehrlich mit der eigenen schuldbeladenen Vergangenheit auseinanderzusetzen.« Ich weiß, dass dieser Brief im Kanzleramt behandelt wurde, aber ich bekam nie eine Antwort. Später hatte ich in einem Gespräch mit Kohl einmal die Möglichkeit, ihn daraufhin anzusprechen. Er nannte mir als seine Motivation, dass es ihm darum ginge, für die CDU in der DDR eine Mehrheit zu schaffen, eine starke CDU zu schaffen und damit die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung zu bekommen. Es war also eine klare machtpolitische Entscheidung, diese kommunistische Partei in die demokratische CDU zu integrieren.

Sehr wichtig ist auch, sich noch einmal die revolutionäre Situation im Herbst '89 zu vergegenwärtigen. Denn auch da liegen einige Ursachen für den ungenügend konsequenten Umgang mit der Vergangenheit. Dazu gehört, dass die Situation nach dem Mauerfall von einer großen Bereitschaft zum Dialog und vor allem vom Verzicht auf Gewalt geprägt war. Es war eine friedliche Revolution, dazu stehe ich nachdrücklich. Aber weil es eine friedliche Revolution war, war es auch eine Revolution, die nicht konsequent die Vorgänger beseitigte – so wie es Revolutionen normalerweise an sich haben. Wir haben vielmehr versucht, mit den Verantwortlichen, also den Funktionsträgern der SED und der Blockparteien, im Dialog zu sein und dadurch zu verhindern, dass es zu gewaltsamen Reaktionen des Staates kommt. Dadurch wollten wir aber auch die Möglichkeit schaffen, dass es sehr schnell und sehr bald zu freien Wahlen kommt, denn das war unser Hauptziel. Am 18. März, am Jahrestag der Märzrevolution von 1848, konnte die erste freie Volkskammer gewählt werden. Das hatte aber eben die Konsequenz, dass wir vieles von dem mitschleppten, was in der SED und in den Blockparteien war. Ich habe zwar am Runden Tisch den Antrag gestellt, den Staatssicherheitsdienst der DDR zur kriminellen Vereinigung zu erklären. Es wäre richtig gewesen, das zu tun, aber ich habe dafür keine Mehrheit gefunden.

Es hätte auch die Möglichkeit gegeben, im Verlauf der Entwicklungen zu den Volkskammerwahlen hin die SED zu verbieten und zu entmachten. Es gab mindestens eine reale Chance, und zwar Mitte Januar 1990, als es zu einem nächtlichen Gespräch zwischen der Regierung Modrow und Vertretern der neuen Gruppierungen und Bürgerbewegungen und der SDP kam. Als Ergebnis wurde eine Regierung gebildet, in die fünf Minister ohne Geschäftsbereich aus den Bür-

gerrechtsbewegungen und der SDP gingen. In dieser Nacht hätten wir fraglos – rückschauend gesehen – die Macht übernehmen können. Doch niemand aus den Bürgerbewegungen war darauf vorbereitet, Macht zu übernehmen. Wir wussten, was wir nicht wollten, aber wir wussten nicht, was wir wollten. In diesem Zusammenhang erzähle ich gern eine Episode, die mir sehr bezeichnend scheint. Als wir am 12. September 1989 die Bürgerbewegung »Demokratie Jetzt!« gegründet hatten, war ja unser entscheidender Schritt, mit unserem Aufruf an die Öffentlichkeit zu gehen, und zwar mit Name und Hausnummer, um als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und diesen Aufruf überall zu verteilen. Natürlich habe ich den Aufruf auch in meinem Betrieb verteilt, im DEFA-Studio für Dokumentarfilme in Berlin. Daraufhin wurde ich zum stellvertretenden Minister für Kultur, Horst Pehnert, einbestellt, und es kam zu einem Gespräch unter vier Augen – normalerweise fanden solche Gespräche immer in Anwesenheit mehrerer Leute statt. Der Minister hatte den Aufruf von »Demokratie Jetzt!« auf dem Tisch liegen und stellte mir nur eine Frage: »Und was macht Ihr, wenn Ihr die Macht habt?« Da bin ich fast vom Stuhl gefallen, denn Macht, das war das Letzte, was ich im Sinn hatte, als ich diesen Aufruf mit unterschrieben habe. Das war aber sehr kennzeichnend.

Man kann sagen, es war ein Fehler, dass wir keine Konzepte für die Machtübernahme hatten, das ist sicher richtig. Aber aus dieser Situation heraus, in der die Bürgerrechtsbewegung in der DDR gelebt hat und aus der heraus die Bürgerrechtsbewegung entstanden ist, war das anders gar nicht möglich. Ich glaube, es ist auch das Ergebnis eines aus meiner Sicht sehr bedauerlichen Mankos der Bürgerrechtsbewegung, dass es keine wirklichen Traditionslinien zu denen gab, die in der DDR in den 50er Jahren im Widerstand waren, und dass es in der Bürgerrechtsbewegung im Allgemeinen eine relativ starke Abgrenzung zu den so genannten »Ausreisern« gab. Ich gehöre zu denen, die bewusst in der DDR geblieben sind. Ich hätte die Möglichkeit gehabt zu gehen. Ich wollte aber als Christ in der DDR leben und das Land nicht den Kommunisten überlassen. Aber ich gehöre nicht zu denen, die das Ausreisen verurteilt haben, denn ich habe viele meiner Freunde erlebt, die nach Drangsalierungen wirklich am Ende waren und den Ausreiseantrag gestellt haben, dann entweder in den Westen konnten oder ins Gefängnis kamen. Viele in der Bürgerbewegung haben das aber anders gesehen. Im Übrigen finde ich es sehr spannend, dass es auch in der Zeit des Nationalsozialismus und danach genau diese Diskussion gegeben hat zwischen denen, die im nationalsozialistischen Deutschland geblieben sind, und denen, die emigriert sind.





BOUVIER: Vielen Dank, Konrad Weiß. Sie haben ein Panorama gezeichnet, das sehr viel davon angesprochen hat, was aus der Rückschau vielleicht schiefgelaufen ist. Es ist natürlich die Krux der Friedlichen Revolution, das nicht mit Gewalt operiert oder einfach Tabula rasa gemacht wurde. Das ist eine fast zwangsläufige Folge einer friedlichen Revolution. Aber wir sehen, dass dabei Prozesse in Gang gesetzt wurden, die jetzt möglicherweise aufbrechen und aufgearbeitet werden müssen. Jetzt möchte ich Johannes Gerlach das Wort geben.

JOHANNES GERLACH: Ich denke, dass die Blockparteien, ganz speziell in der Umbruchzeit 1989/90, eine ideale Rückzugsplattform für die Bevölkerung waren. Ich stehe bis heute auf dem Standpunkt, dass so etwas wie eine kollektive Vergangenheitsbewältigung bis heute nicht stattgefunden hat. Ich neige auch eher zu der Auffassung, dass sie von der Erlebnisgeneration auch nicht gemacht werden wird. Dann muss man sich nämlich den Fragen stellen: Was hast du gemacht? Wo hast du mitgemacht? Wo hättest du etwas sagen können? Und das tut weh und ist nicht angenehm. Auch für die, die in der Friedensbewegung mitgemacht haben. Ich empfehle ihnen das Buch »Gefühlsstau« von Hans-Joachim Maaz, das er 1990 geschrieben hat. Weil diese Fragen so unangenehm sind, gab es Leute, an die man sich anlehnen und über die man sagen konnte, die haben auch ein bisschen mitgemacht, aber wir waren ja alle keine Schweine. Und man findet immer Leute, die viel schlimmer waren als man selbst.

Der kollektive Buhmann, der am Ende übrig blieb, war die Stasi als Institution. In den Anfangsjahren der Politik – ich war auch in der Volkskammer – habe ich erlebt, wie man eigene Versäumnisse und eigenes Mittun, ganz speziell in Blockparteien, damit abgetan hat zu sagen, so ein Schwein wie die bei der Stasi war ich nicht. Ich sage das einmal so drastisch. Die Bandbreite, die dafür benutzt wird, sich selbst ein Stück weit reinzuwaschen, war groß. Die Blockpartei war dafür ideal. Man vergisst oft, dass man von einem Eisberg nur die Spitze sieht, aber was unten drunter ist, was ihn trägt, sieht man nicht. So ähnlich ist das bei einer Partei, die in der großen Masse von denen getragen und geleitet wird, die in irgendeiner Form ins System eingebunden waren. Und an der Spitze werden auch Bewegungen und Tendenzen sichtbar, die genau in diese Richtung gehen. Ich verurteile das nicht, ich versuche es zu beschreiben.

BOUVIER: Vielen Dank, Herr Gerlach. Sie haben gleichzeitig ein Stichwort geliefert, das ein Historiker wie Herr Henke sich nicht entgehen lassen wird. Es liegt nun auf der Hand zu fragen, wie es eigentlich nach 1945 mit der »kollektiven Vergangenheitsbewältigung«, dem kollektiven Verdrängen und dem Nichtaufarbeiten durch eine Generation, dem Warten auf eine andere Generation war.

KLAUS-DIETMAR HENKE: Ich kann an das anknüpfen, was Herr Weiß und Herr Gerlach gesagt haben. Die Bürgerrechtsbewegung hat sich in meinen Augen überhaupt keinen Vorwurf zu machen. Sie sind die »Helden des Übergangs«, wie sie Hans Magnus Enzensberger genannt hat. Ohne die revolutionäre Bürgerbewegung wäre nichts in Gang gekommen. Ich glaube, dass die ostdeutsche Bürgerbewegung, die zunächst eine sehr kleine Minderheit und von der allgemeinen Bevölkerung sehr weit weg war, etwas geleistet hat, was wir nicht hoch genug einschätzen können. Sie hat nämlich unsere Nation mit sich selbst versöhnt. Sie war es, die den Weg zur Wiedervereinigung bereitet hat. Es waren nicht Gorbatschow, Kohl oder Bush – sie auch, aber wenn die Bürgerbewegung und die Menschen Ostdeutschlands am, sagen wir, 23. November beschlossen hätten, den Protest einzustellen, wäre der Wiedervereinigungsprozess gescheitert. Das ist allerdings noch nicht tief genug in das Bewusstsein der Nation gedrungen.

Warum hat die Bürgerbewegung die Nation mit sich selbst versöhnt? Diese Entspannung ist sehr deutlich zu spüren, wenn ich es zum Beispiel mit den 60er Jahren und folgenden vergleiche. Die Bürgerbewegung hat gezeigt, dass in Deutschland, in dem Obrigkeitsstaatlichkeit Tradition hat, eine erfolgreiche Freiheitsbewegung möglich ist. Es war ihr Verdienst, dass sie nicht mit Gewalt die Macht übernommen hat. Das wäre damals auch gar nicht möglich, sondern selbstmörderisch gewesen.

Nun, nach der emotionalen Wucht der Zeitzeugenberichte in der vorherigen Podiumsdiskussion, fällt es mir etwas schwer, zur Nüchternheit der Wissenschaft zurückzukehren. Ich will es trotzdem versuchen. Aufarbeitung war noch vor 40 Jahren eine Art Schimpfwort. Heute ist Aufarbeitung ein zentrales Thema der deutschen Diskussion und wird es auch bleiben. Aufarbeitung wurde in den letzten 60 Jahren gewissermaßen zu einer gesellschaftlichen Norm. Wer nicht aufarbeiten will, ist nicht akzeptabel. Das hängt natürlich mit den sehr großen Mühen zusammen, die wir hatten, um die nationalsozialistische Diktatur aufzuarbeiten, die unendlich viel grausamer war als die Diktatur der SED. Es dauerte Jahrzehnte, bis wir das Bild des Nationalsozialismus in unserem Geschichtsbild sicher verankert hatten. Das ist vielleicht erst seit fünf bis zehn Jahren irreversibel der Fall. Erst die Gedenkstättenkonzeption des Beauftragten für Kultur und Medien hat endgültig festgeschrieben, wie sich diese beiden Diktaturen zueinander verhalten. Es war ein jahrzehntelanger Kampf, um das zu erreichen.

Von der SED-Diktatur gibt es noch kein allgemeines, konsensfähiges Bild in der Gesellschaft. Aber, Gott sei Dank, nicht Aufarbeiten ist – anders als in Russland oder Polen – in Deutschland keine Option mehr. Obwohl Frau Naumann in der vorherigen Diskussion gesagt hat, wir müssten endlich mit der Aufarbeitung beginnen, bin ich – wenn ich mir das erlauben darf – doch anderer Auffassung. Aus meiner Perspektive gab es in der modernen Geschichte noch niemals eine post-diktatoriale Phase, in der Aufarbeitung derart intensiv war wie in der neuen Bundesrepublik seit 1990.

Wir können das mit den Jahren nach 1945 vergleichen. Viele von Ihnen haben miterlebt, was für eine Quälerei die Aufarbeitung über Jahrzehnte hinweg war, bis zum Historikerstreit in den 80er Jahren. Wir können die Aufarbeitung in Deutschland aber auch mit der Aufarbeitung in osteuropäischen Staaten vergleichen. Und da zeigt sich: Die osteuropäischen Staaten kommen zu Herrn Mählert in die Stiftung Aufarbeitung oder in die Birthler-Behörde, um Rat und Hilfe zu suchen, weil sie in ihren Ländern enorme Schwierigkeiten haben. In der Bundesrepublik haben wir es durch die Wiedervereinigung 1990 natürlich einfacher gehabt, das muss man auch sehen.

Mein zweiter Punkt ist die CDU. In der wissenschaftlichen Debatte – und Sie haben zu Recht gesagt, dass wissenschaftliche Debatte und öffentliche Diskussion etwas radikal Verschiedenes sind – gibt es gar keinen Dissens über die CDU. Es gibt auch keinen Dissens über die SED-Diktatur. Es ist sonnenklar, dass die DDR eine Diktatur und ein Unrechtsstaat war. Es gibt gar keine echten Kontroversen über den Charakter dieser Disziplinierungsgesellschaft, die in vielen ihrer



Herrschaftsmechanismen totalitärer war als die Nazidiktatur. Ich sage das ein bisschen provozierend. Ich meine damit nicht ihre moralische Qualität und ihre Verbrechen. Aber die Art, wie der Honecker-Mielke-Sozialismus versucht hat, bis in die Gehirne der Menschen vorzudringen, das hatte hochgradig totalitäre Qualität.

Die kommunistische CDU war ein scheindemokratisches Feigenblatt vor der Herrschaft der SED. Sie war Teil des Systems, hatte relativ wenig Entscheidungskraft, hat die Bevölkerung aber trotzdem übel gequält. In den 70er Jahren war die CDU die treibende Kraft, die letzten Selbstständigen aus ihren Geschäften und Tante-Emma-Läden zu treiben. Die DDR-CDU hat sich als Letzte vom Regime gelöst, als die Bürgerbewegung schon längst auf den Straßen war. Noch nach dem 9. November 1989 sprach sie von der Bedeutung des Blocks und der führenden Rolle der SED. Die Geschichte ist eine ziemlich peinliche.

Ich möchte Ihnen einige Urteile über die Ost-CDU aus den Jahren 1990 zitieren. Der bedeutende Bürgerrechtler Arnold Vaatz aus Dresden sagte, dass die CDU

eine verkappte SED sei. Der spätere Justizminister und kurzzeitige Bundespräsidentenkandidat Steffen Heitmann sagte, die CDU-Funktionäre seien viel schlimmer gewesen als die SED-Funktionäre, denn bei Letzteren wusste man, woran man war. Andere sagen, gerade Christen hätten sich von der CDU ferngehalten, weil die Ost-CDU mit dem C nichts am Hut hatte. Arnold Vaatz hat noch etwas gesagt, und zwar in Anspielung auf einen Fall in den 50er Jahren in der Bundesrepublik: Globke, der Staatssekretär im Kanzleramt, war Kommentator der nationalsozialistischen Rassengesetze. Damals war das ein großes Thema: Wie konnte ein Mann, der die Nürnberger Rassengesetze kommentiert hat, die rechte Hand von Bundeskanzler Adenauer werden. Vaatz hat dazu gesagt: Wir dürfen die alten »Blockies«, wie er sagte, jedenfalls die Funktionäre, nicht aufnehmen, weil wir sonst noch Jahrzehnte an dem Globke-Syndrom knabbern werden. Innerhalb der CDU sind also die allermeisten aus den Blockparteien und die wenigsten aus der Bürgerbewegung.

In Sachsen haben die wenigen aus der Bürgerbewegung einen relativ guten Erfolg in ihrem Kampf gegen die Altblockies. Lothar de Maizière, der heute mitunter gescholten wird, hat nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden der Ost-CDU versucht, einiges zu verändern. Wir haben von der Ost-CDU aus der Zeit vor der Wiedervereinigung sogar Schulbekenntnisse. Die Ost-CDU sagte, sie sei Mittäter gewesen. Wo hört man das heute in der CDU? Ich sehe es genauso wie Konrad Weiß. Sein wunderbarer Brief an Kanzler Kohl hat es genau aufgespießt. Der Impetus zu einer Selbstreinigung, zu einer Säuberung der CDU und der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte hatte keinerlei Folgen in der vereinigten CDU. Noch auf dem Stuttgarter Parteitag vor einigen Wochen wurde gesagt, die Ost-CDU habe erheblichen Anteil an der Friedlichen Revolution gehabt. Es lagen ganz andere Anträge, zum Beispiel von Halle, vor, und es ist das Verdienst meines jungen Kollegen Lühmann, dies deutlich gemacht zu haben. Dieser Impuls ist in der CDU aus macht- und wahltaktischen Gründen 20 Jahre lang einfach versackt. Jetzt kommt er in Gestalt des sächsischen Ministerpräsidenten wieder ein wenig an die Oberfläche. Gestern hat ein Gericht in Hamburg entschieden, dass die Personalbögen des Ministerpräsidenten aus der Zeit, als er in Kamenz stellvertretender Vorsitzender des Rates des Kreises war, für die Forschung und die öffentliche Debatte herausgegeben werden müssen.

Ich weiß allerdings, dass die SPD ebenfalls einige dicke Hunde in ihren Reihen hat. Ich erinnere nur an den ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg. Die Unaufrichtigkeit, bezogen auf die Blockvergangenheit, bündelt sich im Fall Tillich wie in einem Brennglas und schadet der Glaubwürdigkeit dieser großen,



konservativen Partei, der wir die Wiedervereinigung in Gestalt von Bundeskanzler Kohl wesentlich mitverdanken. Diese Partei könnte es sich leisten, offener mit ihrer eigenen Vergangenheit umzugehen. Dazu müssen wir sie immer wieder auffordern, Herrn Nooke oder Herrn Vaatz beispielsweise.

BOUVIER: Vielen Dank für diese engagierten Worte. Ich möchte dem jungen Kollegen Lüthmann nun das Wort geben.

MICHAEL LÜTHMANN: Danke. Ich möchte kurz noch einmal darauf zurückkommen, wie die CDU ihre Aufarbeitung gestaltet hat. Das ist nämlich wirklich ein sehr trauriges Kapitel. 1991 gab es, unter anderem initiiert von Arnold Vaatz und Angela Merkel, den Versuch, auf dem Dresdner Parteitag auf einem Podium über die eigene Vergangenheit zu sprechen. Es wurde auch tatsächlich sehr offen gesprochen. Arnold Vaatz sagte, dass bei dem, der vom Saulus zum Paulus werden wolle, das Bekenntnis vorher stehen sollte, dass man selbst einer der Schlimmsten war. Das ist bis heute ausgeblieben. Es ist schon interessant, dass die CDU es 2008 für nötig hielt, auf 1991 zu verweisen, um ihre eigene Aufarbeitung zu beweisen. Während dieser 18 Jahre ist aber scheinbar nichts weiter passiert. Bis 2008 die CDU dann feststellte, dass sie an einer Diktatur mitgewirkt hat. Mitwirkung ist ein qualitativ sehr schwaches Wort. Lothar de Maizière hatte das 1990 auch noch ganz anders ausgedrückt. Da sprach er von Mitschuld am moralischen Verfall der gesamten Gesellschaft.

Man muss sich fragen, warum die CDU eigentlich einen solchen Fehler macht. Sie könnte natürlich ihre Vergangenheit aufarbeiten. Mit Kohl und der deutschen Einheit hat man doch einen positiven Kontrapunkt. Man hat Leute wie Vaatz in den eigenen Reihen, Steffen Heitmann, Dagmar Schipanski, Heinz Eggert. Alles durchaus probate Menschen, mit denen ein Neuanfang in der CDU möglich gewesen wäre. Man kann sich auch die Biografie von Angela Merkel genauer anschauen. Sie wollte 1990 in Brandenburg Parteivorsitzende werden. Sie gehörte damals, das glaubt man heute kaum noch, zu den Neuerern in der Partei, die den Konfrontationskurs suchten. Angela Merkel wurde auf dem Parteitag abgestraft. Gewählt wurde ein Westvertreter von einer Partei, die mit 86,2 Prozent Altkadern im Landtag saß. Das erklärt dann auch in weiten Teilen, warum eine Aufarbeitung in den CDU-Landesverbänden gar nicht stattfinden konnte. Aber das war der Inhalt sämtlicher CDU-Beschlüsse: Die Aufarbeitung der CDU-Vergangenheit müsse in den Landes-, den Kreis- und den Ortsverbänden stattfinden. Wenn man sieht, dass in den Parlamenten zwischen 60 und 80 Prozent Altkader waren, ist das dann doch eine Farce.

Man kann als Parteienforscher versuchen, wahlsoziologisch zu erklären, warum die CDU das macht. Die größte Gruppe der Wählerschaft der CDU sind ältere Personen, die zu den so genannten Aufbaujahrgängen gehören, also um die 30er Jahre geboren wurden. Dort haben die CDU und auch Die Linke ihre stärkste Wählerschaft. Das Umfrageinstitut Emnid hat neulich festgestellt, dass die Linkspartei bei den 18- bis 24-Jährigen nur auf zwei Prozent kommt – das ist dann doch wieder ein Hoffnungszeichen.

BOUVIER: Vielen Dank. Mir drängt sich jetzt folgende Frage auf: Wir haben es bei den Blockparteien insgesamt mit einer Mitgliederzahl von etwa 500 000 zu tun. In der CDU waren es zum Schluss etwa 120 000. Halten Sie es für möglich, dass die Auseinandersetzung um die Blockvergangenheit eine Stellvertretung ist, um nicht zu sagen, es geht jetzt um kollektive Vergangenheitsbewältigung? Denn nach allem, was man über die soziale Zusammensetzung und das Verhalten in den Blockparteien weiß: Ist das auch ein Mehrheitsverhalten der Bevölkerung, das sich da spiegeln könnte? Hat diese Diskussion um die Blockparteien eine Stellvertreterfunktion, weil man die kollektive Vergangenheitsbewältigung noch nicht ganz angehen kann bzw. weil die Bevölkerung noch nicht in der Lage ist zu fragen, wie man selber in das System verstrickt war? Ich möchte nun nicht von großen Tätern reden. Aber eines ist doch symptomatisch für Diktaturen: Jede Form des Sich-gesellschaftlich-Rührens heißt, dass man in das System verstrickt ist. Man wird nicht besonders schuldig, aber man ist involviert. Sich das einzuge-

stehen, gehört ja zu den Formen der Aufarbeitung des Lebens in einer Diktatur. Aber die Form der Selbstreflexion findet bis jetzt nur in Teilen statt. Ist die jetzt aufbrechende Diskussion um die Blockparteien auch gleichzeitig eine Diskussion um das Verstricktsein einer Mehrheit von Menschen in ein System?

WEISS: Ich muss gestehen, dass ich meine Schwierigkeiten mit dem Begriff »kollektive Vergangenheitsbewältigung« habe. Ich glaube, dass man Vergangenheit nicht bewältigen und auch nicht aufarbeiten kann, sondern dass man sie bestenfalls bearbeiten kann. Aufarbeitung oder Bewältigung hieße, dass da etwas heil wird, was zerstört oder verletzt wurde. Die Folgen einer 40 Jahre dauernden Diktatur können meiner Meinung nach nicht völlig geheilt werden. Ich habe auch meine Probleme mit dem Kollektiv, weil für mich Schuld immer etwas Individuelles ist. Ich möchte hier einmal etwas tun, was ich sehr selten tue, nämlich einen SED-Funktionär zitieren, Roland Wötzel, den Bezirkschef der SED in Leipzig. Im Januar 1990 schrieb er im »Neuen Deutschland«: »Vielleicht müßten wir so etwas machen wie die Evangelische Kirche nach 1945, so etwas wie ein Stuttgarter Schuldbekennnis; vielleicht müßten wir sagen, wir haben nicht genug gerufen, nicht laut genug gesagt, daß Schluß sein muß.« Für mich war das damals ein revolutionärer Satz, der aber keine Konsequenzen hatte. Es geht also um die individuelle Schuld. Und es ist ganz klar, dass jeder, der in der DDR, der in einem totalitären Regime gelebt hat, in dieses Regime verstrickt war. Ich habe mir Fragen zu stellen, die ich mir auch immer gestellt habe und über die ich auch spreche. Ich habe mir Fragen über das zu stellen, was ich getan und was ich nicht getan habe. Ob meine Hoffnungen realistisch waren oder ob ich dadurch nicht zu einem Werkzeug wurde. Ob ich nicht zu blauäugig war. Ich denke, dass es ohne diese persönliche Auseinandersetzung nicht wirklich vorangeht. Nun weiß ich aber auch, dass man von einer großen Mehrheit nicht unbedingt eine intensive persönliche Auseinandersetzung im politischen Bereich erwarten kann. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld ist ja durchaus etwas Christliches, die DDR-Gesellschaft aber war mehrheitlich atheistisch. Es scheint mir eines der Kernprobleme zu sein, dass dieses Wissen um Schuld, Schuldbekennnis und Verggebung in dieser Gesellschaft verlorengegangen ist und deshalb auch nicht genutzt werden kann.

GERLACH: Ich möchte einmal erklären, was ich unter Aufarbeitung verstehe. »Aufarbeitung« heißt für mich, dass ich die Fakten an mich heranlasse. Das Gegenteil davon ist Verdrängung. Ich bin kein Historiker, habe keine Umfragen gemacht, aber ich denke, dass weit über 90 Prozent diese individuelle Schuld nicht auf sich nehmen. Warum passiert das Ganze heute? Ich beginne mit einem



Beispiel von 1989/90. Damals wohnte ich in einem kleinen Dorf in der Nähe von Limbach-Oberfrohna. Es war bekannt, dass ich in der Friedensbewegung war und dann in die SDP eingetreten bin. Für mich war es ein Aha-Effekt, als einer von der CDU im Dorf zu mir sagte: »Na, du roter Sack.« Er hat sich von etwas freigemacht, indem er sich ein neues Feindbild aufbaute – und das war ich.

Aus meiner Sicht haben wir zwei Bewegungen, die sich entweder bedingen oder auch einfach nur nebeneinander herlaufen. Auf der einen Seite sehe ich die Bemühungen, durch das Anwachsen der Linken den Einfluss der SPD klein zu reden, indem man sagt, ihr seid ja auch nichts anderes, ihr seid ja die neuen Roten, so wie die alten. Dagegen kommt eine Abwehrreaktion, die von Einzelnen sehr bewusst betrieben wird, die dann sagt, ja wer seid denn ihr, ihr seid doch schon immer die Alten und wart noch nie etwas anderes. Das spielt sich im politischen Bereich ab, da gibt es eine Menge an Scharmützeln. Das zweite ist das Private und Gesellschaftliche, wo eine neue Generation Fragen an ihre Eltern stellt. Es werden Fragen gestellt wie: Habt ihr das damals nicht gewusst? Habt ihr das nicht gesehen? Warum ist das überhaupt so gelaufen? Für mich war es Ende der 80er Jahre unerträglich, dass man genau das Gegenteil von dem erlebte, was in den Zeitungen von tiefer brüderlicher Verbundenheit des Volkes mit der Partei- und Staatsführung stand. Das bekommen junge Leute mit. Außerdem ist die Frage, warum wir es nicht schaffen, dass junge Leute heute kein verklärtes, sondern ein einigermaßen realistisches Bild von der DDR mitbekommen. Diese netten zwischenmenschlichen Beziehungen waren für jemanden, der nicht angepasst gelebt hat, oft unerträglich. All das vermischt sich heute. Der Fall Tillich ist für mich nur ein Beispiel dafür, dass etwas an einer Person zugespitzt wird, was auf breiter Ebene nicht diskutiert wird.

BOUVIER: Vielen Dank, Herr Gerlach. Ich möchte gleich an Herrn Henke weitergeben.

HENKE: Dass Sie, Herr Gerlach, plötzlich für jenen Herren ein »roter Sack« waren, liegt wahrscheinlich daran, dass Sie dem ein bisschen antiautoritär vorkamen. Die DDR war ja ein hochautoritärer Staat. Wer die Autorität nicht schätzt, sondern dagegen anstinkt, der ist dann eben irgendwie links.

Ich möchte aber an Ihre Aussage anknüpfen, dass die Blockparteien eine ideale Rückzugsplattform auch in der Zeit der Friedlichen Revolution waren. Menschen wie Sie in der Friedensbewegung der 80er Jahre und die breite Bevölkerung der DDR – wenn ich so pauschal reden darf – waren, wie gesagt, zwei total unterschiedliche Stiefel. Die Identifikation mit der Friedensbewegung war bis September 1989 minimal. Die Bürgerrechtler sahen anders aus, sie haben anders gespro-



chen und sich anders verhalten. Sie waren eben nicht mainstream – das machte ja ihren Mut aus. Da können Sie auch nicht verlangen – und Sie haben es ja auch nicht verlangt –, dass sich die breite Bevölkerung damals oder gar heute mit Ihnen identifiziert. Denn Sie sind ja ein lebendes Beispiel dafür, dass man nicht alles hinnehmen musste. Das ist schon schwierig für die schweigende Mehrheit. Das ist in allen Diktaturen das Gleiche. Es gibt eine viel größere Identifikation in der Bevölkerung mit den Konformisten. Das ist jedoch kein moralisches Urteil. Wer sich in der DDR angepasst hat, weil zum Beispiel seine Kinder studieren sollten, ist moralisch nicht verwerflich. Die meisten identifizieren sich also stärker mit den Konformisten als mit den Revolutionären. Aus dieser Isolation ausgebrochen zu sein ist das Verdienst der Bürgerrechtsbewegung.

Die Umstände waren günstig, aber Revolutionen finden immer unter günstigen Umständen statt. Sind die Umstände nicht günstig, werden Revolutionen eben niedergeschlagen. Es gibt übrigens eine sehr gute Parallele: Die deutsche Bevölkerung – ich nehme sie jetzt wieder als Ganzes – hat sich am 20. Juli 1944 keines-

wegs mit Stauffenberg identifiziert. Ganz im Gegenteil: Die Gestapo-Berichte sprechen von der Erleichterung des deutschen Volkes darüber, dass die Vorsehung ihre Hand schützend über den Führer gehalten habe. Diese Phänomene sind also wiederholbar und auch bis zu einem gewissen Grad erklärbar.

Der Begriff »kollektive Aufarbeitung« gefällt mir auch nicht so gut. Was aber gemeint ist: Wie lange dauert es, bis sich eine Bevölkerung, die unter einem bestimmten System gelebt und auch gelitten hat, über die Mechanismen und ihre eigene Rolle klar wird? Ich glaube, dass die Imprägnierung durch die Nazizeit oder die SED-Zeit erst nach drei Generationen wieder vollkommen weg ist. An meinem eigenen Beispiel kann ich das erläutern. Mein verstorbener Vater war ein überzeugter Nationalsozialist. Ich selbst habe vielleicht nicht ganz von ungefähr Geschichte studiert und über die Entnazifizierung gearbeitet. Mein Sohn ist davon völlig frei. Diese Imprägnierung, die es bei uns in der Familie gab, ist erst jetzt weg. Es ist aber nicht sonderlich schlimm, dass es auch mit der DDR drei Generationen dauert. Wenn wir nicht so aufarbeiten, wie mancher sich das wünscht, ist es diesmal insofern ungefährlich, als es heute nicht demokratiedestabilisierend wirkt – davon kann heute keine Rede sein. In den 60er Jahren war das ganz anders.

Abschließend möchte ich noch darüber sprechen, wie man sich Aufarbeitung vorzustellen hat. Es gibt die Vorstellung, Aufarbeitung bzw. Auseinandersetzung mit der Vergangenheit müsse nach ethisch-moralischen Kriterien stattfinden, sich überall verbreiten, sich überall durchsetzen – gewissermaßen Aufarbeitung in einem moralischen Reinst-Raum. Das ist eine falsche Vorstellung. Aufarbeitung ist ein ganz normaler Interessenkonflikt zwischen Leuten, die etwas bewegt haben, Leuten, die etwas zu verstecken haben, Leuten, die etwas werden wollen usw. Es ist also eine normale politische Auseinandersetzung. Es geht in der politischen Auseinandersetzung gar nicht um Vergangenheit, sondern um Gegenwart. Es geht darum, wer sich aus der großen Grabbelkiste der Geschichte die besseren Argumente holt, um im politischen Kampf zu punkten. Die Leiden einer Diktatur sind niemals zu heilen. Diese Wunden bleiben. Deshalb ist es so extrem wichtig, der jungen Generation frühzeitig klarzumachen: Wenn eine Diktatur erst einmal etabliert ist, dann ist nichts mehr zu machen. Deswegen gibt es ja die Demokratie-Erziehung.

Ich möchte zum Schluss noch etwas zu Schuld und Verantwortung sagen. Ich würde den Begriff Schuld nicht im christlichen und im juristischen Sinne in Bezug auf die Aufarbeitung verwenden. Wenn man zum Beispiel als Stasivernehmer persönlich schuldig geworden ist, wurde man vielleicht verurteilt, wahr-

scheinlich aber nicht. Worum es hier bei der Aufarbeitung geht, ist Verantwortung. Sage uns, was du in dem alten Regime getan hast, und dann entscheiden wir als Gesellschaft darüber, ob wir dir in einer wichtigen Position – im Landratsamt oder im Parlament – vertrauen können. Aufarbeitung in diesem Sinne ist Demokratiesicherung. Wir wollen nicht die alten Diktaturstützen in wichtigen Positionen haben. Wir müssen allerdings eine klare Trennung zwischen den Verantwortlichkeiten machen. Es gibt die breite Bevölkerung, die sich in der Regel opportunistisch verhält, und die politisch Verantwortlichen. Von den Verantwortlichen müssen wir verlangen, dass sie ehrlich und deutlich sagen, was sie früher gemacht haben. Aufarbeitung ist eine Frage der persönlichen Glaubwürdigkeit. Vaclav Havel hat einmal gesagt: Kein Leben in der Lüge, sondern Leben in der Wahrheit. Das dürfen wir von unseren Politikern, erst recht von einem Ministerpräsidenten, auch verlangen.

LÜHMANN: Der Fall Tillich hat eigentlich einen anderen Zugang zur SED-Diktatur ermöglicht, denn es war nicht mehr der böse Stasionkel, den wir alle kennen und zu Recht verabscheuen, es war nicht mehr der SED-Funktionär, sondern der kleine Kreisfunktionär, der mehr oder minder Schuld auf sich genommen hat – das möchte ich gar nicht beurteilen. Man bekommt so einen einfacheren Zugang, weil man wesentlich lebensnaher in die Aufarbeitung hineingehen könnte. Dazu kommt, dass die CDU-Altlieder in der DDR eben nicht weit aufgestiegen sind. Und in dem Moment wird es gefährlich, wo die CDU die Aufarbeitung selbst unterlässt, denn es kann passieren, dass Oskar Lafontaine hauptamtliche Stasileute, die wirklich Verbrechen begangen haben, mit Leuten wie Althaus, der in jungen Jahren die Jugendweihe haben hochleben lassen, gleichsetzen kann. Das darf meiner Meinung nach nicht passieren, weil man dann das Elend, das die Stasi und die SED über die Menschen gebracht haben, deutlich verringert. Oskar Lafontaine und alle anderen in der Linkspartei machen das sehr, sehr deutlich und versuchen es immer wieder. Als man Herrn Bartsch bei einem Gespräch neulich auf die Mauertoten ansprach, erzählte er von dem einen DDR-Grenzer, der durch einen Querschläger getötet wurde, und ließ alle anderen Opfer unter den Tisch fallen. In Ostdeutschland haben wir 56 Jahre Diktaturerfahrung zu verdauen. Man sollte nicht vergessen, wie schmerzhaft die Aufarbeitung auch in der Bundesrepublik der 60er Jahre war, wie aufgeladen die Stimmung noch 1985 war, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker heftige Kritik dafür erntete, weil er im Zusammenhang mit dem Kriegsende 1945 von einer deutschen Niederlage sprach. Schon hier zeigt sich, dass die zwölf Jahre NS-Diktatur mindestens eine, eher zwei Generationen brauchten, um die düstere Vergangenheit aufzuarbeiten



und die Lehren daraus im Gewissen des Volkes zu verankern. Das Beispiel zeigt, welch langer Weg noch vor den Ostdeutschen liegt, die Geduld darf und sollte man aufbringen. Nun reden wir über 56 Jahre Diktaturerfahrung, und das braucht wahrscheinlich viel mehr Zeit. Denn es gibt kaum Anknüpfungspunkte an Demokratie. Das ist dann auch wieder etwas Wahlsoziologisches: In der Sozialdemokratie gibt es einen deutlich überproportionalen Anteil an alten Sozialdemokraten, die vermeintlich noch von ihren Eltern aus der Weimarer Republik sozialdemokratisch erzogen wurden. Ansonsten existieren diese Wählertraditionen im Osten ja fast gar nicht mehr. Das alles muss erst wieder gelernt werden. Auch das gehört zur Aufarbeitung.

Zur Frage der Schuld: Es gab gerade die Debatte um Dieter Althaus, ob er denn nach seinem Skiunfall Schuld fühlen könne. Das Problem ist dabei – wenn man den Psychologen glaubt –, dass er sich nicht daran erinnert. Um also Schuld zu fühlen, muss man eine Tat bewusst begangen haben. Bei den vielen, vielen Menschen, die nicht in Stasiverhören andere drangsaliert haben, ist es schwierig, ihnen Schuld vorzuwerfen oder ihnen eine Tat nachzuweisen. Das ist auch völlig unnötig, weil es gemeinhin selten Täter waren, sondern vielfach opportunistisch angepasste Menschen in einem System, über das zu urteilen ich in meinem Alter sowieso nicht in der Lage bin.

Es geht bei der Aufarbeitung auch um Mehrheitsverhältnisse in Ostdeutschland. Zwei oder drei Millionen Menschen waren auf der Straße, aber es blieben eben auch 13 Millionen Menschen zu Hause. Es ist eine große Aufgabe, auch die zu erreichen. Und das funktioniert nicht, indem wir immer mit dem moralischen Dogma kommen. Es ist zwar richtig, dass immer wieder daran erinnert wird, aber gleichzeitig müssen wir die Geschichten auch ein bisschen einfacher erzählen. Joachim Gauck hat das hier vor ein paar Jahren getan. Er hat die Geschichte eines kleinen Mädchens erzählt, dessen Mutter immer Probleme hatte, wenn es kam und sagte, es wird jetzt Pionier und dann Thälmannpionier. Die Mutter nahm sich dann immer mehr mit ihrer Meinung zurück, um das Kind zu schützen. Das sind die Geschichten, die wir erzählen müssen, wenn Eltern ihre Kinder heute in die Schulen geben und sich nicht mehr so verhalten müssen. Damit erreicht man die Menschen viel eher, gerade auch in Westdeutschland. Ich erlebe das täglich.

BOUVIER: Vielen Dank, Herr Lühmann. Herr Weiß, Sie wollten noch etwas ergänzen.

WEISS: Ich halte es für sehr wichtig, dass man sich insgesamt intensiv mit den Quellen auseinandersetzt. Und zwar nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als politisch bewusster Bürger. Während meines Studiums Ende der 60er Jahre konnte ich eine grundsätzliche Erfahrung machen. Ich hatte als Student der Regie in der Vorbereitung eines Films die Möglichkeit, mir sämtliche nationalsozialistischen Wochenschauen anzusehen. Das war für mich der allerbeste Geschichtsunterricht, der sich denken lässt, weil ich da das System begriffen habe. Ich war auch nicht in der Gefahr, verführt zu werden, denn ich hatte vorher mit der Aktion Sühnezeichen in Auschwitz gearbeitet. Diese Auseinandersetzung mit den Quellen ist ganz wichtig.

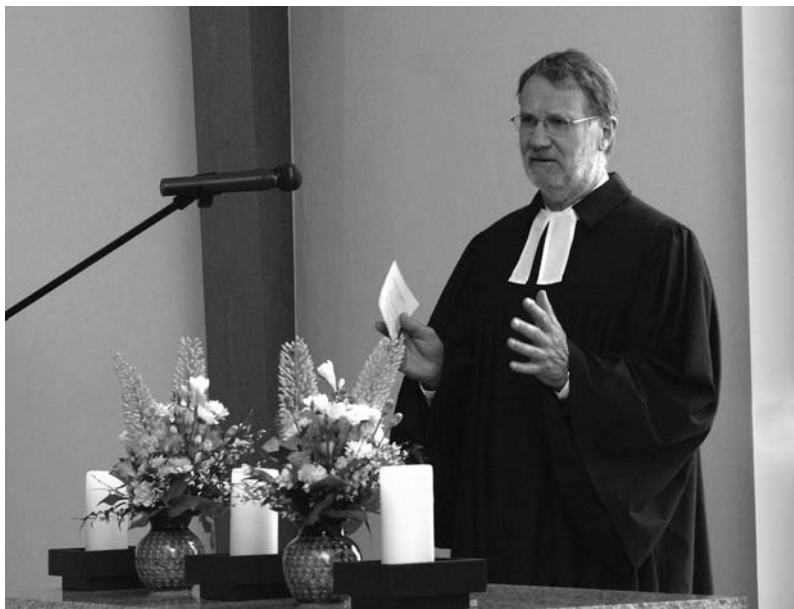
Heute sind die Schriftenreihen der CDU kaum noch zugänglich. Die sollte man sich einmal vornehmen und an den Schulen verteilen, um zu begreifen, was diese Partei war. Es wird ungeheuer viel beschuldigt und ungeheuer viel gefälscht. 2002 erschienen im Verlag »Das Neue Berlin« zwei Bände von ehemaligen hochrangigen Stasioffizieren, in denen das MfS sich selbst darstellt: »Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS«. Und dagegen wurde nicht widersprochen. Es gab keinen Aufschrei der Entrüstung in der deutschen Gesellschaft und in der Politik. Dieses Buch wurde stillschweigend hingenommen und ist sogar noch in einer zweiten Auflage erschienen. Die Autoren bezeichnen darin das MfS als »Rechtspflegeorgan in der DDR«. Die kirchlichen Friedensgruppen hätten laut diesen Stasi-autoren »das biblische Symbol ›Schwerter zu Pflugscharen‹ demagogisch vereinahmt«. Weiter heißt es, dass sich in der intensiven Bspitzelung von

Kulturschaffenden »der hohe Stellenwert, den die Staatsführung der Kultur zugeignet hat, widerspiegele«. Die Bürgerrechtsgruppen haben laut diesem Buch »nur eine marginale Rolle gespielt und waren ohne intellektuelles und theoretisches Potenzial«. Vielmehr hätten sich »die entscheidenden Reformkräfte innerhalb der SED selbst befunden«. Und: »Die DDR hatte kein Gesinnungsstrafrecht. Niemand wurde wegen seiner politischen Überzeugung verurteilt.« Mir ist nicht bekannt, dass irgendjemand gegen dieses Buch protestiert hätte. Diese Dinge werden ja zum Teil mit Hilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, also mit unseren Steuergeldern, produziert. Ich halte das wirklich für unerträglich. Ein Teil dieser Auseinandersetzung mit dem Unrechtssystem müsste sein, solche Dinge dann einfach abzuschneiden.

BOUVIER: Hier im Saal wird Ihnen da sicher niemand widersprechen. Herr Henke, Sie möchten noch kurz eine Zeitzeugenbemerkung machen.

HENKE: Seitdem wir 1992 die Gauck-Behörde aufgebaut haben, besitzen wir alle Dokumente dieser Geheimpolizei, die auch sehr viel über den KGB und alle anderen Geheimdienste aussagen – schützenswertes Kulturgut. Wir brauchen erst mal gar nicht viel zu forschen, so sagten wir damals. Wir müssen den Leuten nur die Dokumente zeigen, das wird ein heilsames Gift gegen Nostalgie sein. Joachim Gauck hat damals außerdem gesagt, dass man ohne diese Dokumente den Zeitzeugen vielleicht gar nicht glauben wird. Ich kann nur unterstreichen, was Konrad Weiß gesagt hat: Diese Dokumente alleine – wie es sie ja auch in der Ausstellung der Gedenkstätte Bautzen zu sehen gibt – sagen so viel über die Verkommenheit dieses System aus, wie es kein Zeitzeuge schildern kann. Das, was die alten Stasileute schreiben, ist Schund und Schmutz und nimmt deshalb auch keinerlei Eingang in die Wissenschaft; allerdings sehr wohl bei Teilen der Linkspartei.

BOUVIER: Wir stellen also fest, dass es auch der politischen Reaktionen bedarf. Nichts ist wirklich fruchtbar, wenn wir nicht politisch wachsam bleiben. Das ist ja auch ein Sinn dieser Veranstaltung. Kluge Bücher nutzen herzlich wenig, wenn es darum geht, was im Umfeld der Partei Die Linke, der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder dem Eulenspiegel-Verlag alles getrieben wird. Das sollten wir permanent im Auge haben, auch wenn die Mehrheit im Westen, in den alten Bundesländern, derartige Vorgänge meist völlig ignoriert. Ich weiß manchmal auch nicht, wie man Menschen eigentlich aufwecken soll. Aber es kommt nicht wirklich an, wenn man darauf hinweist, was da alles passiert. Man ist wie der Rufer in der Wüste.



## Andacht

Der Herr heilt, die zerbrochenen Herzens sind, und verbindet ihre Wunden.  
Psalm 147, 3

REINHARD PAPPAT

Das Buch »Kriegskinder« von Gertrud Ennulat hat mich in den vergangenen Wochen begleitet. Es erzählt von Menschen einer Generation, die die Schreckenszeit des Krieges als Kinder erlebt haben. Viele haben wirklich Schlimmes erlebt. Aber da sie damals sehr klein waren, dachte man, so kleine Kinder können gar nicht begreifen, was da alles geschehen ist. Oder sie haben längst alles vergessen, was sie gesehen haben. Und schließlich: Die Zeit heilt Wunden ...

Sie heilt nicht immer. Von den Kriegskindern kann man lernen, dass in ihren Erinnerungen mehr gespeichert ist, als man bisher dachte. Vieles war tief im Innern verborgen, ein langes Leben lang. Und nun, durch die intensive Beschäftigung mit dem Thema, kommt manches zum Vorschein, was eine heimliche, manchmal



eine unheimliche Last gewesen ist. Es kommt heraus, weil das Kind in diesen älteren Menschen zu sprechen beginnt. Und nur weil es herauskommt, können solche alten Wunden heilen.

Diejenigen, die seit nunmehr 20 Jahren zum Bautzen-Forum zusammenkommen, können das vermutlich gut verstehen. Möglicherweise gibt es bei Ihnen auch solche Verletzungen als Kriegskinder. Auf die will ich nicht weiter eingehen. Vielmehr denke ich an die Verletzungen, die Sie in den Jahren sowjetischer und deutscher Zwangsherrschaft nach 1945 erlitten haben. Es gab viele körperliche Verletzungen. Die meisten sind längst geheilt. Aber die seelischen Verletzungen, die sind oft noch spürbar. Bei manchem Diskussionsbeitrag ließ sich nicht verbergen, dass diese Verletzungen immer noch schmerzen. Es tut immer noch weh, wenn man daran erinnert wird, wie Vertrauen missbraucht wurde, wenn Nachbarn zu Verrätern oder Denunzianten geworden sind, oder wie das Gerechtigkeitsempfinden und die Würde eines Menschen mit Füßen getreten wurden. Viele sind nach wie vor innerlich aufgewühlt, wenn sie sich daran erinnern, wie unmenschlich sie behandelt worden sind und wie sie einer staatlichen Willkür ausgesetzt waren. Die Zeit heilt solche Wunden oft nicht. Doch was hilft dann zum Heilen?

Im Psalm 147 finden wir dazu eine Aussage. Der Herrgott heilt, die zerbrochenen Herzens sind ... Das Bild ist sehr schön. Allein es stellt sich die Frage, wie macht Gott das praktisch? Ist er eine Art Arzt oder Krankenschwester? Oder gar so etwas wie ein Psychotherapeut?

Ich möchte darauf antworten: Ja, natürlich. Gott hilft und bedient sich dabei menschlicher Mittel. Er hilft und heilt durch den Beistand fähiger Menschen. So wie es Jesus in seinem Gleichnis erzählte. Da war ein Mann unter die Räuber gefallen. Sie hatten ihn halb tot liegen gelassen. Zwei Passanten gingen vorbei. Sie wollten nicht sehen, wollten nicht helfen. Sie waren zu sehr mit eigenen Dingen beschäftigt. Doch der Dritte, ein Fremder, der half. Die Geschichte ist leider bis heute typisch. In jeder Zeit, in einer Demokratie ebenso wie in der Zwangsherrschaft, leben Menschen, die wegsehen, Menschen, die nicht sehen wollen, die sich heraushalten, aus Angst oder aus welchen Gründen sonst. Weil Menschen wegsehen, geraten andere unter die Räuber oder bleiben auf der Strecke.

So ist es und so war es.

Doch Gott will nicht, dass Menschen wegsehen und tatenlos vorübergehen. Deshalb lobt Jesus das Beispiel jenes fremden Samaritaners. Er bietet seine Hilfe an. Er hat ein Gespür dafür, dass körperliche und seelische Verletzungen Hilfe von außen brauchen. Die kann auch ein Fremder leisten, der im rechten Augenblick

zur Stelle ist und hilft. Ein andermal ist es ein guter Freund, einer, der zuhören kann, einer, mit dem man reden kann, einer, der Anteil nimmt und mitfühlt, einer, der weiß, wie die nächsten Schritte aussehen müssen.

Der Herr heilt, die zerbrochenen Herzens sind ... Ja, Gott tut es, er macht es mit Menschen, die sich von ihm dazu gebrauchen lassen. Es ist nicht nötig, dass sie dabei Gott kennen, es reicht, dass sie einfach für jemanden da sind, der Hilfe braucht.

Die Tagungen des Bautzen-Forums haben diese Funktion in all den Jahren auch gehabt. Es ging um das Reden, das Herauslassen, was an schrecklichen Erinnerungen, an Verletzungen und Traumatisierungen da war. Es kann nur heilen, was aus dem Inneren herauskommt. Das ist ja die Erfahrung der Kriegskinder, die das Kind in sich endlich zum Reden haben kommen lassen. Die Wunden der Vergangenheit können nur heilen, wenn die Verletzungen benannt werden und im Bilde gesprochen auch verbunden werden. Doch Verbände sind meist sichtbar, die kann man in der Regel nicht verstecken. Aber sie haben ihre Zeit und müssen nicht ewig erneuert werden. Die Wunden sollen ja heilen.

Der Herr heilt, die zerbrochenen Herzens sind ... Manche Wunden des Krieges sind nur ganz langsam geheilt. Dennoch mussten Menschen Stärke zeigen. Viele hatten wenig Zeit zur Trauer. Vor allem die Mütter mussten dafür sorgen, dass die noch Lebenden auch am Leben bleiben. Sie haben sich aufgeopfert, sich total eingesetzt und so ihren Schmerz überwinden können.

Ähnliches hat es auch bei den Inhaftierten der Zwangslager gegeben. Manche Wunden wollten einfach nicht heilen, aber das hat die Männer und Frauen nicht davon abgehalten, anderen zu helfen und füreinander einzustehen. Die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft können und wollen keine Einzelkämpfer sein. Nur gemeinsam verspricht der Kampf für Gerechtigkeit Erfolg.

Doch Erfolg und Wiedergutmachung, sofern es die überhaupt geben kann, sind noch nicht gleichbedeutend mit Heilung. Die geschieht bei Gott noch ganz anders. In der scheinbaren Niederlage dieses einen am Kreuz liegt die Weisheit der Heilung verborgen. Schon im Alten Testament, im Buch des Propheten Jesaja wird dies angedeutet: Durch seine Wunden sind wir geheilt (Jesaja 53, 6). Für uns Christen ist es das Kreuz Jesu, sein unschuldigtes Sterben, das uns Menschen das Heil bringt. Gott stellt uns dieses Kreuz immer wieder vor die Augen. Als Opfer kann ich darin Frieden und Heilung finden. Das Kreuz ist das Zeichen dafür, dass Gott einen Menschen selbst in der größten Not nicht verlässt. Aber Gott stellt das Kreuz auch dem Täter in den Weg. Auch der Täter soll Frieden haben und das Heil finden. Doch damit ist keine billige Gnade verbunden. Kein



Automatismus der Vergebung. Ohne Reue, ohne Bitte um Entschuldigung gibt es keine Befreiung von Schuld. Nur wer seinen Stolz überwindet und die eigene Rechtfertigung aufgibt, der wird den Frieden und die Heilung finden, die Jesus Christus anbietet. So heilt Gott, die zerbrochenen Herzens sind, und verbindet ihre Wunden.

## **Teilnehmer und Autoren des 20. Bautzen-Forums**

Prof. Dr. BEATRIX BOUVIER  
Historikerin, Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. DETTMAR CRAMER  
Journalist, ehemals Deutschlandfunk

MARTIN DULIG  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

MATTHIAS EISEL  
Leiter des Leipziger Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Prof. Dr. BERND FAULENBACH  
Historiker, Ruhr-Universität Bochum

Dr. KARL WILHELM FRICKE  
Journalist; vom MfS 1955 aus Westberlin in die DDR entführt, vier Jahre Einzelhaft in den Zuchthäusern Brandenburg-Görden und Bautzen II

JOHANNES GERLACH  
Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion

Prof. Dr. KLAUS-DIETMAR HENKE  
Historiker, Technische Universität Dresden

JAN HOESCH  
Vertreter der BRD im Häftlingsfreikauf mit der DDR, seinerzeit Leiter der Rechtsabteilung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin

ANNE KLAR  
Lehrerin; 1980 nach Fluchtversuch 22 Monate Zuchthaus Hoheneck, von der Bundesrepublik aus der DDR-Haft freigekauft

SILKE KLEWIN  
Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

MICHAEL LÜHMANN  
Historiker, Universität Göttingen

Dr. ULRICH MÄHLERT  
Historiker, Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

HARALD MÖLLER  
Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

INGE NAUMANN  
1983 bis 1986 Haft im Zuchthaus Hoheneck wegen eines Ausreiseantrages aus  
der DDR

PETER NAUNDORF  
Letzter politischer Häftling der DDR; 1985 wegen »Spionage« zu acht Jahren  
Haft verurteilt, Entlassung Ende Dezember 1989 aus Bautzen II

Bischof AXEL NOACK  
Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

REINHARD PAPPAT  
Superintendent, Bautzen

MARKO SCHIEMANN  
Mitglied des Sächsischen Landtages, CDU-Fraktion

CHRISTIAN SCHRAMM  
Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Dr. KLAUS SCHÜTZ  
Regierender Bürgermeister von Westberlin a. D.

KONRAD WEISS  
Filmmacher und ehemaliger DDR-Bürgerrechtler

## **Bautzen-Foren im Überblick**

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990 (vergriffen).

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991 (vergriffen).

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992 (vergriffen).

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993 (vergriffen).

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994 (vergriffen).

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995 (vergriffen).

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

- Nr. 9  
Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte.  
Leipzig 1998.
- Nr. 10  
Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999.  
Leipzig 1999.
- Nr. 11  
Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung.  
Leipzig 2000.
- Nr. 12  
Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR.  
Leipzig 2001.
- Nr. 13  
Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und  
vereinten Deutschland. Leipzig 2002.
- Nr. 14  
Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.
- Nr. 15  
Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR.  
Leipzig 2004.
- Nr. 16  
Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur.  
Leipzig 2005.
- Nr. 17  
Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen  
Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.



Friedrich-Ebert-Stiftung  
Büro Leipzig  
Burgstraße 25  
04109 Leipzig

Redaktion	Dorothea Parak, Berlin, und Anna Lux, Leipzig Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Umschlagfoto	Sieghard Liebe, Leipzig
Druck	Druckerei Friedrich Pöge, Leipzig

ISBN 978-3-86872-175-1

